

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementssatz pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 80 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18698.
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gesetzte Zeit oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatvorlage 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamtauslage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

In der preußischen Wahlrechtskommission hat sich ein Konservativer Komplott zum Wahlrechtsverrat gebildet.

In der Budgetkommission des Reichstags forderte der Regierungsvorsteher die Entlassung von 200 bis 300 Arbeitern auf der Danziger Werft an.

In Frankfurt a. M. protestierten gestern in den Nachmittagsstunden 25 000 Arbeiter gegen die Polizeiwillkür.

In Breslau fanden gestern große Wahlrechtsdemonstrationen statt.

Never Philadelphia wurde wegen des Straßenbahnerstreiks das Kriegsrecht verhängt.

Nach dem Einmarsch von 25 000 Mann hessischer Truppen nach Elberfeld floh der Dalat Lama über die Grenze.

Es ist heraus!

Leipzig, 24. Februar.

„Mich ängstigt's, wenn die Rippen Liebe gittern, und Wolf und Esel Freiheitslieder flöten.“ heißt es bei Heinrich Heine. Sie züngelte gar zu eifrig von Volkswohl und Wahlfreiheit, die Zentrumswirker in der Wahlrechtskommission des preußischen Dreiklassenhauses. Man wußte nicht welche Niederricht sie aussinne, daß sie aber eine Niederricht sinne, darüber bestand schon seit den letzten Tagen kein Zweifel. Und am Dienstag ist es denn ans Licht gekommen: Das Zentrum hat den Junkern zuliebe der direkten Wahl, wie sie die Regierungsvorlage enthielt, die Rippen gebrochen und dafür haben die Junker dem Zentrum die nach dieser Änderung völlig bedeutungslos gewordene geheime Wahl bei den Urwahlen zugestanden. Hatte der Regierungsentwurf die öffentliche und die direkte Wahl enthalten, so hat die Kommission daraus die geheime und indirekte Wahl gemacht. Das ist gehüpft wie gesprungen: das Wahlrecht ist auf die eine Art für die Massen genau so denaturiert wie auf die andre.

Das Verhalten des Zentrums beweist von neuem, daß die Pfaffenpartei drauf und dran ist, die letzten Reste ihrer demokratischen Illusionen abzustreifen, um sich die Gunst der Junker und der Regierung zu sichern. Zuerst spielten die Schwarzen die Unentwegten und enthielten sich in der Kommission der Abstimmung bei Verbesserungsvorschlägen, die sie damit glücklich zu Fall brachten. Die schwarzen Falschspieler taten dabei, als ob es ihnen auf das Prinzip ankomme, als ob sie sich von dem Grundsatz „alles oder nichts“ leiten lassen. Es war indessen nur das

Vorspiel. Hinter den Kulissen wurde eifrig geschachert, bis die Einigkeit zwischen den Schnapsblockbrüdern hergestellt war. Das Grundübel besteht in der Dreiklassenwahl. Der Volkswillen wird gefälscht, die kleine Schar der Besitzenden stimmt die Massen nieder. Das Zentrum schlägt sich indessen auf die Seite der Reaktion, es will die Dreiklassenwahl nicht beseitigen. Die weiteren Fragen sind — direktes oder indirektes, geheimes oder öffentliches Wahlrecht. Das indirekte Wahlrecht ist böswilliger Unsinne. Sie ist dazu angetan, den Wahlkampf zu erschweren und zu komplizieren, was sicherlich für die oppositionellen Parteien ein Hindernis ist, aber sie wird schließlich wahntechnisch zu einer Ungeheuerlichkeit. Der leichtere Grund hat die Regierung bewogen, die indirekte Wahl fallen zu lassen. Das war nur ein scheinbares Zugeständnis, keine ernsthafte Verbesserung. Dagegen wollte die Regierung die öffentliche Wahl beibehalten. Aber in der Kommission fiel die öffentliche Wahl. Nur die Konservativen, die starr an der alten Praxis festhalten und durch Terrorisierung der Wähler in den ländlichen Wahlkreisen sich ihre Mandate sichern wollten, stimmten dafür. Somit ergab sich eine Majorität für die direkte und geheime Wahl. Das Komplott der Schnapsblockbrüder wirkt nun alles über den haufen: Zentrum und Konservative treten darauf ein, daß die Wahl geheim, aber indirekt erfolgen soll. Damit sind aber die Vorteile der geheimen Wahl zum großen Teil illusorisch gemacht. Die Wahlmänner müssen natürlich vor die Öffentlichkeit treten und gegen sie wird sich nach wie vor der Terrorismus der Regierung wie der Unternehmer und der Junker wenden. In den Städten, wo die Arbeiter festgefügte Organisationen bilden, sind sie zur Rok vor dem Terrorismus geschützt, da kann schließlich auch die öffentliche Wahl nicht mehr von der Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter abhalten. Auf dem Lande aber ist die Aufführung von sozialdemokratischen Wahlmännern gleichbedeutend mit der Auslese einer Anzahl von Männern an ihre Schonungslosen Feinde. Sobalden die Junker gar nichts ein, wenn sie eine solche „geheime“ Abstimmung in Kauf nehmen. Das Zentrum hat also den Junkern Heiterdienste geleistet. Gegen den Kompromißantrag stimmten drei Freisinnige und drei Freikonservative, der polnische und der sozialdemokratische Vertreter. Für das Kompromiß stimmten Konservative, Zentrum und Nationalliberalen. Die Freikonservativen sind unter allen Umständen gegen jede Art geheimer Wahl. Dagegen erklären die Nationalliberalen, daß sie Wert darauf legen, daß die geheime Wahl in irgendeiner Form in das Gesetz hineinkommt.

Der Regierungsvorsteher Herr v. Mörtke gab die Erklärung ab, daß durch die Änderung, die der Kompromißantrag an der Regierungsvorlage vornehme, das Zustandekommen der Wahlreform im höchsten Maße gefährdet werde; doch hütete er sich, das Wort: unannehmbar

auszusprechen. Die zweite Lesung wird in der Kommission am 1. März beginnen und die Zwischenzeit wird dazu benutzt werden, die Regierung im Sinne der Kommissionsbeschlüsse zu bearbeiten.

Aber auch die preußische Öffentlichkeit wird die Antwort den parlamentarischen Maulwürfen nicht schuldig bleiben. Für die preußische Arbeiterklasse sind die Beschlüsse genau so unannehmbar, wie die Wahlrechtsvorlage des Herrn Bethmann. Ob mit, ob ohne Öffentlichkeit der Wahl, ob direkte, ob indirekte Wahl: so lange das Klassenstück bleibt, gibt es keinen Frieden. Aber so sehr sie auch in allen anderen Punkten uneins sind, die brave Regierung und der Schnapsblock: in dem einen Punkte sind sie sich völlig einig, in der Beibehaltung der Klassenwahl. Um so entschieder muß die Wahlrechtsbewegung einzehen, und gerade die heuchlerische Niederricht, die in diesem Zentrumstrick liegt, wird dazu beitragen, die Empörung der Massen über die schamlose Verschärfung der Wahlrechte neu zu entfesseln.

Reichstag.

42. Sitzung, Mittwoch, 23. Februar 1910, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesstaatsrecht: Dr. Delbrück, Vermuth.

Der Platz des Abg. Bebel ist mit einem Strause roter Nelken geschmückt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Vizepräsident Dr. Spahn mit, daß aus Anlaß des Todes des Präsidenten Grafen Stolberg Heiligtumsgedenkungen von einer Reihe deutscher Fürsten und Behörden eingegangen sind. — Es folgt die Beratung des Entwurfs zum

Reichskontrollgesetz.

welches die Kontrolle des gesamten Haushaltshaltens, des Haushalt von Elsaß-Lothringen und des Haushalt der Schutzzonen „bis auf weiteres“ der preußischen Oberrechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des Deutschen Reiches“ unterstellt. Reichsschatzsekretär Vermuth begründet den Entwurf, der bis zum Erlass des noch anstehenden Gesetzes über den Rechnungshof die Materie regeln soll. Er trifft im wesentlichen Bestimmungen zur Vereinigung des Schreibwurfs.

Abg. Dr. Gödeke (nat.-lib.) beantragt Überweisung an die Budgetkommission.

Abg. Raden (zentr.) stimmt dem Antrag bei, wünscht aber eine begrenzte Zeitdauer für das Gesetz, damit das endgültige Gesetz nicht so lange auf sich warten lasse.

Abg. Freiherr v. Gamp (apt.) und Abg. Freiherr v. Moltke (cons.) erklären sich mit der Kommissionserörterung einverstanden, worauf der Entwurf der Budgetkommission überwiegen wird.

Stat des Reichsamts des Innern.

Die zweite Lesung wird fortgesetzt, die dazu gestellten Resolutionen stehen mit zur Beratung.

Abg. Graf v. Carmer (cons.) empfiehlt die konservative Resolution, welche die Beamten- und Unterkübeln-Berichtigung der Privatbeamten noch in dieser Session erlebt wünscht, sowie die Zentrumsresolution, welche Unfallfürsorge wünscht bei Ar-

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempeln.

Abdruck verboten.

Osterman sprang von seinem Stuhl auf; sich halb über den Tisch lehnend, suchte er wild mit den Händen umher. Sein Clownsgesicht mit der Glazé darüber und den steif abstehenden roten Ohren wurde purpurrot vor Erregung. Er hatte jetzt das Wort; seine laute, eindringliche Art zu reden und sich wie ein für die Galerie spielender Schauspieler zu gebärden, machte Eindruck und fesselte die Aufmerksamkeit seiner Hörer.

„Ich sage Ihnen, jetzt ist die Gelegenheit, abzurechnen,“ donnerte er. „Jetzt oder nie! Sie können diese Gelegenheit ergreifen und sich und ganz Kalifornien vom Untergange retten, oder sie vorbeigehen lassen und dann auf Ihren Ranchos vermodern. Befehl, ich kenne Sie! Sie fürchten sich vor dem Teufel nicht. Ich weiß, daß Sie ein schneidiger Kerl durch und durch sind, und ich weiß, daß Sie nicht zurückbleiben werden, wenn ich Ihnen zeige, wie wir unser Spiel gewinnen und unsre eigene Kommission ins Amt kriegen können. Governor, Sie sind ein tapferer Mann! Sie kennen den Vorteil schneller und furchtloser Handelns. Sie sind keiner, der sich fürchtet, was zu riskieren. Um hohe Einsätze zu spielen, ein ganzes Vermögen auf eine Karte zu setzen — das ist Ihr Fall. Nicht umsonst sind Sie in den Ruf gekommen, der kühnste Pokerspieler von El Dorado County zu sein. Und jetzt können Sie die höchste Partie spielen, die sich Ihnen je geboten hat. Wenn wir wie Männer mit Mut im Leibe forsch drauflosgehen, so werden wir gewinnen. Jögern wir, so sind wir verloren.“

„Ich glaube nicht, Osterman, daß Sie was für Ihre Narrensachen können,“ sagte jetzt Annixter, „aber was denken Sie sich eigentlich? Was sollen wir Ihrer Ansicht nach tun? Ich sage nicht,“ fügte er schnell hinzu, „daß mich Ihr Geschwätz irgendwie überzeugt hat. Ich weiß so gut wie Sie, daß wir in 'nem Loch stecken. Aber ich wußte das, ehe ich heut abend hierherkam. Sie haben mich von meiner Überzeugung nicht im geringsten abbringen können. Aber was schlagen Sie nun vor? Lassen Sie hören!“

„Also, ich meine, wir müssen uns zunächst an Disbrow ranmachen. Er ist der politische Boss (boss = Führer einer politischen Clique) der Denver, Pueblo- und Mojave-Bahn. Mit der politischen Maschinerie müssen wir Fühlung gewinnen, und gerade deshalb möchte ich Magnus für uns gewinnen. Auf Politik versteht er sich besser wie irgendeiner von uns, und wenn wir nicht wieder den fürzgeren ziehen sollen, so müssen wir jemand haben, der es versteht, uns zu dirigieren.“

„Die einzige Politik, auf die ich mich versteh'e, Herr Osterman,“ entgegnete Magnus streng, „ist eine ehrliche Politik. Sie werden anderswo nach Ihrem politischen Führer suchen müssen. Ich lehne jede Beteiligung rundweg ab. Wenn die Eisenbahnkommission auf streng gesetzlichem Wege ernannt werden, wenn Ihr Abkommen bis zum letzten Tropf meiner Fähigkeiten zur Verfügung.“

„Sie können das, was Sie wollen, nicht bekommen, ohne daß wir zu zahlen,“ widersprach Annixter.

Broderston wollte eben sprechen, aber Osterman trat ihm auf den Fuß. Er selbst schwieg. Der Schläukopf war plötzlich auf die Idee gekommen, daß, wenn es gelänge, Magnus und Annixter in eine Auseinandersetzung zu verwickeln, der streitsüchtige Annixter schon aus Neigung zum Widerspruch die Ansicht des Governors bekämpfen und damit zugleich, ohne sich dessen im Augenblick bewußt zu werden, den Plan Ostermans gutheißen würde.

Das geschah auch tatsächlich. Nach wenigen Augen-

blicken schon wetterte Annixter drauflos. Er erklärte, daß er, wenn es nicht anders ginge, bereit sei, die ganze Ernte von Quien Sabe zu verpfänden, nur um „S. Behrman in die Lust zu sprengen“. Er hielt es nicht für schwierig, die Wählerversammlung behufs Aufführung von zwei Kandidaten für die Eisenbahnkommission zu beeinflussen. Mehr als zwei wären gar nicht nötig. Die Sache würde natürlich Geld kosten. Für nichts beläme man nichts. Ein gut Teil mehr würde es ihnen kosten, wenn sie wie Dummköpfe auf 'nem Kloß fähen und mit Murmeln spielen, während Shelgrim ihnen den Boden unter den Füßen unterminiere. Und dann läme noch was andres hinzu. Der P. und S. W. ginge es jetzt gerade recht knapp. Die beiden leichten schlechten Weinen im ganzen Staate hätten die Bahn auch in Mitleidenschaft gezogen. Auf allen ihren Linien beschneite sie die Ausgaben. Hatte sie nicht eben die Gehälter in allen Branchen herabgelegt? Dieses Fall beweise das doch. Die Bahn handle auch nicht immer als Einheit. Es wäre immer eine Partei vorhanden, die gegen zu grobe Ausgaben opponiere. Er möchte wetten, daß diese Partei gerade jetzt besonders stark wäre. Und er hätte es satt, von S. Behrman getreten zu werden. Hätte dieser Pips doch heut auf seiner Ranch eingefunden, um ihn mit unverschämten Zumutungen wegen seines eigenen Grenzaunes zu behelligen. Nächstens würde S. Behrman ihm vorschreiben, wie er sich kleiden sollte. Harran hätte recht.

„Jetzt reden Sie etwas halbwegs Vernünftiges,“ sagte Osterman. „Ich dachte mir wohl, daß Sie zu dieser Ansicht kommen würden, wenn Ihnen erst mal meine Idee einleuchtete.“

„Ihre Idee, Ihre Idee!“ erwiderte Annixter. „Wahrhaftig, ich habe diese Idee schon über drei Jahre gehabt.“

„Was ist's mit Disbrow?“ fragte Harran, der sich beeilte, die beiden zu unterbrechen. „Warum müssen wir uns an den ranmachen?“

helfen zur Rettung von Personen und Vergung von Gegenständen.“ Hingegen hält er die Zentrumsresolution, welche Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauchs der geheimen Koalitionsrechts unter Strafe gestellt wissen will, für bedeutsam. Auf dem Lande würde das Koalitionsrecht nur einen Teil treiben in das gute Verhältnis zwischen Landwirten und Landarbeitern. (Lachen b. d. Soz. Zustimmung rechts.) Redner begründet ferner eine konservative Resolution, welche gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Futter- und Düngemitteln wünscht, was namentlich im Interesse der kleinen Landwirte sei. — „Mir wünschen ferner, daß in Molkereien die ununterbrochene Ruhezeit auf 8 Stunden täglich herabgesetzt werden darf, in welcher alle den Arbeitern eine mindestens dreistündige Mittagspause zu gewähren ist. Eine solche Bestimmung kann niemanden schaden.“ (Beifall rechts, besonders beim Abg. Pauli-Potsdam.)

Abg. Dr. Griesemann (nat.-lib.) röhrt zunächst die Schutzzollpolitik, die aber doch verhängnisvoll werden könne, wenn sie zum Polkrieg mit Ländern führt, auf deren Rohprodukte wir angewiesen sind. Gegen die Überspannung des Schutzzollgedankens, wie sie jetzt in Frankreich zutage tritt, seien die schärfsten Repressivmaßregeln berechtigt oder doch begreiflich. Wir wünschen zwar keinen Polkrieg, schlagen aber vor, die Regierung mit Vollmachten gegenüber den wichtigsten französischen Exportartikeln auszurüsten. (Beifall b. d. Nationalliberalen.)

Herr Mayer-Kaufbeuren hat hier klarlich von dem Unterstellungsgegensatz zwischen Großhandel und Großindustrie auf der einen und dem Kleinhandwerk auf der anderen Seite gesprochen. Aber diese Gegensätze verschwinden gegenüber dem gemeinsamen Gegensatz zu den Hochgratiern, die schon heute die Parole ausgeben:

Noch weitere Erhöhung der Getreidezölle.

(Lebh. hört, hört! links.) Der Haushab wird weder durch die Kritik des Abg. Mayer gefährdet, noch durch die Prüfung im Kultus-Aussch. (Lebh. Just. b. d. Überalen.) Nebenbei bemerkt: Wenn der Herr Reichskanzler wieder einmal das Bedürfnis empfindet, eine Vorlesung über den guten Ton zu halten, so halte er sie dem Bunde der Landwirte! (Sturm. Just. auf der gesamten Linke, Juras des Abg. Gothein; den Wählern erster Klasse, sehr gut! b. d. Soz.) Dem Bunde der Landwirte, der den Abg. Bassemann zum Dank für seine großen Verdienste um den Polkrieg von 1902 durch einen Dilettant-Hahn durch den Schmuck ziehen läßt! (Unruhe rechts, lebhafte wiederholte Jubiläumsläufe.)

Redner verlangt weiterhin Beschleunigung der Versicherung der Privatbeamten, um die Staatsgesinnung in diesen Kreisen nicht zu gefährden. Die nationalliberale Partei wolle eine vorläufige Fortsetzung der Sozialpolitik, aber kein mechanischer Paragraphenwert. Vor der Kommissionserörterung könne einer erlauben, wenn man sich die Abänderungsanträge von Paragraph zu Paragraph, von Seiten des Kollegen Städtebau ausführlich und befriedigend vorstellt. (Lebhafte Beifall und Heiterkeit bei den Nationalliberalen, Heiterkeit rechts.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück: Die Entwicklung geht dahin, daß jede Nation ihre eigene Industrie zu schaffen sucht. Nationen, die uns bisher ihre Rohprodukte zur Verfügung stellten, suchen sie jetzt selbst zu bearbeiten. Eine Ausehrung von unserer bewährten Schutzzollpolitik, unter der Industrie, Handel und Landwirtschaft emporegebildet sind, kann nicht in Betracht kommen.

Redner verbreitert sich über die Einfuhr von Eisenenzen, über unsern Handelsvertrag mit Schweden. Der Vertrag mit Japan läuft auch demnächst ab und muß erneuert werden. — An den Gesetzentwurf zur Regelung der Pensionsverhältnisse der Privatbeamten werden wir sofort herangehen, sobald die Reichsversammlungseröffnung erlebt ist.

Abg. Breissel (Pole): In Deutschland, besonders in Preußen wird den Ausländern die wirtschaftliche Niederlassung, ja sogar das Studium auf den Hochschulen erlaubt. Wir verlangen daher gesetzliche Regelung des Aufenthalts der Ausländer in Deutschland. Ein entsprechender Entwurf sollte bald vorgelegt werden. Auch die Polen, die wirtschaftlich Schwachen, die der Staat schützen sollte, werden an freier wirtschaftlicher Betätigung gehindert. — Das Koalitionsrecht wird auch dort, wo es gesetzlich zugestanden ist, in der Praxis von Seiten der Polizei vielfach unmöglich gemacht. Den Berufsovereinen sucht man jeden Gebrauch der polnischen Sprache zu hinterziehen, und die Gerichte verlassen sich auf die Ausführungen der Polizeiorgane, wodurch die Berufsverbände als politische erklärt werden. Wir verlangen für die polnischen Berufsorganisationen gleiche Behandlung, wie sie die christlichen Organisationen erfahren. Für die Landarbeiter verlangen wir das Koalitionsrecht. Als Vertreter ländlicher Bezirke wissen wir, daß das notwendig ist. Im Interesse der Bergarbeiter fordern wir vor allem ein Reichsbergrecht, welches geheime Abstimmung bei den Wahlen der Knappenhäfen und die Maximallarbeitszeit der unter Tage Beschäftigten bringt. (Bravo! bei den Polen.) Natürlich werden wir der sozialdemokratischen Resolution zustimmen, nach welcher für alle Stein- und Braunkohlen-, Erz- und Kalibergwerke, sowie für die Schiefer- und Tongruben vom 1. Oktober 1910 ab die Arbeitszeit nicht 8%, vom 1. Oktober 1911 ab nicht 8 Stunden

„Disbrow ist der politische Vogt für die Denver-, Pueblo- und Mojave-Bahn,“ antwortete Osterman, „und die Sache liegt so: Die Mojave-Bahn geht gar nicht durchs San-Joaquin-Tal. Ihr Endpunkt ist weit südlich von uns, und sie kümmert sich nicht im geringsten um die Frachtfäße für Weizen hier im San Joaquin. Ihr ist's egal, wie eisenbahnfeindlich die Kommission ist, weil die Entscheidungen der Kommission ihr nichts schaden. Aber sie teilt den Verkehr im Süden des Staates mit der P. und S. W. und hat ziemlich viel Einfuhr auf diese Bahn. Ich will die Mojave-Bahn durch Disbrow dazu bringen, daß sie der P. und S. W. ein uns genehmes Kommissionsmitglied empfiehlt, und daß dann die P. und S. W. den Befremdenden als ihren Mann ausspielt.“

„Und wer wäre das?“

„Darrell von Los Angeles — kennen Sie ihn nicht?“

„Darrell ist keiner von Disbrows Freunden,“ sagte Annixter. „Weshalb sollte sich also Disbrow für ihn interessieren?“

„Wird er, wird er!“ rief Osterman. „Das soll sich schon für ihn lohnen. Wir gehen zu ihm und sagen: Herr Disbrow, Sie besorgen die politischen Angelegenheiten der Mojave-Bahn, und was Sie sagen, hat bei Ihrer Direktion Gewicht. Wir möchten, daß Sie unser Kandidaten für die Eisenbahnkommission, den wir im dritten Bezirk aufstellen, unter Ihre Rüttelne nehmen. Wieviel verlangen Sie dafür? Ich weiß bestimmt, wir können Disbrow lassen. Auf diese Weise bekommen wir ein Kommissionsmitglied. Da brauchen wir uns nicht mehr drum zu sorgen. Im ersten Bezirk führen wir uns absolut nicht. Wir lassen die Macher der P. und S. W. aufstellen, wenn sie wollen. Aber dann müssen wir alle unsre Kräfte zusammennehmen, um unsern Mann im zweiten Bezirk durchzubringen. Da wird der große Entscheidungskampf geführt werden müssen.“

„Ich verstehe Sie vollständig, Herr Osterman,“ begann jetzt Magnus, „einem Irrtum hinsichtlich meiner Auffassung dürfen Sie sich aber nicht hingeben. Auf mich können Sie bei diesem Unternehmen in keiner Weise rechnen.“

überschreiten soll. Wir selbst verlangen in einer Resolution ein Gesetz, durch welches den Bergarbeitern die Freiheit und die Freiheit des Arbeitsvertrages gewährleistet wird und paritätische Arbeitsnachweise errichtet werden. Die konservative Partei bezüglich der Molkereien können wir nicht unterschließen. Redner kommt auf die Handhabung des Vereinsgesetzes, insbesondere des Sprachenparagraphen zu sprechen und wird, als er etwas breit einige besonders empörende Fälle preußischer Polizeibrutalität brandmarkt, vom Vizepräsidenten Dr. Spahn unterbrochen.

Redner schließt mit dem Hinweis darauf, daß seine Ausführungen sehr wohl zur Sache gehören. (Beifall b. d. Polen.) Abg. Riesenberg (Wirtsh. Bg.) beginnt — um 7 Uhr abends — mit beweglichen Klagen über die langen Ausführungen seiner Vorfriedner. Der Staatssekretär setzt vom besten Willen gegenüber dem Handwerk befest, aber die unteren Verwaltungsbehörden richten sich nicht nach ihm. Die soziale Gesetzesgebung sei wertvoll, werde aber nicht genügend von den Sozialdemokraten gewürdigt. Redner sagt vor immer leerer werdenden Bänken über die Vernichtung zahlreicher Mittelstandsgesellschaften durch die sozialdemokratischen Konsumvereine, jammert über die Belastung des Mittelstandes durch die Sozialpolitik, die nur für die Arbeiter sorge. Ohne die Hilfe der Regierung müsse der Mittelstand ganz zugrunde gehen.

Schluss 8 Uhr. Weiterberatung morgen.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 22. Februar, vormittags 10 Uhr.

Um Regierungspolitisches: Kultusminister Dr. Beck, Finanzminister Dr. v. Küller.

Es werden zunächst einige Kapitel des Reichsstaatsvertrags auf die Finanzperiode 1908/09 erledigt. Es betragen die Staatsüberschreitungen bei Kapitel 88 (Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts) 7220,52 M., bei Kapitel 89 (Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium) 804,47 M., bei Kap. 90 (Katholisch-gesetzliche Behörden) 1801,37 M., bei Kapitel 92 (Technische Hochschule in Dresden) 142,50 M., und bei Kapitel 98 (Evangelische Kirchen) 159,47 M. und bei Kapitel 99 (Wolfschulen) 90 Pf. Die Staatsüberschreitungen werden ohne Debatte nachträglich bewilligt, soweit die Kapitel 89, 90 und 98 in Frage kommen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Kapitel 98 des ordentlichen Staatshaushaltsgesetzes für 1910/11 — Sonstige Kultuszwecke und die

Petition der deutsch-katholischen Gemeinden Sachsen um eine

staatliche Unterstützung von jährlich 5000 M.

beantragt die Finanzdeputation A, die Ausgaben bei Kapitel 98 mit 1050 M. zu bewilligen, die Petition aber auf sich beruhen zu lassen. Die Ausgaben in Kapitel 98 bestehen in einer Unterstützung des israelitischen Kultus in Höhe von 800 Mark und in einer geistlichen Einschärfung an Geistliche und Kirchendienner der deutsch-katholischen Gemeinden für weggefahrene Stolzgebühren in Höhe von 40 M. Die Deputation hat mit Ausnahme der sozialdemokratischen Mitglieder, die grundsätzlich Gegner derartiger Auswendungen sind, keine Einwendungen gegen diese Anträge erhoben. Die deutsch-katholischen Gemeinden haben früher eine staatliche Unterstützung von 2000 Mark erhalten, sie ist ihnen aber entzogen worden, weil sich diese Religionsgemeinschaft um die innere Vereinigung gebracht haben soll, noch als christliche Kirche betrachtet zu werden. Die Staatsregierung hat das Gesetz abgelehnt und die Deputation ist diesem Standpunkte einstimmig beigetreten.

Abg. Dr. Schanz (Soz.) empfiehlt als Berichterstatter, den Anträge der Deputation anzunehmen.

Abg. Dr. Stroh (freiz.) erklärt, die Anhänger der evangelisch-reformierten Kirche, zu denen er selbst gehört, seien darüberlos bestrebt, daß das Ministerium ihnen nicht dasjenige Wohlwollen entgegenbringe, wie den evangelisch-lutherischen Gemeindemitgliedern, und welches ihnen auch bis 1898 erwiesen worden ist. Deshalb erfülle ich die Staatsregierung, folchen Religionsgemeinschaften toleranter gegenüber zu treten.

Abg. Dr. Stroh (freiz.) bemerkt namens seiner Fraktionsfreunde, daß sie gegen das Gutachten weiter zu stimmen werden, da wir dafür sind, daß die Parität gegenüber den deutsch-katholischen Gemeinden, solange sie zu den aufgenommenen christlichen Kirchengemeinschaften gehören, gewahrt wird.

Abg. Lange (Soz.):

Unser Standpunkt zur Religion und zum Kultus ist bekannt, wir haben ihn erst wieder durch die Abstimmung bei den vorliegenden Kapiteln zum Ausdruck gebracht. Wir fordern Freiheit für jede religiöse Auseinandersetzung und ohne die Protektion der Staatsgewalt als solche. Wir können nicht billigen, daß Staatsgelder, die von der Allgemeinheit ausgeschüttet werden, verwendet werden im Interesse einzelner Steuerzahler. Die Trennung der Kirche vom Staat ist kein abstraktes Schlagwort für sich. Es ist bezeichnend, daß gerade auf der letzten Generalversammlung

„Nun, angenommen wir gewinnen,“ polterte Annixter, der bereits fest entschlossen war, sich an der Sache zu beteiligen, „angenommen wir gewinnen und sehen den niedrigen Frachtarif für Getreide durch. Wie ist's dann mit Ihnen? Brauchen wir dann auch nicht auf Sie zu rechnen? Sie profitieren dann an den niedrigeren Frachtsätzen, ohne das Risiko zu teilen, dem wir uns aussetzen. Nein, und die Kosten auch nicht. Bah, Sie wollen sich die Finger nicht damit schmutzig machen, daß Sie uns die Sache durchdrücken helfen, o nein! Aber wenn Ihnen dann der Profit zugute kommt, da werden Sie nicht so verdammt peinlich sein, wie?“

Sofort erhob sich Magnus zu seiner vollen Höhe; die Rüstern seiner schmalen Adlernase zitterten, und sein glattrasiertes Gesicht wurde bleich.

„Kein Wort mehr, Herr!“ rief er aus. „Sie vergessen sich, Herr Annixter! Ich bitte, sich zu merken, daß ich eine Sprache von der Art, die Sie sich eben erlaubten, von niemand hinnehmen, selbst von meinem Gast nicht. Ich muß Sie ersuchen, sich zu entschuldigen.“

Im Augenblick beherrschte er die ganze Gesellschaft und flötete ihr eine aus ebensolcher Bewunderung wie Furcht gemischte Hochachtung ein. Wie pflichtvergessene Schulknaben, die Scham und Verwirrung sprachlos macht, duckten sich diese Männer vor ihm. Ihr verlegenes Schweigen zeigte ihn als den Herrn und Meister, der Zucht und Ordnung hält; das Gebäude von Zug und Trug, das so schnell unter ihren Händen entstanden war, stand in seinen Grundmauern. Derrids Zornausbruch war die letzte Verwahrung, die letzte Anklage der alten Schule gegen die neue Ordnung der Dinge; der Staatsmann bekämpfte den Politiker. Ehrliche Geduld und unerschütterliche Lauterkeit der Gestaltung siegte hier zum letztenmal über vom Recht abweichende Winkelzüge, Niedrigkeit des Denkens und die schmähliche Selbstsucht einer im Kerne faulen, verderbten Gesellschaft.

Das verlegene Schweigen wurde von Annixter gebrochen, der unruhig in seinem Stuhl sich räkelnd murmelte: „Ich redete in augenblicklicher Gedankenlosigkeit. Wenn es Ihnen recht ist, wollen wir meine Worte als unge-

des Evangelischen Bundes unserer sächsischen Staatsrechtslehrer Professor Otto Mayer aus Leipzig dieses Thema behandelte. In allen Staaten Amerikas und in Frankreich ist die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt, auch in einzelnen Kantone der Schweiz, in Holland und Belgien spielt diese Frage speziell jetzt eine große Rolle. Nur je weiter man nach Osten kommt, nach Russland, ist es selbstverständlich, daß der Kaiser in Gottesgnaden in derselben Person auch Papst ist. In den Kulturstaten ist aber meist die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt.

Professor Mayer kommt nun zwar aus faktischen Gründen nicht zur Bejahung der Frage, ob sich bei uns eine Trennung der Kirche vom Staat empfiehlt, er sagt, Neuerungen werden bei uns in Sachen nicht mehr verbraucht, aber wir haben eine eigene Art, die Unzulässigkeit zu überwinden. Wir lehnen die Bewilligung von Staatsgeldern für Kirchenzwecke ab, mag es sich um eine Kirche handeln, um welche es sich wolle. Wir machen hier keinen Unterschied. Deshalb stimmen wir der Ablehnung der Petition zu, allerdings aus anderer Gründen als wie die Rechte und Mitte dieses Hauses. Wir sind aber der Deputation und dem Berichterstatter außerordentlich dankbar, daß die Auskunft der Regierung in der Denkschrift so ausführlich wiedergegeben werden ist. Das Schriftstück ist ein Kulturdokument, das verdient, nicht nur der Begegnung, sondern auch für die Nachwelt bekannt zu werden. (Heiterkeit und Sehr richtig! klatsch.) Besser könnte ein Gregor und ein Nazus nicht seinen Standpunkt präzisieren als dies hier die Regierung getan hat. Redner geht dann auf die Einführung und Entwicklung der deutsch-katholischen Kirche ein und weist nach, daß die Stellung der Regierung gegen diese Kirche unhaltbar ist. Wir Sozialdemokraten würden es nur begrüßen, wenn in bezug auf die Versagung der Unterstüzung an die deutschkatholischen Gemeinden auch die Israelitischen Religionsgesellschaften folgten. Die wahre Religion kann keinen Bruch erlitten, sondern nur Vorteile ziehen, wenn der Staat allen Kirchen gegenüber paritätisch verfährt und sich nicht zum Neueren ausspielt. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Kultusminister Dr. Beck bemerkt, daß die Einstellung der Staatsunterstützung unter seinem Vorgänger erfolgt ist. Das erste Gesuch um Wiedergewährung der Unterstüzung habe sein Vorgänger abgelehnt und das vorliegende Gesuch ist durch mich abgelehnt worden. Wir bedenken also alle Dreieck (Heiterkeit.) Religion ist Privatsache! so erklärt Abg. Lange; das ist eine Weltanschauung, die jeder mit sich selbst abmachen muß. Wir nehmen einen andern Standpunkt als der Herr Vorfriedner ein. In Amerika und Frankreich sind auch die letzten Konsequenzen der Trennung von Kirche und Staat noch nicht gegeben. Wie haben uns auch nicht nach amerikanischen und französischen, sondern nach deutschen Verhältnissen zu richten, das deutsche Gesetz ist ein ganz andres, es ist ein tief religiöses. (Sehr richtig! rechts. Große Heiterkeit links.) Eine noch höhere Anerkennung als sie der Denkschrift durch den Abg. Lange aufgetragen ist, kann man wirklich nicht verlangen. (Heiterkeit.) So lange ich an der Stelle des Kultusministers stehe, wird die katholische Kirche innerhalb der Gesetze und der Verfassung mit Wohlwollen behandelt werden, gleich wie alle übrigen Konfessionen.

Abg. Dr. Roth (freiz.) polemisiert gegen den Kultusminister, der sich anstatt auf seine Vorgänger auf die Verfassung hätte berufen sollen.

Abg. Dr. Mangler (cons.) will den Deutschkatholiken nicht absprechen, daß sie einmal Christen gewesen sind. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lange (Soz.)

bemerkte auf die Ausführungen des Kultusministers, es komme immer auf die Auslegung an, und wenn man nicht auslegen kann, legt man auch manchmal etwas unter. Hier kommt es darauf an, daß ausgeprochen werden muß, was ist. Die Träufchen, die verbreitet werden, hat schon der Abg. Dr. Roth erwähnt. Ich muß aber die Frage stellen: Hat Luther die katholische Kirche nicht angegriffen? Wünschen Sie Zitate, wie sich Luther über den Papst ausgesprochen hat? (Zitate: Nein, ein in! Stillerische Heiterkeit.)

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Kultusministers wird dann die Debatte geschlossen.

Der erste Teil des Antrages der Deputation (Ausgaben mit 1050 M. für Kultuszwecke) wird mit 45 gegen 19 (sozialdemokratische) Stimmen angenommen, der zweite Teil — die Abstimmung der Petition — mit allen gegen 8 (freizügige) Stimmen.

Zur Petition des vormaligen Polzars Moritz Francke in Freiberg um Gewährung einer Rente oder laufenden Unterstüzung beantragt die Deputation: Die Petition, soweit sie darüber hinaus gerichtet ist, dem Petenten eine Rente zu gewähren, auf sich beruhen zu lassen, soweit sie aber darauf gerichtet ist, dem Petenten eine laufende Unterstüzung zu gewähren, der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen; überdies aber auch die Staatsregierung zu erüben, daß sie besorgt zu sein, daß diejenigen Personen, die vom Staat beschäftigt werden, ohne pensionsberechtigt zu sein, gegen die Folgen eines Unfalls, sei es durch Verschönerung oder auf andre Weise, mindestens in der

sprochen ansehen. Ich weiß wirklich nicht, was aus uns werden soll — mir scheint fast, wir werden unser Geschäft aufgeben müssen.“

„Ich kann Magnus' Standpunkt vollkommen begreifen,“ begann Osterman wieder. „Er braucht nicht mit uns zu gehen, wenn es gegen sein Gewissen ist. Das ist ganz in Ordnung. Magnus mag sich fernhalten, wenn er will; das wird uns aber nicht verhindern, vorzugehen und zu sehen, was sich machen läßt. Ich möchte nur noch das eine sagen.“ Sich von neuem an Magnus wendend, fuhr er höchst ernsthaft und ancheinend aus voller Überzeugung redend fort: „Ich habe es von vornherein nicht verhehlt, Governor, daß die Sache auf Bestechung hinausläuft. Aber Sie brauchen nicht zu glauben, daß mir der gleichen persönlich sympathisch ist. Gabe es irgendwelche Mittel, auf geheimer Weise zum Zielpunkt zu kommen, das wir noch nicht versucht haben, und möchte es noch so ausichtslos sein, so würde ich's versuchen. Aber es gibt keins. Es ist buchstäblich und unumstößlich wahr, daß nichts unverhohlen gelassen wurde, unser Ziel auf geheimer Weise zu erreichen. Shagrin schnürt uns die Kehle zu. Die Getreidefrachten steigen, und anderseits steht der Weizenpreis fortwährend. Wenn wir nicht irgend etwas tun, so sind wir ruiniert.“

Osterman machte eine Kaffeepause. Nachdem er gerade die richtige Anzahl von Sekunden hatte verstreichen lassen, redete er mit veränderten und leiseren Stimme weiter:

„Ich achte die Grundsätze des Governors. Ich bewundere sie.“ Zum Schlus wandte er sich direkt an Magnus: „Ich möchte Sie nur bitten, ob man in einer derartigen Krise an das eigene Ich denken, ob man in so verzweifelter Lage rein persönliche Motive berücksichtigen darf? Wir wollen, daß Sie sich uns anschließen, Governor; vielleicht nicht offen, wenn Sie das nicht wünschen, aber wenigstens stillschweigend. Ich will Sie heut abend um eine entscheidende Antwort bitten, aber das eine erbitte ich von Ihnen: Würdigen Sie die Angelegenheit Ihrer Beachtung und denken Sie reiflich darüber nach. Wollen Sie das?“ (Fortsetzung folgt.)

gleichen Höhe sichergestellt werden, wie die nach dem Reichsgesetz gegen Unfallversicherungen seien.

Abg. Schönfeld (konf.) spricht sich im Sinne des Deputationsantrages aus.

Abg. Sündermann (Soz.):

Ich kann mich dem Vorredner nur anschließen und die Regierung bitten, hier eine Ausnahme zu machen und dem Votum der Deputation zuzustimmen. Der Standpunkt, daß der Petent keine Unterstützung mehr braucht, da er jetzt mehr verdient als zur Zeit des Unfalls, ist hinzüglich. Die Nachteile des Unfalls wird der Petent erst später verspielen; bei den jüngsten hohen Lebensmittelpreisen ist es für einen erwachsenen Menschen mit Familie unmöglich, mit einem Bruttolohn von 17 M. auszukommen. Der Petent befindet sich zweifellos in schwieriger Lage. Wir betrachten die Sache vom Standpunkte der Sozialpolitik, und da sollte der Staat mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist durchaus nötig, daß derartige Leute, wie es auch der Deputationsantrag will, verstärkt werden.

Kultusminister Dr. Beck erwidert, daß im Etat keine Mittel für derartige Unterstützungen eingesetzt sind. Man werde darauf aber bei Ausstellung des nächsten Etats Rücksicht nehmen. Die Prüfung der Frage wegen der Versicherung soll aufs wohlwollendste geschehen.

Abg. Fräsdorf (Soz.):

Die Unfallversicherung weist noch große Lücken auf. Auch der Entwurf der Reichsversicherungsordnung spricht nicht die Unfallversicherung der hier in Frage kommenden Personen aus. Deshalb erüchte ich die Regierung, im Bundesrat und Reichstag dahin zu wirken, daß diese Lücken ausgefüllt werden.

Darauf wird der Deputationsantrag einstimmig angenommen.

Debatte werden die Kapitel 107 und 108 des ordentlichen Staatshaushaltsets für 1910/11 (Vorlage der [Ausgaben 44 450 M.] und Pensionen [Einnahmen 6100 M., Ausgaben 7 886 000 M.]) verabschiedet.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die Schlussberatung über Kapitel 11, 12 und 13 des ordentlichen Staatshaushaltsets, betreffend

sozialliche Gütern- und Erzbergwerke bei Freiberg sowie

Blauarbeitswerk Überlema.

Die Deputation beantragt, bei Kapitel 11 (Hüttenwerke) die Einnahmen mit 814 000 M. und die Ausgaben mit 205 800 Mark, bei Kapitel 12 (Erzbergwerke) die Einnahmen mit 540 300 Mark und die Ausgaben mit 1 410 250 M. und bei Kapitel 13 (Blauarbeitswerk Überlema) die Einnahmen mit 1 140 200 M. und die Ausgaben mit 1 110 700 M. zu genehmigen, die Petition der Königreichen Bergknappen um Fortsetzung eines Teils des Bergbaus auf sich beruhnen zu lassen. In dem schriftlichen Bericht der Deputation wird ausgeführt, daß die durch die Abschaffung herbeigeführte traurige Lage der Bergleute durchaus anerkannt wird, daß man aber zu keinem andern Resultat kommen können, weil es ohne bedeutende finanzielle Staatshilfe unmöglich sei, einen auch nur ganz beschränkten Bergbau weiterzuführen.

In der Debatte bringen die Abgeordneten Hoffmann (konf.), Braun (nat.-lib.), Schmidt (konf.) und Wittig (konf.) zu den einzelnen Kapiteln verschiedene Wünsche. Sie bedauern auch das Ende der Königreichen Knappen und geben der Hoffnung Ausdruck, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Abg. Krause (Soz.):

Im Etat ist erstmalig ein Betrag von 2750 M. für fortzuführende Lohnbezüge bei Urlaubsbewilligung an Arbeiter eingesetzt. Es ist anzuerkennen, daß sich die Regierung zu dieser sozialen Tat ausgeschwungen hat, dagegen können die Bestimmungen, die für die Erteilung von Urlaub maßgebend sein sollen, bei uns und auch nicht in den Kreisen der betreffenden Hüttenarbeiter Auffang finden. Durch solche Bestimmungen wird der Urlaub für viele Arbeiter so gut wie illusorisch gemacht. Ich muß dringend die Regierung ermahnen, diese Bestimmungen einer Änderung zu unterziehen. Wenn jetzt gesagt wird, der Arbeiter muß mindestens 15 Jahre alt sein und eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich habe, so behaupte ich, daß es eine Menge von Arbeitern geben wird, die niemals von diesen sozialen Einrichtungen Gebrauch machen können. Mit 40 Jahren sind viele Bergleute bei ihrer außerordentlich schweren Arbeit schon Invaliden. Auch ein Urlaub von drei Tagen ist recht gering bemessen, es ist sehr wünschenswert, daß im nächsten Etat für diesen Zweck ein höherer Posten eingesetzt wird. Redner bedauert dann noch, daß die Regierung sich nicht zu einer positiven Erklärung hat aufschwingen können, was aus dem nach Durchführung der Abschaffung Ende 1913 noch verbleibenden Reste der Bergleistung werden soll. Bei den völlig unzureichenden Löhnern, die hier gezahlt werden, ist es unabdinglich notwendig, daß fast vorübergehende und dauernde Unterstützung Mittel in den Etat eingestellt werden.

Vom Regierungsräte aus erfolgt keine Antwort.

Das Gutachten der Finanzdeputation A wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, vorm. 10½ Uhr. Tagesordnung: Kleinstaatsfachen und Etat des Ministeriums des Innern, Polizeidirektion zu Dresden und Gendarmerieanstalt.

Gewerkschaftsbewegung.

Wider das Koalitionsrecht.

Wir veröffentlichten vor einiger Zeit eine Eingabe des Kölner Arbeitgeberverbandes an den Minister des Innern um einen Erfolg von gesetzlichen Bestimmungen, die geeignet seien, das Streikpostenstehen zu unterbinden. Die Kölner Zeitung bestätigt jetzt die Richtigkeit der Eingabe, indem sie diese ebenfalls abdrückt. Der Kommentar, den sie dazu gibt, zeigt nun, daß die Unternehmer nicht gewillt sind, sich mit dem von uns mitgeteilten ministeriellen Hinweis auf die bestehenden Gesetze, die nach des Ministers Meinung auch den Ansprüchen der Schriftsteller durchaus genügen sollen, zu begnügen. Unter Hinweis auf die augenblicklich im Reichstag zur Verhandlung stehende Novelle zum Strafgesetzbuch ergibt sie sich zunächst in merkwürdigen juristischen Konstruktionen, aus denen sie erhärtet will, daß die Erörterung des Erpressungsparagraphen ein ganz besonderer Beweis von Arbeiterfreundlichkeit der Regierung sei, um dann über den „schier unerträglich gewordenen Terrorismus des Streikpostenstehens“ zu zetern und einer Verschärfung der Strafgesetze das Wort zu reden. Sie bezeichnet die bestätigte Aufhebung eines krassen Unrechts als einen sozialpolitischen Fortschritt und fordert im selben Atemzuge ein neues. Was die Kölner Unternehmer in ihrer Eingabe befürworteten, sei nur eine Ausdehnung des heute schon im § 158 der Gewerbeordnung bestimmten Begriffs des Koalitionszwangs auf das Streikpostenstehen. Das könne nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden. Es handle sich also dabei keineswegs um etwas ganz Neues und Unerhörtes. Der § 158 stelle schon seit dem Jahre 1869 unter Strafe: die Anwendung körperlichen Zwangs, Drohungen, Chrverlegerungen oder Befreiungsverlängerungen zu dem Zwecke, jemand zum Beitreitt einer Koalition oder zum Austritt aus ihr zu veranlassen. Das Streikpostenstehen aber bedeute „oft“ für die Arbeitswilligen einen Zwang und eine Drohung in aller Form,

es sei also durchaus angebracht, dieser „Beschränkung der persönlichen Freiheit mit energischen Strafbestimmungen zu Leibe zu rücken“. Die polizeilichen Befugnisse seien aber nicht ausreichend, um zum Ziele zu gelangen, die verschiedenen Versuche der Polizei wären ziemlich wirkungslos geblieben. Denn die Polizei könnte nicht auf geradem Wege auf das Ziel lossteuern, sondern nur auf dem Umwege einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit. „Wenn sich auch auf diesem Wege vieles erreichen läßt“, heißt es wörtlich, und wie wir wiederholen in einzelnen Beispielen gezeigt haben, damit mancher polizeiliche Eingriff, freilich nur unter Biegen und Brechen, gedeckt wird, so ist man sich doch heute darüber einig, daß nicht jeder Streikposten den Verkehr stört.“

Trotz dieses famosen Geständnisses, das den inneren Widerspruch der vorhergehenden juristischen Knüpflichkeiten aufdeckt, fordert die Kölnerische Zeitung den Strafgesetzesgeber auf, bei der Revision des Strafgesetzbuchs Material über Missbräuche beim Streikpostenstehen zu sammeln und sich die Frage vorzulegen, ob die vorhandenen Bestimmungen nicht einer Ergänzung bedürfen, um den Arbeitgebern und Arbeitswilligen dasselbe Maß von Freiheit zu gewährleisten, das die Streikenden als ein heiligstes Menschenrecht für sich selbst in Anspruch nehmen.“ Und mit heuchlerischer Miene fügt sie hinzu, es wäre freilich besser, wenn diese Einschränkung der Koalitionsfreiheit entbehrt werden könnte, aber an der Arbeiterschaft wäre es gewesen, durch Taten zu beweisen, daß sie die Bewegungsfreiheit der Arbeitswilligen ebenso als ein unantastbares Gut bewerte, wie ihre eigene Streikfreiheit. Die Kölnerische Zeitung hat auch schon Bestimmungen zur Hand, die, wie sie selbst sagt, bereits in der berüchtigten Zuchthausvorlage des Jahres 1890 enthalten waren. Da aber die Kölnerische Zeitung ein nationalliberales Organ ist, so läßt sich hier erkennen, daß die Koalitionsrechtsfeinde ganz energisch an der Arbeit sind.

Leipzig und Umgebung.

Der Streik in der Chemischen Fabrik in Taucha.

Am 22. Februar beschäftigte sich eine Einwohnerversammlung mit den Zuständen und dem Streik in der Chemischen Fabrik in Taucha. Der Referent Hesselbarth gab zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der chemischen Großindustrie, in der die höchsten Dividenden, aber die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Alsdann schilderte er den Verlauf des Streiks in der Chemischen Fabrik in Taucha. Früher wurde noch einigermaßen Geld verdient, d. h. bei sehr langer Arbeitszeit. In letzter Zeit wurden aber heimliche Abfälle gemacht, da man annahm, die Arbeiter könnten sich ihren Verdienst nicht berechnen. Die wiederholten Vorstellungen bei den Fleischbeamten nutzten nichts, es wurde dann allemal so gerechnet, daß die Arbeiter im Unrecht waren. Zu Weihnachten waren verschiedene Dosen gelöscht worden; jetzt wurden die Dosen wieder angebrannt und von den Arbeitern verlangt, daß sie wieder an Dosen statt einen ziehen sollten. Die Betriebsleitung stellte dadurch pro Schicht (es wird in zwei Schichten zu 12 Stunden gearbeitet) 8.15 M. in die Tasche. Die Arbeiter verwelgerten diese Arbeit, darauf hielt es: wer in fünf Minuten die Arbeit nicht aufnimmt, ist entlassen. Alle gläsernen Verhandlungen schließen an dem Widerstande des Dr. Neugebauer; er stieß den Herrn im Hause heraus. Die Fleischer legten darauf die Arbeit nieder. Es wurden andere an ihre Stelle kommandiert, die aber diese Arbeit verwiegerten. Auch sie wurden entlassen. Herr Dr. Neugebauer brachte es dabei fertig, den Leuten den verdienten Lohn einzubehalten. — Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution einstimmig an:

Die am 22. Februar im Goldnen Ring zu Taucha tagende Einwohnerversammlung nimmt mit Entschluß Kenntnis von dem Verhalten der Direktion anlässlich des Streiks der Fleischarbeiter. Die Versammelten halten die Arbeitsniederdarlegung für berechtigt, um die von der Firma geplante weitere Ausbeutung der Arbeitskraft zu vereiteln. Die Versammelten protestieren weiter gegen die Eingriffe der Direktion in das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Anwesenden sind der Überzeugung, daß für die Arbeiterschaft die Organisation eine unabdingliche Notwendigkeit im wirtschaftlichen Kampfe ist. Des weiteren protestieren die Versammelten gegen die Einbehaltung des rückständigen Lohnes, welche Handlungweise die arbeiterfeindliche Gefinnung der Direktion trefflich charakterisiert. Die Versammelten erwarten nach der ungünstigen Entscheidung des Gewerbege richts vom Arbeiterausschuß des Betriebes, daß er alles aufzubieten, daß die Streikenden ihren Lohn erhalten.

Zum Streik der Fensterputzer.

Die in Frage kommenden Firmen haben gestoppte Püzer als Streikbrecher nicht gefunden; die von außenwärts hergeschleppten Fensterreiniger sind nach Auflösung über die Lage wieder abgereist.

In marktfreierlichen Annonsen werden unter allerhand Versprechungen Arbeitswillige gesucht; dadurch ist es denn auch den Unternehmern gelungen, einen Teil Arbeitswilliger zu erhalten, die aber des Fachs vollständig unkundig und der gefährlichen Arbeit nicht gewachsen sind. Genau wie Herr Biemel, Inhaber der Reinigungsfabrik Germania, haben auch die Unternehmer der Saxonia ein Birkular sehr zweifelhaften Inhaltes an ihre Kundenschaft versandt, in dem behauptet wird, die Püzer hätten ohne Grund die Arbeit eingestellt. Bei diesen Herren scheint erst dann ein Grund zur Arbeitseinstellung vorzuliegen, wenn die Püzer mit ihren Familien den Hungertod gestorben sind.

In diesem Birkular wird weiter gesagt, daß das Fensterreinigungsgewerbe einer längeren Lehrzeit nicht bedarf. Dies geben wir zu, soweit die Tätigkeit der Unternehmer der Saxonia in Frage kommt. Denn deren Tätigkeit in diesem Geschäft bedarf keiner Lehrzeit. Anders ist es aber bei den Arbeitern, die müssen, soll eine gute Arbeit geleistet und Menschenleben nicht der Profitsucht geopfert werden, eine Lehrzeit durchmachen. Mit der Ansicht, daß für die Püzer eine Lehrzeit nicht notwendig ist, dürften die Unternehmer der Saxonia und Germania unter Fachleuten allein stehen, denn in dem Tarif von 1906 wurde auf Drängen der Unternehmer bereits eine einjährige Lehrzeit vorgesehen.

Alle andern von den Unternehmern und deren Helferschaltern über den Streik verbreiteten Unwahrheiten und Unrichtigkeiten zu widerlegen, halten wir nicht für nötig, weil wir der Unrechtfertigung aller Interessenten wohl zumutbar dürfen, die Sachlage richtig einschätzen zu können.

Auf Anregung verschiedener Geschäftleute geben wir die Adressen derjenigen Unternehmer bekannt, die Raubstreiterdienste für die bestreiten Firmen leisteten: Dr. Böck, Lindenau, Burggassestraße 4, Dr. Pöndorf, Göhlis, Brieststraße 19, Dr. Sattler, Göhlis, Gothaer Straße 9, Bernh. Pößnau, Eisenstraße 2, Dr. Wenzel, Schenckendorffstraße 29. Für den Streik kommen in Frage die Reinigungsfabriken Germania (Inhaber Franz Biemel), Mitterstraße 42, Saxonia, Wachterstraße 18, Endorf, Windmühlstraße. Wir erachten in diesen Betrieben Arbeitsangebote nicht an-

zunehmen.

Die Streikleitung.

Die Leipziger Zimmerer rüsten zum Kampf. Die Zimmerer der Zahlstelle Leipzig haben in der am 22. Februar im Volkshaus stark besuchten Mitgliederversammlung einstimmig den

Beschluß gesetzt, angesichts der Ausperrungsgefahr der Unternehmer, den Wochenbeitrag sofort von 85 Pf. auf eine Mark zu erhöhen.

Deutsches Reich.

Christliche Schwedeleien.

Unlöschlich des vorjährigen Streiks der Spiegelglasmacher in Bayern, bei dem die christliche Organisation eine so lästige Rolle spielt, wurden die Leiter der Bewegung, die Genossen Weiß, Gräb und Dirksel von den christlichen Autoren in ihrer Presse fortgesetzt in der gehässigsten und verleumderischsten Weise verdächtigt, so daß sie gerichtlichen Schutz in Anspruch nehmen mußten. Die Verleumer mußten nun in leichter Nummer der christlichen Karam- und Steinarbeiterzeitung folgenden Widerruf erlassen:

In Nr. 20 dieser Zeitung war die Behauptung ausgestellt, daß der Gewerkschaftssekretär Weiß in Marktredwitz beim Glaschleiferstreik im Jahre 1905 für seine Dienstleistungen gegen das Interesse der Arbeiter bei der Firma Kupfer einen Posten angestrebt habe und daß er im Jahre 1905 als Spionagesführer und Versammlungsorganisator hervorragend tätig betätigt habe. In der Schöffengerichtsverhandlung am 14. Januar 1910 in Köln habe ich mich überzeugt, daß diese Behauptungen der Begründung entbehren, und nehme sie daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. M. Fromm.

Der Verleumer mußte sich außer zu diesem Widerruf auch zur Tragung sämtlicher Kosten verpflichten.

Das Bamberger Volksschatt, ein Zentrumsblatt, brachte die Mitteilung, daß der dortige Vertrauensmann des (freien) Bauhülfearbeiterverbands 80 Mark unterschlagen und für sich verwendet habe; die Sache habe bereits der Staatsanwalt in Händen. Das „wahnsinnig leidende“ Blatt mußte sich später zu folgendem Widerruf bequemen:

(Unterred.) Wir haben unter dieser Episemarie in Nr. 23 des Volksschatt die Nachricht gebracht, daß der Vertrauensmann des hiesigen sozialdemokratischen Bauhülfearbeiterverbands die einklassierten Gelder im Betrage von etwa 80 Mark für sich verwendet habe und die Sache der Strafanwaltschaft angezeigt sei. Diese Nachricht ist in allen Teilen irreführend und unwahr und nehmen wir sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Im Bamberg entstaltet der Deutsche Textilarbeiterverband unter den dortigen schlecht organisierten und elend bezahlten Textilarbeitern gegenwärtig eine lebhafte Agitation, um sie für die Organisation zu gewinnen. Das ereigte — wie immer — den Reiz der christlichen Organisation. Durch losloses Ausschneiden und Schwinden wollten sie den deutschen Textilarbeiterverband als leistungsunfähig hinstellen und in Misstrauen bringen. Sie brüstten sich, durch ihr Eingreifen die Zurückziehung einer Teuerungszulage verhindert zu haben. Diesen Schwedeleien setzte nun die Mechanische Seilerei fabrik, wo die christliche Organisation diese großen Erfolge erreicht haben wollte, einen recht unangenehmen Dämpfer auf, indem sie im dortigen Zentrumsblatt erklärte, daß die Beibehaltung der einmal eingeführten 10prozentigen Teuerungszulage feststehender Grundsatze ist und deren Zurückziehung weder von der Direktion, noch vom Ausschusser angeregt wurde. Es ist also nicht zutreffend, daß die Weiterbewilligung dieser Teuerungszulage erst der Tätigkeit des Christlichen Textilarbeiterverbands zu verdanken sei.

Die Christlichen bleiben also ihrem alten Grundsatz treu: Sie ilgen wie die Teufel und schwitzen aus Prinzip!

Ausland.

Das Kriegsrecht verhangt.

In Philadelphia stehen die Straßenbahner im Ausstand, in dessen Verlauf es zu heftigen Kämpfen zwischen den Streikenden und der Polizei gekommen ist. Wie das Büro des Bureau of Police meldet, erfolgte am Dienstag ein blutiger Zusammenstoß an der Ecke der Germantown- und Lexingtonstraße. Die Polizei ging mit dem Bajonet vor und zerstreuete die Masse von 25 000 Streikenden. In der Nähe der Hauptpost sammelte sich die Menge abermals und bombardierte die Straßenbahnen mit Steinen. Die Polizei gab zunächst 20 blinde Schüsse ab. Schließlich ging sie zum ersten Angriff über und verwundete mehrere Personen. Da nach der angeführten Quelle die Friedenshaltung des Friedens in der ganzen Stadt gefährdet erscheint, wurde gestern das Kriegsrecht verfügt. — Ein weiteres Telegramm berichtet: Der Straßenbahnenstreik in Philadelphia führte gestern abend zu weiteren Auseinandersetzungen und ergab den Tod eines Mannes und die Verhaftung des Streikorganisators. Der Präsident der Zentralarbeitervereinigung, Murphy, sagte einen allgemeinen Streik der organisierten Arbeiter zum Zeichen der Sympathie mit den Straßenbahnen zu. Man glaubt, daß an hunderttausend Mann die Arbeit niedergelegt werden. Die streikenden Straßenbahner und ihre Parteidräger machten gestern abend einen erbitterten Angriff auf die Depots der Gesellschaft und brannten an hundert Wagen nieder. Die Polizei versuchte vergeblich die Menge zu zerstreuen. Viele Personen wurden verwundet, darunter mehrere Polizisten. 8000 Polizisoldaten werden bereitgehalten. Bei den gestrigen Kämpfen waren 500 Polizisten beteiligt, ihre Anzahl reichte aber bei weitem nicht aus. Vereinzelte Verlagerungen, den Straßenbahnen aufrecht zu erhalten, mißlangen. Lange vor Mitternacht mußte der Betrieb gänzlich aufgegeben werden.

Ein weiteres Telegramm aus Philadelphia meldet: Der Zeitpunkt der Ausführung des Generalstreiks ist von den Leitern der Arbeiterorganisationen verschoben worden. Es soll das Resultat der nachgeführten Vermittlung der politischen Arbeiterführer in dem Streik der Straßenbahner erst abgewartet werden. Durch die andauernden Unruhen und den Mangel an Verkehrsmiteln erleidet Handel und Industrie schwere Schädigungen. Die Readingbahn schränkte in ihren Werkstätten für Lokomotiven und Wagenbau die Arbeitszeit wegen Verkehrsstillstandes auf acht Stunden täglich ein.

kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Zentralverband der Handlungsgesellen hält seine 7. Generalversammlung am 16. und 17. Mai in Hamburg ab.

Die Böttcher in Flörsheimwald a. d. Spree sind aushändig geworden, weil die Unternehmer ihre Forderungen abschlägig beschieden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 24. Februar. Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage wurde in der Wahlrechtskommission heute abgeschlossen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Freikirchen und Nationalliberalen wurde beschlossen, die öffentliche Wahl bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner durchzuführen. Durch entsprechende Änderungen wird für die Wahl der Abgeordneten ein indirektes Wahlverfahren geschaffen. Die zweite Lesung soll am 3. März beginnen.

Berantwortlich für den redaktionellen Tell:

Hermann Müller in Leipzig.

Berantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Müller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger

Oeffentliche Volks-Versammlung

Referentin: Genossin Frau B. Sellinger-Wülfrath, Saalfeld
Freitag, den 25. Februar, abends 1/2 Uhr, im Schillerschlösschen,
Leipzig-Gohlis.

Die Wirkung der indirekten Steuern und Zölle auf Haushalt und Familienleben.

Zu dieser Versammlung sind die Frauen ganz besonders eingeladen.
Der Hauptvorstand [3256]

des Sozialdemokr. Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 28. Februar, abends 1/2 Uhr

Delegierten-Versammlung

im Volkshaus (Gesellschaftssaal).

Tagesordnung:

Bericht über die seither stattgefundenen Verhandlungen.

Die Delegierten aller Branchen und Betriebe werden um allseitiges Erscheinen ersucht.
Legitimationskarte ist vorzulegen.

Die Lokalverwaltung.

[3205*]

Ortsverein

Plagwitz-Lindenau-Schleußig.

Freitag, den 25. Februar

Mitglieder-Versammlung

bei Glanzmann, Karl-Heine-Straße.

Tagesordnung:

Kommunale Angelegenheit. Referent: Stadtverordneter Genosse Frenzel. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet [3260] Der Vorstand.

Deutscher

Kürschner-Verband

Filiale Leipzig.

Sonntag, den 27. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr

Ausserordentliche

Mitglieder-Versammlung

in der Noburger Bierhalle, Brühl 8.

Tagesordnung: 1. Wollen wir unser bestehenden Tarif und Arbeitsvertrag klären? 2. Beratung eines neuen Tarif und Arbeitsvertrags und Diskussion über den Kommissionsvorschlag. 3. Diskussion und Beschlussfassung über einen Arbeitsvertrag und Tarif der Schweißbranche für Leipzig und Schkeuditz.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, diese Versammlung zu besuchen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

[3271*] Die Verwaltung der Filiale Leipzig.

Verband der Fabrikarbeiter.

Bureau Volkshaus.

Telephon 18720.

Achtung! Seifenarbeiter Leipzigs!

Freitag, den 25. Februar, abends Punkt 8 Uhr, im Volkshaus (siehe Tafel)

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Seifenfabriken Leipzigs, und was gebieten die Kollegen zur Hebung derselben zu tun. 2. Diskussion hierzu.

Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten einen außergewöhnlich starken und pünktlichen Besuch. Die Vertrauensmänner sind verpflichtet, die Kollegen noch besonders auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Die Sektionsleitung.

Zement- u. Kunstdsteinarbeiter Leipzigs.

Sonntagsabend, 26. Febr. Versammlung im Volkshaus

abends 8 Uhr Zimmer am Café

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Einreichung unserer Lohnforderungen. 2. Diskussion hierzu. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen erwartet Die Sektionsleitung.

Turn-Verein L.-Nord (Gohlis).

(M. des Arb.-L.)

Sonntagsabend, den 26. Februar, im Schillerschlösschen, Wendestraße

Grosser Humor- u. Kappenabend

bestehend in

Konzert, turnerisch. Aufführungen u. Ball

Einfahrt 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Zahlreichem Besuch der Mitglieder und deren Angehörigen sieht entgegen [3260] Der Turnrat.



Sächs. evangel.-soziale Vereinigung

Ortsgruppe Leipzig.

Freitag, den 25. Februar, abends 1/2 Uhr

Oeffentliche religiöse Diskussion

Lokal: Drei Mohren, L.-Äger, Breite Str. 7

Referent: Christlicher Pauli.

Thema:

Was hat der Sozialismus noch von Jesus zu lernen?

[3165] Eintritt frei. — Jedermann willkommen. — Der Vorstand.

Vereinigte Arb.-Bereine L.-Mödern

Sonnabend, den 26. Februar 1910

Großer Familienabend

im Etablissement Goldner Anker, L.-Mödern

bestehend in

Gesang, turnerischen Aufführungen und BALL.

Anfang abends 8 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Ohne Eintrittskarte kein Zutritt.

Einen recht genügsamen Abend versprechend, lädt

freundlich ein [2841*] D. &.

Niederlage von Südweine

empfiehlt zu Original-Preisen

Rudolf Baudler

Kolonialwaren- u. Weinhandlung.

Leipzig, Bahnhofstr. 12.

Niederlage von Südweine

empfiehlt zu Original-Preisen

Heinr. Beyer, Inh. Alfred Franke

Zigarren- u. Weinhandlung *

Wahren bei Leipzig

Ecke Albert- und Hallische Str. 51.

Monatsgarderobe

10 alle Herren können sich 10

hochwertig u. sehr billig

kleid. Neue u. wen. getr. An-

züge, Frack, Hosen, Herbst-

Wäst., Gesell., Ang. a. leich.

10 Großes Fleischergasse 10

(Golds. Iron.) Schanl. (Nicht verschoben)

im Hause d. städt. Spieleanstalt II.

Bürgerliches Gesetzbuch.

30 Pf.

Vollbüchhd. Leipzig u. Filialen.

Für die vielen Beweise liebwilliger Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, Schwiegersohns und Schwagers [3290]

Friedrich Rudolf Grosse

sage ich hierdurch allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Dr. F. König für den überaus schönen Blumenschmuck meinen tiefgefühltesten Dank. Besonders Dank Herrn Pastor Dietrich für die herzergreifenden, trostbringenden Worte am Grabe.

L.-Lindenau, den 10. Februar 1910.

Frau Johanna verw. Grosse

nebst Hinterbliebenen.

Achtung, Arbeiterjugend!

Sonntag, den 27. Februar 1910, nachm. 5 Uhr

in der Neuen Turnhalle, L.-Lindenau, Calviusstraße

Lichtbilder-Vortrag

Zwei Monate auf den Kanarischen Inseln.

[3285] Redner: R. Laube, Robmössteater.

Jahrreichen Besuch erwartet Der Ausschuss.

Turnverein L.-Kleinzschocher

C. V. — Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Sonnabend, den 26. Februar, in den festlich

dekorirten Räumen des Etabl. Reichsverweser

Großer Kappenabend

darstellend: Ein Nationalfest in Ungarn.

Einfahrt 1/2 Uhr. Anfang 1/2 Uhr.

Programme, im Vorverkauf 20 Pf., an der

Kasse 40 Pf., sind bei den Turnratsmitgliedern

und im Restaurant Windmühle, Kleinzschocher,

zu haben. Ohne Kappe kein Zutritt.

Freunde und Gönner der freien Turnkunst

lädt freundlich ein Der Turnrat.

Stenographie.

An unserem Kursus im System

Stolze-Schrey

dannen noch Damen und Herren teilnehmen. Interessenten wollen

sich Freitag, abends 1/2 Uhr, in der Globuszhänke, Nord-

straße 24, einfinden. — Sonntag, 27. Febr., vorm. 1/2 Uhr,

eröffnen wir in der Globuszhänke, Nordstraße 24, einen An-

fängerkursus im System [3270]

Gabelsberger.

Dauer 4 Monate. — Honorar einschließlich Schriftmittel 8.50 Mf.

Arbeiter-Stenographen-Verein Vorwärts.

Kranken- und Begräbniskasse

der Buchbinderei und verwandten Berufsgenossen

und deren Hilfsarbeiter zu Leipzig.

Die diesjährige ordentl. Generalversammlung findet am

Montag, den 28. Februar, abends 1/2 Uhr

im Restaurant Weihmann, Täubchenweg 57, statt.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbücher. 2. Genehmigung

des Jahresberichts. 3. Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses.

Der Vorstand.

[3278]

[3279]

[3280]

[3281]

[3282]

[3283]

[3284]

[3285]

[3286]

[3287]

[3288]

[3289]

[3290]

[3291]

[3292]

[3293]

[3294]

[3295]

[3296]

[3297]

[3298]

Politische Uebersicht.

Das Danziger Wasserloch.

In der vorigen Woche mache Genosse Severing in der Budgetkommission des Reichstags detaillierte Mitteilungen über unzulässige Verlentungen von noch brauchbaren Materialien auf der kaiserlichen Werft zu Danzig. Der Staatssekretär v. Tirpiz sagte sofort eine schleunige Untersuchung des auf der Holminsel belegenen, mit der Weichsel in Verbindung stehenden Grabens zu, der als Versenkungsstelle in Betracht kam. Er ließ jedoch die Durchsuchung des Gewässers nicht durch einen Unbeauftragten oder durch sofortige telegraphische Anweisung ausführen. Vielmehr begnügte er sich mit dem brieflichen Erkunden an die indirekt mitbeschuldigte Werftdirektion. Am 17. Februar fand die Untersuchung statt, die nach der Mitteilung des Staatssekretärs mit aller Gründlichkeit ausgeführt wurde. Am 18. Februar teilte Tirpiz der Kommission als Resultat der Untersuchung mit, daß nur „wertlose Gegenstände“ im Wasser gefunden wurden. Er leistete sich dabei so viel Marinesteinein, daß er behauptete, alle die Metallstücke seien nur deshalb in das Wasser geworfen, um den „Graben“, einen respektablen Flußlauf, auszufüllen. Ueber diese wunderliche „Metallverwertung“ staunen am meisten die Werftarbeiter, denen bei der Metallbearbeitung sogar die Abschläge nachgewogen werden.

Die ganze „Untersuchung“ dauerte tatsächlich kaum eine halbe Stunde. Sie wurde scheinbar mit Geräten und Werkzeugen ausgeführt, die für eine solche Absuchung, noch dazu bei dem stark sumpfigen Untergrunde, zweckmäßig waren. Trotzdem fand man unter anderm Stücke, die selbst der Meisterschrein des biederem Frankenthal nicht für „alte Konservenbüchsen“ erklären könnte. Man fand zum Beispiel ein Stück Segeltuch von 7 Meter Länge und $\frac{1}{2}$ Meter Breite, ein Kupferrohr von der Dicke eines Daumens, 2 Meter lang, ein schlängelförmig gewundenes Kupferrohr von 3 bis 4 Meter Länge, zwei Säcke voll Schlemmkreide, zwei Harztöpfe mit Bügel, in diesen war vorschriftsmäßiges Ausströmungsinventar und ein Messingschlüssel, weiter ein Lot. Auch fand man einen Holzstab mit Eisenbeschlag, von einem Raketensapparat, und eine Eisenstange, vom Bugspriet eines großen Schiffes herrlichend.

Dabei wäre die wirklich zweckmäßige Absuchung der fraglichen Abzweigung der Weichsel nur durch Taucher oder nach der Abspülung des Wassers möglich gewesen. Die verehrliche Verwaltung der Marinebetriebe stellte auch Maßregelungen, die aus politischen Gründen erfolgt wären, in Abrede. Nun, neuerdings sind wieder 22 Kündigungen im Maschinenbau der Danziger Werft erfolgt und gestern teilte Herr v. Harms in der Kommission mit, daß etwa noch 200–300 Werstarbeiter die Entlassung zu erwarten hätten. Man wird nicht schlafen, wenn man die Ursachen für diese Kündigungen teilweise in den Entwicklungen der Marinetkommission sucht. Die Aufrichtigkeit, mit der unschöne Elemente wegen ihrer politischen Anschauung und Kontrollfähigkeit von der Werft entfernt werden, bezeugt folgendes Schriftstück:

Zeugnis.

Dem Böttcher Gustav Gerloff, geboren am 11. Sept. 1877 zu Danzig, wird hiermit bescheinigt, daß derselbe vom 1. Febr. 1901 bis zum 20. April 1908 in der Blockmacher-Werkstatt der hiesigen Kaiserlichen Werft beschäftigt gewesen ist. Der v. Gerloff hat während dieser Zeit die ihm übertragene Arbeit zur Zufriedenheit ausgeführt.

Durch seine dienstliche Führung sowie seine Führung im Privatleben hat er keinen Anlaß zum Tadel gegeben, wogegen seine Aufführung im öffentlichen Leben nicht ladelos sei.

S. L.

Kaiserliche Werft.

Friiherr v. Schimmelmann,
Konteradmiral und Oberwerftdirektor.

Herr v. Schimmelmann und Genossen finden hier das beste „Zeugnis“ für ihre Wahrheitsliebe und politische Duldsamkeit!

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 23. Februar. Die gegenwärtige Kontrolle der Rechnungen des Reichshaushalts ist provisorisch und schwerfällig. Sie soll nun durch Gesetz bis auf weiteres vereinfacht werden. Herr Schatzsekretär Wermuth begründete kurz die Änderung, worauf nach unerwähnter Debatte die Vorlage einer Kommission überwiesen wurde. Dann setzte das Haus die Beratung des Etats des Reichsgerichts des Innern fort. Der Graf Cramer will auf keinen Fall den Landarbeiter das Koalitionsrecht gewähren, angeblich um nicht das harmonische Verhältnis zwischen Agrarier und Landarbeiter zu stören. So sagt er wenigstens, glauben tut es ihm natürlich kein Mensch. Herr Dr. Strelcemann ist halb für und halb gegen den Schutzzoll. Mit einer solchen Rede kann man als Nationalliberalen zu Wahlzeiten bei Agrariern und Industriellen sich anschmücken. Nur zu diesem Zwecke hat er auch geredet, dennoch hat er durch eine Entgleisung seiner Partei Schaden zugefügt. Er warf den Agrariern und Bündlern schänden Undank gegen Bassermann vor, der 1902 den Junters doch erst zum Wochentarif verholfen habe. Bei der Agitation in Industriegegenden bestreiten das die Nationalliberalen. Nun hat's der Strelcemann eingestanden. Herr Delbrück erwies den noch in Berlin anwesenden Teilnehmern an der Zirkus-Busch-Versammlung nachträglich seine Reverenz durch das Geböhrn, die Regierung werde an der bewährten Schutzpoliitik festhalten. Die Junters werden das wohlwollend vermerken. Eine lange, lange Rede hielt der Pole Brejsek. Verstanden hat ihn niemand. Morgen geht's im Positivischen Tempo weiter.

Der Marineetat in der Budgetkommission.

Für die U-Bootschiffe und Kreuzer sollen wieder Schuhnebel gegen Torpedoangriffe angeschafft werden, wozu die Summe von 5500000 Mk. gesordert wird. Die Schiffe führen selber schon einmal solche Neige, die aber vor Jahren abgeschafft worden sind. Warum nun abermals geändert wird, erzählte Herr Tirpitz vertraulich. Bemerkenswert ist, daß die Neige schon bestellt sind, bevor der Reichstag sie bewilligt hat. So springt die Marineverwaltung mit dem Budgetrecht des Reichstags um, allerdings unter stillschweigender Billigung der bürgerlichen Parteien. Auch das Kontrollrecht des Parlaments wird durch die Marineverwaltung so gut wie ausgehoben. Sie fordert für Neubauten von großen Schiffen rund 120 Millionen Mark, wobei auf dem Papier sein lächerlich angegeben ist, wie hoch die jeweils geforderte Rate pro Schiff sich stellt. Der Reichstag erfährt auch noch den Vorschlag der gesamten Kaufsumme, aber die Verwaltung hat das Recht, die insgesamt bewilligten Gelder untereinander aufzuteilen. Wenn die für ein Schiff bewilligte Kaufsumme nicht voll gebraucht wird, kann die Verwaltung den Überschuss für ein anderes Schiff verwenden; aber, wenn sie bei einem anderen Schiff die Kaufsumme überschreitet, kann sie bei einem dritten Schiff versuchen, es billiger als erst angegebene herzustellen. Und endlich deelt sich die Verwaltung gar nichts daraus, etwa bei der Forderung der dritten oder vierten Rate ganz einfach den Vorschlag zu erhöhen. So hat sie im Vorschlag für den großen Kreuzer von der Tannenbaum zunächst mit 24 Millionen bezeichnet und jetzt auf 20 Millionen erhöht. Dem Reichstag ist dadurch jede Kontrollmöglichkeit geraubt, und was ein Schiff in Wirklichkeit gekostet hat, das erfährt er erst, wenn der Eisenkasten schon lange auf der See schwimmt. Gestern teilte Herr Erzberger ein wenig, aber konservative und Nationalliberalen gehörden sich so regierungsfreundlich, daß Herr Erzberger das Vergnügen hatte, sehr bald überstimmt zu werden. Eine Denkschrift über die Dedungsgemeinschaft ist allerdings in Aussicht gestellt worden. Es ist aber schade für Druckerei und Papier. Bei der Forderung für artilleristische Ausrüstungen wurde auf das Monopol der Firma Krupp hingewiesen. Krupp soll ebenfalls 40 Prozent teurer sein als die Konkurrenz. Da die Marine allein in den Jahren 1909/10 für 140 Millionen Mark Geschüle von Krupp bezahlt, ist die Sache sicher der Erörterung wert. Herr v. Tirpiz gab zu, daß Krupp für die großen Geschüle sehr hohe Preise nimmt, auch die Verwaltung wäre aufzuleben, wenn sie nicht auf die eine Firma allein angewiesen wäre, aber Krupp liefern vorzüllige Geschüle, die besten in der Welt, wie schon ausländische Fachmänner anerkannt haben sollen. Demnach wären wir also, soweit der Besty von Herstellungswerkzeugen in Frage kommt, tatsächlich in der Welt voran. Auch ein Triumph, der die Flottenpatronen in der Kommission in begleiteter Wallung versetzte. Herr Arendt behauptete sofort, daß wir den Frieden nur der Überlegenheit der deutschen Marinegeschäfte zu danken haben. Herr Krenzki muß es ja wissen. Die Rederei in der Kommission endete damit, daß Herrn Tirpiz alle Forderungen bewilligt wurden; nur ab und zu wurde irgend ein beschiedenes Schreibknecht gekritisiert. Und das nennen die Herrschaften dann Sparsamkeit und Wahrung der Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung.

Das preußische Abgeordnetenhaus

beriet am Mittwoch in erster Sitzung die Vorlage betr. Erweiterung der Stadtkreise Spandau und Magdeburg. Sobann wurde in die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern eingetreten. Hierzu liegt ein von unserer Fraktion gestellter Antrag auf Aufhebung des Systems der politischen Polizei vor. Dieser Antrag steht mit zur Debatte. Die Debatte wurde durch eine Rede des Abgeordneten Stell (Zentrum) eingeleitet, der den Minister heftig angriff, weil er eine Broschüre, die gegen das Zentrum gerichtet war, öffentlich gelobt hat. Der Minister sah sich damit zu verteidigen, daß es sich nur um einen öffentlichen Diskurs gehandelt habe, aber durch diese Verlegenheitsausrede wurde die Sache nicht besser, im Gegenteil, auch die Konservativen loslösen sich den Angriffen des Zentrums an. Beifall erntete der Minister bei den Konservativen erst wieder am Schlusse der Sitzung, als er in Beantwortung einer wichtigen Anklage der Zentrumspartei die Polizei in Frankfurt und Neu-Münster lobte.

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht.

In Frankfurt a. M. tagten gestern vier Massenversammlungen, die die Sozialdemokratie für 4 Uhr nachmittags einberufen hatte. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt. Die Versammlung im Gewerkschaftshaus hatte solchen Zulauf, daß noch drei Versammlungen in benachbarten Lokalen veranstaltet werden mußten. Die Beteiligung war über alle Erwartungen stark, trotzdem mehrere Fabriken ihren Arbeitern angedroht hatten, daß sie sofort entlassen würden, wenn sie sich an dem halbtägigen Massentreffen beteiligten. So hat die Schuhwarenfabrik Herz erklärt, daß niemandem freigegeben werden könne. Der Direktor der Fabrik machte den Arbeitern, die um Urlaub nachgesucht hatten, die gleiche Mitteilung. Drei Arbeiter in der großen Nähmaschinen-, Schreibmaschinen- und Fahrradfabrik von Meyer wurden sofort entlassen, weil sie für die übrigen Arbeiter um Urlaub nachgesucht hatten. In allen Versammlungen herrschte eine begleitete Stimmung. Nebenbei wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Wir sind verpflichtet, um Protest zu erheben gegen die provvisorische Einstellung der Polizei gegenüber Strafverfahren. Die Anwesenden versichern nach wie vor, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dazutun zu wollen, daß das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den preußischen Landtag eingeführt werde.“ Insgesamt waren die Versammlungen von ca. 25000 Personen besucht.

Dienstag hatten die Frankfurter Stadtverordneten fast einstellig gegen die Polizeiunruhen protestiert und den Magistrat beauftragt, dagegen Verwahrung einzulegen.

Eine Massenkundgebung gegen die polizeilichen Heldenaten und für den Wahlrechtskampf fand Dienstag abend auch im Gewerkschaftshaus in Hanau statt. 2000 Personen, Männer und Frauen, stellten fröhlich sämtliche Räume des Gewerkschaftshauses, Hunderte fanden keinen Einlaß und harren auf der Straße. Zum Schlusse wurde eine Resolution gegen die rücksichtslosen Polizeiabschüsse und für den Wahlrechtskampf unter brausendem Beifall einstimmig angenommen.

Im Anschluß an eine von der Demokratischen Vereinigung in der Neuen Börse in Dresden veranstalteten Wahlrechtsdemonstrationssitzung, in der Gersbach gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung sprach, kam es zu Strafhandlungen. Gegen tausend Personen versuchten unter Ablösung von Arbeitersiedlern und Hochräten auf das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht nach dem Rathaus zu ziehen. Um Ring stellen sich ihnen Schutzeute entgegen. Die Schuhmännlein wurde wiederholt durchbrochen. Erst nach Mitternacht endeten die Demonstrationen. Mehrere Verhaftungen wurden vor-

genommen. In Fürth tagten am Montagabend 15 Parteiveranstaltungen, in denen überall die preußische Wahlrechtsreform als erster Punkt auf der Tagesordnung stand. Im Landkreis Fürth haben bereits am Sonnabend und Sonntag sieben Versammlungen stattgefunden. In allen 22 Versammlungen

kam die Empörung über die preußische Reaktion zum Ausdruck, die auch für die übrigen Bundesstaaten eine schwere Gefahr bildet. Es wurde in allen Versammlungen einstimmig eine Resolution angenommen, in der dem für die Erringung des Wahlrechts kämpfenden preußischen Volke Sympathie ausgeschworen wird.

Die Stadtverordnetenversammlung in Solingen beschloß auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten dem Abgeordnetenhaus eine Petition auf Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu überreichen.

Bei der Beratung des Kieler Theateretats in der Sitzung der städtischen Kollegen fragte der Stadtverordnete Adler den Oberbürgermeister, ob er davon unterrichtet sei, daß am Sonntag, den 20. Januar, im städtischen Theater 40 Schuhleute untergebracht worden sind, um von hier aus auf friedlich vorüberziehende Wahlrechtsdemonstranten losgelassen zu werden. Der Oberbürgermeister erklärte, daß dies mit seinem Wissen und Willen geschehen sei und er würde auch künftig, wenn es der Polizeipräsident beantragte, die Unterbringung von Polizisten in städtischen Gebäuden gestatten. Von bürgerlicher Seite wurde gegen diese Herabwürdigung der Kommune kein Widerspruch erhoben.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Neumünster haben an den Regierungspräsidenten das Gesuch gerichtet, Stadtrat Ritter und den Polizeipräsidenten Guzmann aus ihren Räumen als Polizeibeamte zu entheben. Beide Herren fanden bei den Wahlrechtsdemonstrationen zu trauriger Verharmlosung.

Berlin, 24. Februar. Die Novelle zum Wohnungsgebetrag wird dem preußischen Abgeordnetenhaus erst in der nächsten Session vorgelegt werden.

Eine Reichstagswahl. Durch den Tod des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg muß im Wahlkreis V. J. C. Johannisburg eine Nachwahl vorgenommen werden. Der Kreis ist Besitzstand der Konservativen. Graf Stolberg wurde dort bei den letzten Wahlen mit 20343 Stimmen gewählt, gegen 880 Stimmen, die auf einen Freisinnigen, 690, die auf einen Sozialdemokraten, und 41 Stimmen, die auf einen majestätischen Kandidaten entfielen sind. Im Jahre 1908 betrug die sozialdemokratische Stimmenzahl 1100.

Zur Stichwahl in Mühlheim-Wippersleth. Die Vertreter der christlich-sozialen Partei und des Bundes der Landwirte haben beschlossen, in der Stichwahl für den Kandidaten des Zentrums einzutreten. Die Liberalen haben bisher noch keine Parole für ihre Wähler ausgegeben.

Frankreich.

Die schwarzen Truppen.

Paris, 21. Februar. Die Deputiertenkammer sah die Beratung über die Verbesserung schwarzer Truppen in Algier fort. Millevoye (nationalistischer Republikaner) verlangte Annahme des Kapitels, da es notwendig sei, die ungerechte Zahl der französischen Truppen in Europa zu ergänzen. Faure (Sozialist) erachtete die geplante Maßnahme für gefährlich und unannehmbar. Der Kriegsminister erklärte, die Maßnahme sei nichts weiter als ein Versuch. Die ungünstigen Ergebnisse, die ein ähnlicher Versuch in Casablanca gezeigt habe, bereiteten nicht zu irgendwelchen Schlussfolgerungen. Die Soldaten hätten dort das Klima nicht ertragen können und wären infolge des feindlichen Verhältnisses, das zwischen ihnen und der Bevölkerung herrschte, ganz auf sich selbst angewiesen gewesen. Es sei also trotzdem angebracht, einen neuen Versuch zu machen. Das Kapitel wurde sobald mit 899 gegen 93 Stimmen angenommen. Ebenso gelangte das Budget der Kolonialtruppen zur Annahme.

Der Antimilitarist Hervé verurteilt.

Paris, 22. Februar. Der Antimilitarist Hervé, Chefredakteur des Blattes Guerre Sociale, ist heute wegen des Artikels, in dem die Tat des Apachen Laboucet, der kürzlich einen Polizeibeamten getötet hatte, gepriesen (?) wird, vom Schwurgericht auf vier Jahren Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe verurteilt worden. Der mitangestellte Herausgeber des Blattes Raoul wurde freigesprochen.

Großbritannien.

Die Iren und der Kampf gegen die Lords.

London, 22. Februar. Eine Versammlung der irischen Parlamentabgeordneten nahm heute einstimmig folgende Resolution an: „In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit des gegenwärtigen Kampfes zwischen beiden Häusern des Parlaments und in der Überzeugung, daß es die erste Aufgabe des Parlaments ist, in Gemäßigkeit des durch die allgemeinen Wahlen erteilten Mandates zu handeln und sofort daran zu gehen, daß jetzt vom Hause der Lords über alle progressive Gesetzgebung ausgiebige Veto zu beschließen, beschließt die irische Partei, diese große Frage nicht durch Beantragung eines Amänderungsantrags zur Abreise oder Anträge während der jetzigen Session verwidder zu gestalten.“

Die Haltung der Konservativen.

London, 22. Februar. Balfour, der Führer der Konservativen, hält heute im Konstitutionalclub eine Rede, in der er u. a. erklärt, die Konservativen wollten der Regierung, soweit die Finanzfrage in Betracht komme, ihre schwierige Aufgabe nicht noch schwieriger gestalten, aber in prinzipiellen Fragen, wo zu z. B. die Oberhausfrage gehört, sei es für sie unmöglich, ein Kompromiß zu schließen. Die im Unterhause geschaffene Lage gefalle niemand, aber die Interessen des Reiches gingen allen andern voran.

Die Haltung der Radikalen.

London, 23. Februar. Der Premierminister empfing heute eine Abordnung der Radikalen, die ihn ersuchte, nicht irgend einen Entwurf für die Reform des Oberhauses in seine, das Oberhaus betreffenden Pläne aufzunehmen. Keinith hörte die Deputation aufmerksam an, bat aber, die Unterredung möge in Abetracht der schwierigen Lage gehemt gehalten werden.

China.

Der Kampf um Tibet.

London, 23. Februar. Nach einer Blättermeldung aus Kalkutta ist der Dalai-Lama mit mehreren tibetanischen Notabeln aus Lhasa geflohen und hat die indische Grenze überschritten. Der Grund zur Flucht soll in dem Vorgehen schnellster buddhistischer Truppen liegen, die die tibetanischen Klöster geplündert hätten.

Diese unklare Nachricht bezieht sich auf den Kampf, der zwischen dem Dalai-Lama und der chinesischen Regierung um die Herrschaft über Tibet geführt wird. Früher ein Vasallenstaat Chinas, in dem die Russen und Engländer mehr Einfluss hatten, als die Chinesen, wird Tibet jetzt immer stärker an China gebunden, was im Jahre 1908 in der Reise Dalai-Lamas nach Peking zum Ausdruck kam.

Sächsische Angelegenheiten.

Nationalliberales Schenken.

Wenn man jetzt die sächsische bürgerliche Presse liest, könnte es scheinen, als wenn wir am Vorabend großer Ereignisse ständen. Die linksnationalliberale Chemnitzer Allgemeine Zeitung brachte dieser Tage einen Artikel, der an die Debatten zur Reform der Ersten Kammer anschloß. Der Vogtländische Anzeiger behandelt diesen Artikel unter der Überschrift: Ministerstürzer an der Arbeit. Darin wird das radikale nationalliberale Getue nicht schlecht ironisiert. Der sächsische Ministerstürzer geht wiederum, heißt es da. Dem Ministerstürzer, den wir im Auge haben (gemeint ist der grobmütige Herr Langhammer), war der kleine freisinnige und der sehr große sozialdemokratische Erfolg bei den letzten Landtagswahlen schon vor Monaten sehr stark zu Kopf gestiegen. Und slugs proklamierte er den Sturz des sächsischen Kabinetts, vor allem des gewissen Kreisen so unbedeutenen Ministers v. Rüger. Jetzt hat eine Chemnitzer Zeitung sich leider bereit finden lassen, eine neue Auslage der damaligen Krisengerüchte in ihre Spalten aufzunehmen. Da wird Staatsminister Graf v. Bithum angekündigt (!), als sei er der charakterlose Staatsmann, der sich durch andre (natürlich Rügerische) Einflüsse bewegen ließe, innerhalb des Parlaments anders als außerhalb auszutreten und eine Politik zu verfolgen, die mit seiner eigenen Weltanschauung in Widerspruch stehe. Die Regierung Sachsen's dürfe auf die Dauer nicht gegen den Willen der Mehrheit der Volksvertretung regieren. Sie könne den Landtag auflösen, oder aber die hemmenden Faktoren, die der Linken mitschließen Minister müssten ändern den Platz räumen." Der Vogtländische Anzeiger meint, das seien die parlamentarischen Grundätze der Bürokratie „in reinster Abkömmling“. Die Krone eine Null, die Erste Kammer eine Null, die Mehrheit der Zweiten Kammer soll alles gelten. Wirklich? Und zwar selbst dann, wenn man auch beim Wahlrecht mit den Grundzügen der Demokratie es ernst macht und dann Sachsen seine geschlossene sozialdemokratische Mehrheit erhält? Was versteht denn der Herr Ministerstürzer unter seiner parlamentarischen Mehrheit? Die Nationalliberalen für sich bilden keine. In Verbindung mit den Freisinnigen sind sie auch nur das reichliche Drittel der Kammer, und ihnen steht die für die Regierung nach dem Staatsgrundgesetz durchaus nicht zu mißachtende große Mehrheit der Ersten Kammer gerade bei wichtigen Streitfragen straßs gegenüber! Doch nein! Der Herr Ministerstürzer ist Großblödmann nach badischer Manier, die unleugbar stattliche Mehrheit, die er meint und mit der er droht, daß sie demnächst der Regierung ihre Quittung überreichen werde, besteht aus Liberalen und Sozialdemokraten. Und unser Sachsenwohl sollte wünschen, daß die Regierung, ja daß die Krone vor diesen leichten Schlägen? Daß sie Minister erinne, denen Herr Gräbdorf und Genossen erst ihr „geduldet“ als Siegel aufdrücken? Es wäre tief zu bedauern, wenn der gemäßigte Liberalismus von augenscheinlichen Verschwörungen sich jemals zu einem Paktieren mit der Sozialdemokratie hinreißen ließe, das allen Überlieferungen dieser gut nationalen Partei schroff widerspräche, und ebendarum uns als unbendbar erscheint." Worauf die Chemnitzer Allgemeine Zeitung sofort wieder auf dem Plane erscheint, um ihr Bestreben darüber auszudrücken, ihren Ausführungen „eine Tendenz zu unterschieben, die das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung bedeuten würde“. Der Artikel habe „nur die Bedeutung eines wohlgemeinten Rates an die Regierung, Sachsen nicht einer unheilvollen Krise zu unterliegen“. Das Chemnitzer linksnationalliberale Blatt hat es also gehörig mit der Angst zu tun bekommen.

Inzwischen ist es am letzten Montag, wie unsre Leser wissen, wieder zu einem Zusammentreffen gekommen zwischen dem „Ministerstürzer“, dem famosen Abg. Langhammer, und der Regierung. Der Finanzminister Dr. Rüger hatte nach einer den Nationalliberalen an den Kopf geschleuderten, von dem höchsten Selbstbewußtsein zeugenden Bemerkung den Schuh auf seiner Hesdenaten verlassen und hatte die weitere Vertretung der Sache seinen Kommissären überlassen. Als in der Debatte Herr Langhammer entrüstet nach dem Finanzminister fragte und dabei gar grimmig auf sein papierenes verfassungsmäßiges Recht pochte, entschuldigte ihn der Ministerialdirektor Dr. v. Seydewitz mit dringenden Dienstgeschäften. Allzudringlich scheinen diese Dienstgeschäfte nicht gewesen zu sein, denn der Herr Finanzminister erschien unmittelbar darauf wieder in der Kammer, ohne eine Ahnung von dem Vor gegangenen zu haben. Und die Nationalliberalen unterließen es jetzt, vor dem Finanzminister persönlich Rechenschaft zu fordern.

In den letzten Tagen hat nun die Leipziger Zeitung einen Artikel zur Reform der Ersten Kammer veröffentlicht, der die Nationalliberalen davor warnt, sich durch ihren Misserfolg bei der parlamentarischen Aktion zur Frage der Reform der Ersten Kammer in Pessimismus zu versetzen und dadurch zu neuen taktischen Fehlern verleiten zu lassen, die den Misserfolg noch verschärken könnten. Das Regierungsblatt erklärt, die Führer der nationalliberalen Partei hätten sich nicht nur den tatsächlichen Misserfolg, sondern auch den Ausbruch eines grundlosen Pessimismus ersparen können, wenn sie vor Einbringung ihrer Anfrage mit der Regierung Fühlung genommen hätten. „Will eine Partei die führende Partei in einem Parlement sein, so kann sie sich nicht den Zug zu leisten, ihre Anträge mit souveräner Selbständigkeit einzubringen.“ Das wäre die nationalliberale Nebenregierung. Die nationalliberale Presse hat sich bis jetzt noch nicht geäußert. Man darf gespannt sein, wie sie diesen Versuch, ihre Partei völlig zu fortspinnen, aufnehmen wird. Für den vorliegenden Gegenstand hat die Leipziger Zeitung die Freundschaft, den Nationalliberalen mitzuteilen, was ihnen die Regierung gesagt haben würde, wenn sie vor Einbringung ihres Antrages bei der Regierung antizambriert hätten. Der Antrag, so liest man in der Leipziger Zeitung, war zurzeit inopportunit, aus einem persönlichen Grunde, weil ein neuer Minister ins Amt getreten ist und aus einem sachlichen, weil der Antrag der Nationalliberalen sich von dem freisinnigen nicht wesentlich unterscheidet und beide gus der ersten Kammer ein berufssündiges Wort

ment machen würden. Bei einer solchen Zusammensetzung der Ersten Kammer würde sofort der Streit um die Zahl der den einzelnen Gruppen einzuräumenden Vertretung ausbrechen. Dann müßten aber auch Garantien für eine Wahl der Vertreter gegeben sein. In dem von der Regierung vorgeschlagenen Präsentationsrechte schaut dem Leipziger Blatte, dem Sprachrohr der Regierung, ein wichtiger Ausgleich gegeben zu sein. Die Regierung ist also nicht gegen eine angemessene Vertretung der Industrie in der Ersten Kammer, streitig ist nur noch die Zahl und die Wahl dieser Vertreter, wie der Zeitpunkt dieser Vertretung. Auf diese Kleinigkeiten kommt es aber gerade den Nationalliberalen an. Sie wollen lieber die Reform scheitern lassen, ehe sie auf eine angemessene, aus Wahlen hervorgegangene Vertretung verzichten. Wie wird der Streit enden? Uns kann es gleich sein, denn die Frage der Reform der Ersten Kammer interessiert uns gar nicht. Nach der Vergangenheit der nationalliberalen Partei aber darf man mit Sicherheit annehmen, daß die Herren Hettner, Langhammer und Kompagnie ab und zu einmal eine Faust in der Tasche machen und sich im übrigen als gehorsame Diener der Monarchie den Vertrauensmännern der Krone und deren höherer Einsicht slügen werden. Da die Nationalliberalen selbst den Standpunkt eines parlamentarischen Regimes ablehnen, so werden sie ewig vergeblich danach streben, in den Gewalt der parlamentarischen Macht zu kommen. Wenn sie aber wirklich einmal ernst machen wollten, der Reaktion in der Regierung ein Ende zu machen, dann könnten sie auf die tatkräftige Unterstützung des äußersten Flügels der Hünfundzwanzig rechnen. Dann würde der „Großblödmann“ die Illusion des Vogtländischen Anzeigers heute bereits sieht, ganz von selbst Realität gewinnen. Zur Bekämpfung der Reaktion in der Regierung gehört jedoch eine entschiedene grundständische Politik, die von unsren Nationalliberalen nicht zu erwarten ist. Deshalb wird auch alles beim alten bleiben, solange die nationalliberalen Herrschäften im sächsischen Parlament den Ton angeben.

Aus dem Landtage.

Dresden, 22. Februar.

Wer aus der heutigen Tagesordnung auf die voraussichtliche Dauer der Verhandlungen schließen wollte, mußte auf eine lange Sitzung gefaßt sein, und man war deshalb allgemein überrascht, als bereits nach noch nicht dreistündiger Tagung vom Präsidenten der Schluss der Debatte verkündet werden konnte. Zur Verhandlung standen neben einigen Berichten der Reichsverwaltung und der Petitionsdeputation das Kapitel 98 des Ets, das nur zwei Positionen — Ausgaben für Kultuszwecke — enthält und deshalb zu nennenswerten Debatten kaum Anlaß gegeben hätte, wenn dabei nicht die Petition des deutsch-katholischen Landeskirchenvorstandes um Gewährung einer staatlichen Unterstützung von 5000 M. mit zur Beratung gekommen wäre, sowie ferner die Kapitel 11 bis 13 — staatliche Erz- und Hüttenwerke bei Freiberg und Blaufarbenwerk Oberschlema. Die letzten drei sehr umfangreichen Kapitel beanspruchen vor allem deswegen ein lebhafteres Interesse, weil auf den staatlichen Bergwerken nach dem bereits früher festgelegten Wirtschaftsplan der Betrieb Ende 1913 endgültig eingestellt werden soll, wodurch sich nicht nur für die dort beschäftigten Arbeiter, sondern auch für die staatlichen Hüttenwerke, deren fernere Inbetriebhaltung mit Hilfe auswärtiger Erze beabsichtigt ist, gewisse Weiterungen ergeben. Wir haben die wesentlichen Angaben des hierzu gedruckten Berichts der Finanzdeputation A bereits in den letzten Nummern unserer Zeitung schon mitgeteilt und es erübrigte sich deshalb, an dieser Stelle nochmals darauf einzugehen. Be merkt sei nur, daß unser Fraktionsredner Krause, der als ehemaliger Bergarbeiter die Zustände in den sächsischen Gruben aus eigener Anschauung kennt, die merkwürdige Art von Sozialpolitik, die in den neuen Bestimmungen über die Feriengewährung an die staatlichen Hütten- und Bergarbeiter zum Ausdruck kommt, nochmals scharf beleuchtete und dabei auch die in diesen staatlichen Musterbetrieben gezahlten „glänzenden“ Löhne einer entsprechenden Kritik unterzog. Zugleich betonte unser Ge nossen die prinzipielle Verpflichtung des Staates, für die mit der Stilllegung des staatlichen Grubenbetriebes arbeitslos werdenden Arbeiter, die zum guten Teil seit einem Menschenalter in den Staatsgruben geschanzt haben und wegen ihres Alters in Privatbetrieben keine Arbeit mehr finden, Fürsorge zu treffen.

Die Petition des deutsch-katholischen Landeskirchenvorstandes, deren wesentlichen Inhalt wir fürstlich bereits wiedergegeben haben, ließ die Kammer gegen die Stimmen der Freisinnigen auf sich beruhen, nachdem Genosse Lange zuvor noch einmal den Standpunkt der Partei: Trennung von Kirche und Staat, Richtlinienschaltung der staatlichen Gewalt in die religiösen Ansichten der Staatsbürger betont und dabei zugleich dies tendenziöse Machwerk geblendet gekennzeichnet hatte, mit dem die Regierung die ungleiche Behandlung der Deutschkatholiken gegenüber den übrigen anerkannten Religionsgemeinschaften zu recht fertigen versuchte.

Am Donnerstag kommen die beiden Polizeikapitel zur Verhandlung, die scharfe Debatten erwarten lassen.

Nachspiel zur letzten Landtagswahl. Wegen Beleidigung eines Gendarmen war von Schöfenggericht der Fabrikbesitzer Landtagsabgeordneter Ernst Claus in Plaue bei Zöbigk zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Dagegen hatte Claus Berufung beim Landgericht Chemnitz eingereicht. Claus ist Abgeordneter des 22. ländlichen Wahlkreises und gehört der nationalliberalen Partei an. Am 16. Oktober 1909, also kurz vor den Wahlen, stellte Claus eine öffentliche Wählerversammlung im Gasthof zu Falkenau ab, in der der Gemeindevorstand, der Obergendarm und der Polizist als Überwachende anwesend waren. Außerdem drei Beamten war im Saale noch der Gendarm Weiß anwesend, der gegenüber dem Podium, von dem aus Claus sprach, vor dem Büfett auf und ab marschierte und den Redneren Claus wiederholt fixierte. Das hörte Claus, der plötzlich sein Messer unterbrach und die Frage an den Gendarmen stellte, ob er als Gast oder als Überwachender anwesend sei. Als der Gendarm darauf nicht reagierte, wiederholte Claus die Frage lautem Ton und fügte hinzu, daß er sich sagen solle, wenn er als Gast da sei, sonst aber solle er hinausgehen, denn Überwachung sei genugend da. Andernfalls werde er sich über ihn beschweren. Claus bemerkte in der Verhandlung, daß seine Versammlungen in übertriebener Weise überwacht worden seien. Er habe sich über das herausfordernde Verhalten des Gendarmen

Welle erregt. Er beantragte Freisprechung, da er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Nach anderthalbstündiger Beratung wurde das Urteil verkündet, das auf Berufung des Rechtsmittels laute: Begründend wurde ausgeführt, daß das Berufungsgericht den Ergebnissen des Schöfenggerichts beigetreten sei. Danach hat der Beschuldigte dem Gendarmen im beschlerenden und schreitenden Tone pflichtwidriges Verhalten vorgeworfen und ihm Weisungen gegeben, sich zu legen oder zu entfernen, und damit vor der Versammlung empfindlich bloßgestellt und beleidigt. Dazu hatte der Beschuldigte kein Recht, denn der Gendarm, von der Amtshauptmannschaft aus Sicherheitspolizeilichen Gründen in die Versammlung geschickt, tat nur seine Pflicht. 200 M. Geldstrafe sei eine den günstigen Vermögensverhältnissen des Beschuldigten angemessene Sühne.

Der Abgeordnete Claus ist ein schwerreicher Mann, den eine Geldstrafe von 200 M. ungefähr ebenso schwer trifft, wie einer Nebenkosten der Leipziger Volkssatzung, der zu einem Michel verurteilt wird. Auf die Strafe kommt es hier also nicht an, sondern auf das Recht. Und da stehen die Dinge so: wenn ein Polizist in ungehöriger und provozierender Weise in einer Versammlung auftrete und sie stört, dann wird nicht der Polizist bestraft, sondern derjenige, der ein solches ungehöriges Gebaren tut. Es ist ganz gut, wenn auch Nationalliberalen einmal solches Recht, das sonst nur an den Sozialdemokraten praktiziert wird, zu kosten bekommen.

Die allmähliche Polizei. Ein sächsischer Gemeinderat hatte beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß durch den Missbrauch alkoholischer Getränke schwerer wirtschaftlicher und moralischer Schaden für die betreffenden Familien entsteht, weiter aber auch, um eine Störung der guten Ordnung im Gemeinwesen zu verhindern, die Gastwirtschaften des Ortes anzuwiesen, bestimmten Personen keine alkoholischen Getränke zu verabfolgen. Zwiderhandlungen werden streng bestraft, hatte der Gemeindevorstand der schriftlichen Anweisung hinzugefügt. Ein von dem Verbot betroffener Handelsmann beschwerte sich bei der Amtshauptmannschaft, wurde jedoch abgewiesen, weil er ein gewohntsmäßiger, unveränderlicher Trinker sei. In den Gastwirtschaften habe er mit den Gästen Bank und Streit angefangen. Bei der Amtshauptmannschaft zwicken hatte der Mann nicht mehr Glück. Auch das sächsische Oberverwaltungsgericht bestätigte die gemeindebehörliche Anordnung. „In Sachsen ist“, so heißt es in dem Urteil, „die Polizeigewalt nach ungeschriebenen Rechten (?) zum Einschreiten gegen das Verhalten einer Person u. a. dann besugt, wenn dieses eine Störung der guten Ordnung des Gemeinwesens enthält.“ Dem Erlass eines derartigen Polizeibefehls steht auch § 800 Blf. 11 des Strafgesetzbuchs nicht entgegen, da es sich bei diesem um eine andere Norm handelt. Das „ungeschriebene Recht“ der Polizei ist Willkür.

Diätisches oder Heilmittel?

or. Wegen Übertreibung des § 807, Abs. 3 des Strafgesetzbuchs und der kaiserlichen Verordnung vom 22. Oktober 1901 hatte sich der Kaufmann Julius Hensel in Leipzig eine Anklage zugezogen. Der Angeklagte verläuft und vertreibt die sogenannten Nährsalzpräparate und gibt dabei gleichzeitig an seine Kunden Proprio ab, in denen diese Nährsalzpräparate zur Erzielung einer regelmäßigen Blutzirkulation und besonders gegen Arterienverkrampfung angepreist werden. So wird behauptet, daß Kinderkrankheiten, die vom Arzte bereits aufgegeben worden seien, nach Anwendung dieser Präparate wieder gelind geworden seien. Auch bei Lungentränen seien erhebliche Erfolge erzielt worden. Verschiedene Anwendungsschriften werden zum Beweis hierfür abgebracht. In Wirklichkeit sind die Nährsalzpräparate nichts weiter als ein trockenes Gemenge gemahlener Salze. Das Landgericht hat den Angeklagten auf Grund der Sachverständigen-Gutachten verurteilt und den Einwand des Angeklagten, er habe die Präparate nur als diätisches Mittel, nicht aber als Heilmittel angepreist, als ungutredend zurückgewiesen. Der Angeklagte habe vielmehr den Präparaten Eigenschaften zugesetzt, nach denen sie imstande seien, Krankheiten zu heilen und zu lindern; er habe auch gewollt, daß die Anwendung in diesem Sinne verstanden werde. Sobald es sich aber um Heilmittel handele, sei deren Verkauf ausschließlich den Apotheken vorbehalten. In seiner Revision behauptet der Angeklagte, seine Angestellten angewiesen zu haben, die Nährsalzpräparate nicht als Heilmittel zu verkaufen, sondern nur als diätetische Mittel. Die Denkschrift habe nur als Reklame gedient, man habe auch nichts weiter herausstellen können, als daß die Präparate gut und nützlich seien. Es wird dann auf ein Gutachten des Landesmedizinalkollegiums und mehrere Entscheidungen des Bochumer Oberlandesgerichts Bezug genommen, die angeblich für die Auflassung des Angeklagten sprechen sollen. Das Oberlandesgericht in Dresden hat sich aber der Rechtsansicht der Vorrinstanz angeschlossen und das Rechtsmittel kostenpflichtig verworfen.

-e. Chemnitz. Wegen Kindermord hatte sich vor den Geschworenen die Eisenbahnchefstochter Martha Rose Weber geb. Hahn aus Chemnitz zu verantworten. Die Angeklagte ist am 9. Mai 1890 geboren. Schon am 22. Juni 1907, also im Alter von 17 Jahren heiratete sie und am 23. August 1907 gebar sie das erste Kind, dem am 30. Okt. 1908 das zweite folgte. Dieses wurde am 26. Oktober 1908 das Opfer des schweren Verbrechens, dessen sie nun angeklagt war. Erst hatte der Vater der Angeklagten, deren Mutter tot war, von der Berechting nichts wissen wollen, als er aber erfuhr, daß sich das Mädchen in anderen Umständen befindet, drang er zur Heirat. Der junge Mann verdiente guten Lohn, doch gefiel ihm das gebundene Eheleben nicht lange. Er blieb nachts lange weg, sorgte für die Familie nicht wie es sich gehört und schließlich, als er wegen Alimenten von einem Mädchen gepfändet wurde, verließ er Frau und Kind. Später kam er wieder und bestimmte seine Frau, mit ihm die Ehe fortzuführen. Das zweite Kind kam und der Vater vergessene Vater rückte wieder ab und ging in die Welt hinaus. Ein halbes Jahr ließ er von sich nichts hören, dann schickte er seiner Ehefrau 12 Mark mit der Aufforderung, nach Kasel zu ihm zu kommen. Die Angeklagte war unterdessen bei ihrem Vater aufgenommen worden; dort konnte sie aber mit den Kindern nicht bleiben. Sie gab diese nun in Pflege. Zu den Unterhaltskosten erhielt sie erst 2 Mark, später 3 Mark vom Armenamt. Sie mietete sich dann eine eigene Wohnung und ging wieder auf Arbeit. 9 Mark Lohn verdiente sie und 1 Mark erarbeitete sie sich durch Heimarbeit in den Abendstunden. 8 Mark brauchte sie für die Unterhaltung der Kinder, so daß ihr, einschließlich der Armenunterstützung, 5 Mark für Wohnung und Unterhalt verblieben. Damit konnte sie nicht auskommen. Als sie dann das Stegheld für das jüngste Kind nicht bezahlen konnte, mußte sie es von der Pflegemutter wegholen. Das war am 26. Oktober. Am andern Tage fuhr sie das Kind nach Altenmarkt spazieren. Auf dem Rückweg fuhr sie abends durch den Stadtpark und da — so sagte sie — kam ihr angesichts des Chemnitzflusses der Gedanke, das Kind hineinzuwerfen. Erst habe sie gegen den Gedanken gekämpft, aber schließlich habe sie die Tat ausgeführt. Die Geschworenen verneinten, daß die Angeklagte die Tat mit Überlegung ausgeführt habe und sprachen sie nur des Totschlags schuldig und billigten ihre mildernde Umstände zu. Das Gericht erkannte auf die unter diesen Verhältnissen höchste zulässige Strafe, auf fünf Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrenstrafe verlust.

Bab Elster. Der Besuch des staatlichen Kurbades Elster hat sich nach einer der Finanzdeputation A der Zweiten Kammer zugegangenen Zusammenstellung in den letzten Jahren ständig gesteigert. Im Jahre 1908 wurde das Bad von 8757 Kurgästen benutzt, im Jahre 1909 dagegen von 13 602. Innerhalb sechs

Jahre hat demnach die Besucherzahl um 56 Prog. zugenommen. Trotz dieser beträchtlichen Steigerung steht die Frequenz des Elsterbades außerordentlich hinter der der nordböhmischen Kurhäuser Karlsbad, Marienbad usw. zurück. Der Grund dafür liegt wohl vor allem in der günstigeren Lage dieser Bäder am Südbahnhof des Erzgebirges und ihrem älten, wohlbegründeten Ruf, daneben aber auch an den ungenügenden Wohnungsverhältnissen in Bad Elster und ferner an den verhältnismäßig geringen Mitteln, die dem sächsischen Staatsbad zu Reklamezwecken zur Verfügung stehen. So gibt beispielsweise Franzensbad t. V. jährlich etwa zehnmal soviel für Reklame aus wie Bad Elster. Ein Versuch aber, dem Mangel an für die Anwohner geeigneten Wohnungen durch den Bau einiger villenartiger Häuser abuhren, den die sächsische Regierung vor einigen Jahren unternahm, scheiterte daran, daß Regierung und Landtag vor dem deshalb entstehenden Lärm der in ihren heiligsten Aussteuerinteressen bedrohten privaten Grundstücksbesitzer mutig zurückwich.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Mit donnerähnlichem Krachen, das auch in Dresden deutlich wahrnehmbar war, ist das Apparatehaus der Gasanstalt in Köschkenbroda explodiert. Die Explosion war so stark, daß der südliche Giebel des Gebäudes, in dem sich die Stationszähler und Gasdruckregler befinden, vollkommen herausgedrückt und das Dach abgedeckt wurde. Selbst in dem ähnlich entfernten Verwaltungsbau wurde die Fensterscheiben zerstört, während in dem Apparatehaus alle Verglasung neben dem Rahmenwerk dem ungeheuren Aufdruck zum Opfer fiel. Die haushoch aufstrebende Feuerwolke und die gefährliche Nachbarschaft des nur drei Meter entfernten Gasometers legten die Möglichkeit einer Katastrophe nahe, doch konnte der Hauptmann zu dem Gasometer abgestellt werden, so daß die Gefahr bald beseitigt war. Verletzungen sind nicht zu verzeichnen; ebenso ist der Betrieb der Anfahrt völlig ungestört. — Der seit einigen Tagen vermisste Eisenbahnarbeiter B. aus Wolkstein ist am selben Tage, an dem im nahen Schönbrunn seine Hochzeit mit einem dortigen Mädchen stattfinden sollte, erhangt aufgefunden worden. — tödlich abgestürzt ist in Zittau das 18 Jahre alte, aus Marienberg gebürtige Dienstmädchen Johanna Gläsel. Als es die nach dem Hofe zu befindlichen Fenster der im vierten Stock gelegenen Wohnung seiner Herrschaft prüfte, war es auf die äußere Fensterbank getreten. Plötzlich verlor es den Halt und stürzte auf den Hof, wo es tot liegen blieb. — Tot aufgefunden wurde in der Görlitz bei Mylau der seit Ende Januar b. J. als vermisst gemeldete Korbmacher Möldiger von Neuschau. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist nicht festgestellt.

Hus den Nachbargebieten.

Terrorismus eines Grubenpaßhas.

Der Obersteiger Lauterwald, Vorgesetzter der Arbeiter vom Höhentalstollen, hat durch seinen reichstreuen Haussmeister Hoffmann folgendes, an gewisse Rafernenbefehle erinnerndes Verbot erlassen: „Allen Bewohnern gewerkschaftlicher Wohnungen ist das Lesen und Halten sozialdemokratischer Schriften verboten. Sollte es jedoch noch jemand wagen, dem wird sofort Arbeit und Wohnung gekündigt.“

In letzter Zeit hat der Obersteiger Lauterwald wieder Arbeiter durch Ründigung brotlos gemacht, einmal, weil sie einem Kameraden in Bleiglocke das letzte Geleit gegeben haben, ein andermal auf Grund von Verleumdungen schändiger Denunzianten. Solche von der Gewerkschaft geflauschten Subjekte befinden sich ganz gewiß mit im Verbande als Mitglieder, um auf diese Art besser ihr schändliches Handwerk ausüben zu können.

Gegen diesen Terrorismus der Werkzeuge der Grubenbarone wendet sich kein bürgerliches Blatt.

Wolba. Im Gemeinderat kam es zu Auseinandersetzungen mit dem Bürgermeister. Die von der sozialdemokratischen Mehrheit vorgenommene Wahl des Sparkassenausschusses ist vom Bezirksdirektor aufgehoben worden, weil die vier Abstimmungsmitglieder aus der Mitte des Gemeinderats statt aus der Mitte der Bürgerschaft gewählt wurden. Seit Neujahr hat der Gemeinderat einen sozialdemokratischen Gemeinderatsvorstand. Nach einem früheren Beschuß des Gemeinderats ist bei Besichtigungstreisen, die auf erfolgte Belehrungsgesuche durch den Sparkassenvorstand vor-

genommen werden müssen, der Gemeinderatsvorstande mitzunehmen gewesen. Dieser Tage sind wieder solche Maßen nötig geworden, die der Bürgermeister als Sparkassenvorstand allein mit dem Sparkassenklasser unternommen hat. Daß der Bürgermeister den Gemeinderatsbeschluß beiseite schob und den heutigen Gemeinderatsvorstand zu der Amtshandlung nicht zog, wurde von allen Seiten des Hauses mißbilligt. Bürgermeister Seifert führte zu seiner Leistungsfertigung aus, er habe nach dem bekannten ersten Entschluß des Bezirksdirektors in der Sparkassenaudithanglegenheit gar nicht anders handeln können. Es sei von dieser Stelle aus entschieden worden, die Instanzen getrennt zu halten. Er habe darum erst die Angelegenheit dem Bezirksdirektor unterbreitet zur Entscheidung, ob mit der alten Belehrung, den Gemeinderatsvorstand zu Besichtigungstreisen mitzunehmen, gebrochen werden müsse, und der Entscheid steht noch aus.

Merseburg. Der verhängnisvolle Fritztum eines Forstbeamten hat in der Nähe des Chaussehauses Scherben bei Weida den Tod eines Mädchens zur Folge gehabt. Der Forstbeamte Speiser stellte mit geladenem Gewehr einer Käze nach. Auf dem Hofe des Chausseegrundstücks war zu dieser Zeit gerade das Dienstmädchen. Aus Neugier kletterte es auf den Gartenzaun, um über das Spalter zu schauen. Den plötzlich auftauchenden Mädchenschopf hielt der Forstbeamte in der Dämmerung für die gesuchte Käze und schoß. Mit lautem Aufschrei brach das Mädchen tot zusammen. Als der unglimmliche Schläge die entsetzlichen Folgen seines Schusses erkannte, rückte er in der Verzweiflung die Waffe gegen sich selbst und tödte sich ebenfalls durch einen Schuß. Speiser stammte aus Niederschönbeck bei Ebeleben; er war von der v. Krausen'schen Forstverwaltung in Wendebach seit etwa zwei Jahren als Forstwärter angestellt und allgemein beliebt.

Aus der Umgebung.

Zschopau. Der fällige Unglücksfall. In der bürgerlichen Presse wird berichtet: „Im Raum der Chemischen Fabrik ereignete sich im Ofenraume eine Gasexplosion, der mehrere Menschenleben hätten zum Opfer fallen können, wenn das Unglück an einem Werkstage geschah wäre. Von den da selbst befindlichen Gaslängern oder Gasröhren, die einen Meter im Durchmesser haben, platzte ein solches und slog in vielen Stücken umher. Dem 22 Jahre alten Malergehilfen Albert Genke, wohnhaft in L.-Gohlis, Göhner Straße 20, bei den Eltern, welcher vertretungswise (!) in diesem Hause die Kohlenküste in die elektrischen Lampen einsetzte (!!), fiel ein großes Eisenstück auf den linken Fuß und durchschlug hier die Schenkel. Der schwer Verletzte wurde mittels Automobils nach dem Leipziger Stadtkrankenhaus übergeführt. Ein noch im selben Raume beschäftigter Mann kam mit weniger erheblichen Verletzungen davon. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt.“ — In dem genannten Betriebe häufen sich die Unfälle in erschreckender Weise, ein Beweis dafür, daß die Einrichtungen zum Schutz der Arbeiter äußerst mangelhaft sein müssen. Der jetzige Unfall ist lediglich auf die Profitsucht der Unternehmer zurückzuführen, die vor kurzem die Arbeiter durch unerfüllbare Zumindesten in den Streik getrieben und nun einige „Mausreißer“ an Arbeiten gestellt haben, von denen sie keine Ahnung haben. Zu jenen unschönen Elementen gehörte auch der verunglückte Malergehilfe, der „vertretungswise“, die elektrischen Lampen zu besorgen hatte.

Märkte. Sonnabend, den 26. d. M., findet hier ein Viehmarkt und Montag, den 28. d. M. Krammarkt statt. **Völkersdorf.** Achtung, Mitglieder der Ortsgruppe! Heute Donnerstag, abends 19 Uhr, findet im Restaurant Feldschlößchen die Wahl von Generalversammlungsvertretern der Völkersdorfer Ortsgruppe statt. Es sind 22 Arbeitervertreter zu wählen. Die Wahl hat schon einmal stattgefunden. Sie wurde aber von der Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt, weil minderjährige daran teilgenommen hatten.

Hartmannsdorf. Gemeinderatssitzung am 19. Februar. Auf Anregung des Vertreters Krebsmar soll in einer der nächsten Sitzungen über die Ausbildung einer Person als Krankenpflegerin beraten werden. — Die im Armenhaus vorzunehmenden Baustilettien erfordern eine eingehende Be-

ratung. Dieser Punkt wurde ebenfalls bis zur nächsten Sitzung vertagt. — Auf Beschuß der Kreishauptmannschaft sind der Gemeinderat und Harnisch in Knauthain als Standesbeamter und der Agent und Sparkassenklasser gestellt, ebenfalls in Knauthain, als Stellvertreter verpflichtet worden. Eine gemeinsame Sitzung der Gemeindewerstände und Gemeindeältesten der Kirchengemeinde Knauthain hat daher geführt, den Gemeinderäten der beteiligten Gemeinden zu empfehlen, das Standesamt in die Schule zu Knauthain zu verlegen gegen eine Mietentschädigung von jährlich 100 Mark, ferner dem stellvertretenden Standesbeamten gestellt für seine Tätigkeit jährlich 400 Mark zu bewilligen und den Beitrag für das Standesamt auf 10 Pf. pro Kopf der Bevölkerung festzusetzen. Der Mehrbetrag wird von den Gemeinden anteilig getragen. Die Expeditionssitzung findet im Winter von 4 bis 5 Uhr, im Sommer von 5 bis 6 Uhr nachmittags, und Sonntags von 9 bis 10 Uhr vormittags statt. Sonnabends ist das Standesamt geschlossen. Der Gemeinderat schloß sich diesen Beschlüssen an. — Ein Besuch des Gärtnereibesitzers Aßfeld um Dispensation von § 40f, Abs. 1 des Ortsverordnungsbeses bei Errichtung eines Schuppengebäudes wurde genehmigt. — Die sogenannte Ochsenwiese, circa 60 Quadrat-Meter Fläche, soll neu auf 8 bzw. 5 Jahre verpachtet werden. — Der Aufforderung der Amtshauptmannschaft, die sich notwendig machen den Aufbesserungen der nach Völkersdorf und Knauthain führenden Straßen umgehend vornehmen zu lassen, ist durch einen früher gefassten Beschuß bereits entsprochen worden. — Der Haushaltplan für 1910 wurde genehmigt und beschlossen, die Einheiten mit je 22 Pf. heranzuziehen und die Kopfsteuer auf 8,00 Mark festzulegen. Der Schulhaushaltplan weist einen Fehlbetrag von 11 028,17 Mark auf. Von dieser Summe hat die Gemeinde Knauthain 7755,20 Mark und Hartmannsdorf 3207,01 Mark aufzubringen. Von dem Gesamtbetrag entfallen auf jede Einheit 10,5 Pf. und auf jedes Schulkind 15,70 Mark. Außer der Schule sind zu Gemeindezwecken 2051,60 Mark aufzubringen. — Auf eine Beschwerde des Gärtnereibesitzers O. Scheffel wegen der Entfernung des Wassers aus seinem Grundstück, wurde beschlossen, einen Graben an der Westseite der nach Völkersdorf führenden Straße ausheben zu lassen, der das Wasser aufnehmen soll. — In dem bei der Amtshauptmannschaft eingereichten neuen Steuerregulativ waren einige unzulässige Abänderungen vorzusehen. — An die Gemeindevertreter von Knauthain und Knautleeburg soll ein Schluß um Aufnahme in den Sparkassenverband Knauthain-Knautleeburg eingerichtet werden. — Auf eine Anfrage des Vertreters Gottschalch an die Vertreter des Gemeindeverbands zur Errichtung eines Elektrizitätswerkes, wie weit die Lösung der Frage der Überlandzentrale geboten sei, teilten die Vertreter mit, daß Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Cäsium in Leipzig eine Verbandsversammlung stattfinden, die u. a. auch über einen Antrag des Vorstands auf Zustimmung zu dem unter Vorbehalt mit der Auktionsbahn gesellschaft abgeschlossenen Stromlieferungsvertrag zu beraten habe. Die Vertreter legten dem Gemeinderat die ihnen vom Vorstand zugestellten Vertragsentwürfe der Auktionsbahnsgesellschaft und der Stadt Leipzig vor, die einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Fast allgemein kam zum Ausdruck, daß von den beiden sich gegenüberstehenden Verträgen, vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, der von der Stadt Leipzig vorgelegte am günstigsten sei. Hoffentlich lehne die Verbandsversammlung den Antrag des Vorstands ab und stimme, sollte man ein eigenes Werk nicht errichten, dem Abschluß des Vertrags mit der Stadt Leipzig zu.

Grohschocher-Windorf. Beim Spiel ertrunken. Am Dienstag wurde das 8½ Jahre alte Söhnchen des Möbelhändlers Pfefferkorn vermisst. Am Vortag fand man das Kind in einer in der Nähe gelegenen Wasserfläche, und zwar in einer Tonne, in der sich das Wasser sammelt, ertrunken. Wahrscheinlich ist der Kleine beim Spielen in die Tonne gefallen und hat dort den Tod gefunden.

Döhlitz. Wegen einer Tappalie. Der 21jährige Maurer Martin Attula von hier fälschte im Juni v. J. einen Lohnettel und ließ sich daraus hin von der Frau seines Arbeitgebers, eines dortigen Maurermasters, 1,04 M. mehr auszahlen, als er zu verlangen hatte. Sein geringfügiger Gewinn trug ihm eine Gefangenstrafe von einem Monat wegen Urkundenfälschung in Verbindung mit Bezug ein. Doch wurde die Strafe durch die Untersuchungshaft für verblüft erklärt.

Thalysia-Hafergräser

1 Pfund 50 Pf., nur in grünen Pack.

Ist das beste Universal-Haferpräparat für Säuglinge mit oder ohne Milchsaft abzubehören. Stillende zur Erhaltung der Kräfte und Erhöhung der Stillfähigkeit, Magenleidende u. Schwächliche unentbehrlich, Kranke aller Art stets erlaubt u. notwendig, Reconvalentes unerlässlich, die Familie eine wohlschmeckende und kräftige Suppe. Allein echt zu haben im Reformhaus Thalysia Paul Garms, Neumarkt 40, und den 10 Thalysia-Vorortläden.

Reltzen. Eugen Dietze Tauchaer Straße 33 * Herrenhüte, alle Fassons und Farben, Konfirmandenhüte, Mützen, Regenschirme und Spazierstöcke, Krawatten, Hosenträger, Glacéhandschuhe. Grosse Ausw. Bill. Preise.

Junge Schnittbohnen kg 28
Leipziger Allerlei kg 48

*4157 empfiehlt

Walther Vogel Gohlis Hallische Straße 97.

Zahn-Atelier
Innen Torton Blücherstraße 45, I. Tel. 10875. Rüstz. Bähne v. 1,25 Mf. an, Plomben v. 1,25 Mf. an. Reparat. sofort. Bill. Preise. Schmerlose, schonende Behandlung. Filiale: Go. Pegauer Str. 5, I. (8887). Teilzahlungen gern gestattet.

Schuhwaren-Haus
und Reparaturwerkstätte
Rich. Rumler, L.-Lindenau, Josephstr. 43.

Bersteigerung.

Morgen Freitag, nachmitt. 3 Uhr, versteigert ich **Zentralstrasse 5** ca. 80 Paar Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln, 70 Std. Über- u. Normalhemden, schwarze Schürzen u. Blusen, 1 Kast. Posten feine Zigarren, 50 Blätter Blüte und Cognac, 50 Dosen Fruchtconserve sowie 1 Bringmaschine.

Georg Albrecht Bersteigerger und Taxitor Zentralstr. 5. Tel. 1255.

Schmalhans
Ist nicht mehr Küchenmeister, wo die vortreffliche Margarine

Solo
Butter verwendet wird.
Die Hausfrau spart dadurch viel Geld.
Man versuehe auch die Delikatess-Margarine

anstelle teurer Butter verwendet wird.

Allein. Fabrikanten: HOLL. MARGARINE-WERKE JÜRGENS & PRINZEN, G. m. b. H., GOCH (Rhein.)

KLEINE KIOS -CIGARETTE

2½ & 3½ M.

Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. Robert Böhme, Dresden.

10% Rabatt auf 10 Zigarren

nur vorzügl. Qualitäten, bei Mr. Simon Nachl., Wurzner Str. 48.

Fabrik-Reste

in [1186*]

Linoleum

60 cm breit von 68 Pf. an

67 " " 85 "

90 " " 110 "

110 " " 150 "

180 " " 200 "

200 " " 250 "

abgepasste Teppiche

von Mr. G. an

Wachstuchreste

50 cm breit 50 Pf. per m

100 " " 100 "

Jos. Schäfer, Burgstr. 26.

Neugebauer

ab. geb. (nicht approb.) Praktif. (fr. an Dr. W. Schubert Pol. Pol. Tel. 10875), besch. u. homöopath. u. Lichttherapie.

Geschlechts-, Haut-, * Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsengeb., Insuffizienz, Rheumat., Tschias, Gicht, Wasserbrüche. — Neul. Spezial-Bleichhandl. von Frauenleidern, befond. Weißfluss, Langjähr. Erfahrung, vora. Erfolge.

Klostergasse 26, Fahrstuhl im Haus

Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1.

Damen wochenlgs 10-12, 2-6.

Der Bibliothekar

Monatsschrift für Arbeiter-Bibliotheken

kann direkt beim Verlage

— Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — durch

Postkarte oder auf jedem Postamt für 50 Pf. pro Vierteljahr bestellt werden.

Gespräch zwischen zwei jugendl. Arbeitern

A.: Menschenkind, wie hast Du es angefangen, eine so hübsche kleine Bibliothek anzulegen?

B.: Ich habe mir das Zigarettenrauchen abgewöhnt und kaufe dafür Büchermarken.

Abonnenten berücksichtigt die Inserenten der Leipziger Volkszeitung und beruft euch bei euren Einkäufen auf die Inserate in unserer Zeitung!



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Februar.

Geschichtsalender. 24. Februar 1788: Der Altertumsforscher Wilhelm Grimm in Hanau geboren († 1859). 1829: Der Roman-Schriftsteller Friedrich Spielhagen in Magdeburg geboren. 1848: Februarrevolution in Paris. Frankreich wird zum zweitenmal Republik. 1878: Der Literaturhistoriker Heinrich Kurz in Karlsruhe gestorben (* 1805). 1892: Wilhelm II. rät den Bürgern, ihren Staub von den Pantoffeln zu schütteln. 1905: Durchstich des Simplontunnels.

Sonnenaufgang: 7,2; Sonnenuntergang: 5,20.
Monduntergang: 7,00 vorm.; Mondaufgang: 5,44 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 25. Februar.
Beständige Winde, wolkig, milde, noch zeitweise Regen.

Vom Leipziger Sparkassenwesen.

Wiederholt haben sich die Stadtverordneten mit dem städtischen Sparkassenwesen beschäftigt und verschiedene Änderungen beantragt. Seit dem Jahre 1907 wurde eine Änderung der Sparkassenordnung, die Einrichtung eines gemischten Sparkassenausschusses und die Einführung des Kartensystems bei der Sparkasse durchgeführt. Die Stadtverordneten hatten dann weiter den Beschluss gefaßt, dahin zu wirken, daß beide städtische Sparkassen vereinigt werden und unter vollständiger Trennung von Leihhaus und Sparkasse eine Reorganisation des Sparkassenwesens einzutreten zu lassen.

Die Durchführung dieser Beschlüsse ist dem Rat — wie er in einer neuen Vorlage sagt — nicht möglich gewesen, indessen seien beide Punkte dadurch vorbereitet, daß geomäß der Vorlage über den Bau des neuen Verwaltungsbürogebäudes an der Lotterstraße die Einrichtung einer Sparkassenzentrale in diesem Gebäude vorgesehen und die Einrichtung zweier Sparkassennebenstellen im Grundstücke Südstraße 2 und im Markthallenbau erfolgt ist. Mit diesen Nebenstellen sollte ausgeprobt werden, ob es sich empfiehlt, die Zentralisation der Ein- und Rückzahlungsgeschäfte aufzugeben und deren Dezentralisation durchzuführen und ob es im Falle der Dezentralisation möglich sein werde, an jeder Nebenstelle jedes städtische Sparkassenbuch zugelassen, gleichgültig, wo es ausgestellt worden ist.

Das Ergebnis ist ein günstiges gewesen; der Verlehr war an beiden Nebenstellen ein sehr reger. Während die Hauptstelle der Sparkasse im Jahre 1909 einen Gesamtumsatz von 268 627 Büchern und 29 120 785,91 M. hatte, weist die Nebenstelle Markthalle einen Umsatz von 86 850 Büchern und 8 588 883,28 M. auf, die Nebenstelle Südstraße hatte in den ersten zehn Monaten ihres Bestehens einen Umsatz von 33 482 Büchern und 8 110 995,57 M. zu verzeichnen. Die Neueinrichtung hat also den Wünschen des Publikums entsprochen. Insbesondere hat es sich bewährt, daß die Bücher unterschiedlos sowohl bei der Hauptstelle wie bei den Nebenstellen vorgelegt werden durften.

Aus diesen Gründen hat der Rat in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des gemischten Ausschusses für die Sparkasse beschlossen, die Dezentralisation der Sparkassen vollständig durchzuführen und die bei der Sparkasse I noch verbliebenen vier Ein- und Rückzahlungsstellen über das Stadtgebiet der Sparkasse I zu verteilen. Dagegen soll die gesamte Buchhalterei zentralisiert bleiben. Es soll je eine Sparkassenstelle untergebracht werden: in das Alte Rathaus und zwar in den bisher noch vom Schlossladenfabrikanten Martin ermittelten Läden; in den Läden des Grundstücks Rautenkraut Steinweg 48 und in die jetzt als Café benutzten Räume des Grundstücks Promenadenstraße Nr. 37, Ecke Westplatz. Für eine vierte Stelle werden noch geeignete Räume gesucht.

Die dazu erforderlichen Räume sind zunächst auf fünf Jahre gemietet. Einer Vermehrung der Beamten bedarf es nicht. Die Kosten belaufen sich für die baulichen Herstellungen, Mobiliarbeschaffung, Anschaffung von Schließfächern usw. auf insgesamt 28 867,30 M.

Die Stadtverordneten werden um Zustimmung zu diesen Vorschlägen ersucht.

Strafvollstreckung und -Ausschub.

Das sächsische Justizministerium hat eine Verordnung über die Bewilligung von Strafausfällen, Sanktion von Geldstrafen und Gestattung von Teilstrafzulassungen bei Geldstrafen erlassen, die im allgemeinen zu begehrlich ist. Nur wäre es wünschenswert gewesen, daß die Fristen noch ein wenig länger bemessen worden wären. Bisher war es Gebrauch, kurz nach eingetretener Rechtskraft des Urteils die Strafverfolgung anzuordnen oder die Geldstrafen zu erheben, und zwar waren die Geldstrafen auf einmal zu zahlen. Mancher arme Tensel mußte bald ins Gefängnis wandern, oder plötzlich einen schweren Geldbeutel ausbringen, um die Strafen zu bezahlen. Konnte er dies nicht, so mußte er die eventuell aufgeworfene Gefängnisstrafe verbüßen. Beides waren unnötige Härten, die jetzt durch die Ministerialverordnung gemildert sind. In Zukunft kann der in Gefängnis Verurteilte um Strafanfall nachsuchen und die Strafvollstreckungsbehörde ist ermächtigt, eine Frist bis zu einem halben Jahre zu gewähren. Auch Geldstrafen können bis zu einem halben Jahr geahndet werden. Ferner ist neu eingeschritten, daß der zu Geldstrafe Verurteilte die Strafe in Teilstreitzen abträgt. Aber auch in diesem Falle muß innerhalb eines halben Jahres der ganze Betrag bezahlt sein.

Über Einziehung und Ausbreitungswelle des Typhus und auf ähnlicher Weise entstehender Krankheiten sprach im Deutschen Verein für Volkshygiene Privatdozent Dr. med. Großmann. Der Redner zog drei Krankheiten in den Bereich seiner Betrachtungen, den Unterleibstyphus, die astatische Cholera und die Ruhr. Alle drei entstehen durch Bakterien auf einander ähnliche Weise. Der Typhusbazillus, ein Stäbchen mit lebhaften Bewegungen, hält sich mit Vorliebe im Darin auf, aber auch im Blut kommt er vor. Sie werden durch den Stuhl und durch den Harn wieder ausgesetzt. Dohen sei in Typhuskästen eine strenge Desinfektion des Stuhls, der Kleider usw. geboten. Wenn diese Vorsichtsmöglichkeiten ansetzt gelassen würden, gäbe es Ansteckung und weitere Verbreitung der Krankheit. Manche Personen tragen den Typhusbazillus ständig mit sich herum, sie leben öfters einmal an Durchfall und

Kopfschmerzen, ohne ernsthafte Störungen. Diese Menschen bilden aber für ihre Umgebung eine ständige Gefahr. Außerhalb des menschlichen Körpers finden die Typhusbazillen schlechtere Lebensbedingungen, sowohl im Staub wie im Wasser. Nur Sonnenlicht und hohe Temperaturen machen ihnen den Raum, aber bis zu 10 Grad Celsius können sie vertragen. Im Milch und Butter vermehren sie sich. Der Typhusbazillus kommt meist durch das Wasser zum Menschen. Wenn Aborte nicht dicht schließen, so daß der Bazillus in das Grundwasser gelangt, können ganze Häuser verseucht werden, noch schlimmer ist aber die Verneigung der Klärschlüsse; alsdann werden ganze Gegend in Mitleidenschaft gezogen. Mit der Milch werde der Bazillus verbreitet, wenn verunreinigtes Wasser zum Spülen der Geschütze genommen wird. Bier- und Weinmühlen bieten keinen Schutz gegen die Bazillen, nur starker Alkohol tödet sie ab. Im Leipziger Krankenhaus wurde ein Fall beobachtet, wo ein Mann den Bazillus durch Brot erworben hatte. Das Brot stammte aus einem andern Ort, wo eine Epidemie geherrscht hatte. Zum Eintragen des Teiges war verunreinigtes Wasser verwendet worden. Von Typhus wurden vorzugsweise kräftige Personen im Alter von 15 bis 30 Jahren betroffen. Woher dies röhre, wisse man noch nicht.

Die astatische Cholera werde durch den Komma-bazillus hervorgerufen. Die Krankheit sei im Tal des Ganges heimisch, und die religiösen Gebräuche jener Völker seien dem Ausbruch der Krankheit günstig. Wer vom Gangeswasser trinkt, sei des Paradieses sicher. Die Cholerabazillen werden unvollkommen verbrannt und Wasser geworfen. Auf dem Land- und Seegebiß verbreitet sich die Krankheit weiter.

Die Ruhr wird durch einen unbeweglichen Stäbchenbazillus ausgelöst. Sie besitzt vorzüglich schlecht gehärtete und in Massen bei einander wohnende Menschen. Die Ruhr- und auch die Cholerabazillen sind weniger widerstandsfähig, als die Typhusbazillen. Die Vorsichtsmöglichkeiten sind bei allen drei Krankheiten die gleichen.

Das Bekennen einer Judenfeindschaft. Für einen Putsch gegen den Reichstag à la Oldenburg begleitet sich Herr Th. Frisch, der „soziale“ Führer der Antisemiten und Begründer des deutschsozialen Parteivorsitzes. In der letzten Nummer seines in Leipzig erscheinenden Hammer erklärt er ganz offen:

Der Abgeordnete von Oldenburg (Danzig), einer der Weltgenen, die zuweilen den Nagel auf den Kopf schlagen und dem gesunden Volksempfinden unverblümten Ausdruck verleihen, gab daher nur die allgemeine Stimmung der Elendsgenossen wieder, wenn er sagte: „Der Kaiser muß allezeit das Recht haben, zu einem Offizier zu sprechen: Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag.“ — In der Tat, daß wurde von Millionen als eine Erlösung empfunden werden. Dann kam der Reichstag wirklich und zugrunde.

Selton geben die antisemitischen Henchler ihrer wahren Gedanken so öffentlichen Ausdruck, wie Herr Frisch in diesem Falle. Und deshalb verdient dieser Ausdruck besonders registriert zu werden. So wie Herr Frisch, der Begründer der Partei, densen auch die Epigonen der deutschsozialen Partei.

Die Flughilfe der Grimmaischen Straße. Nachdem die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 2. Februar die Ratsvorlage über die Verbreiterung der Grimmaischen Straße zwischen Mitter- und Goethestraße ablehnten, hat der Rat den Stadtverordneten ernannt eine Vorlage zugehen lassen. Eine durchgehende Verbreiterung auf 15 oder 10 Meter hält der Rat aus Verkehrsbelastungen nicht für notwendig. Er hat vielmehr beschlossen, die Grimmaische Straße zwischen der Mitter- und Goethestraße in der Weise zu gestalten, daß an der Ecke der Mitterstraße die Breite von 14,5 Meter festgehalten wird, an der Grenzlinie der Flurstücke 102 und 103 eine Breite von 14 Meter und an der Ecke mit dem Augustusplatz eine solche von 14,5 Meter entsteht, wodurch eine fast rechteckige Gestaltung der Ecke erreicht würde. Die Kosten für diese Verbreiterung würden 100 880 M. betragen. Die Kosten für das zu erwerbende Land würden, 64,6 Quadratmeter zu je 1000 M. gerechnet, 103 800 Mark, für die Veränderung an der Straße 16 140 M. betragen. Mit dieser Vorlage gibt der Rat den Stadtverordneten auch eine Ausstellung über die Kosten der Verbreiterung auf 15 resp. 10 Meter, wie dies von den Stadtverordneten gewünscht wurde. Im ersten Falle würden die Kosten 270 880 M., im zweiten Falle 375 800 M. betragen.

Für das in der Peterstraße vom Hause Nr. 18 zur Straße fallende Land sollten ursprünglich 1200 M. für den Quadratmeter gezahlt werden. Die Stadtverordneten schauten dies ab. Nach nochmaliger Verhandlung hat sich der Grundstückseigentümer bereit erklärt, seine Forderung auf 1000 Mark, pro Quadratmeter herabzusezen. Die Stadtverordneten werden sich nun damit zu beschäftigen haben.

Eine neue Organisation. Wer durch die Straßen Berlins geht, dem wird an einzelnen Schaufenstern ein Plakat mit der Aufschrift: Empfohlen durch die weiße Liste. Käufersbund Deutschlands in die Augen fallen. Was will dieses Plakat dem Publikum sagen? Hier kommt ihr guten Gewissens einzukaufen, hier wird nicht mit schlechten Löhnen gearbeitet, hier werden die Angestellten human behandelt, hier werden die gesetzlich angeordneten Arbeitsbedingungen durchgeführt, hier werden keine Schindlacher festgehalten, an denen Schweiz und Tränen vor allem der Dienstleister lieben, hier kann man sicher sein, daß die Waren auch unter hygienisch einwandfreien Bedingungen hergestellt sind! Und das alles möchte ein Käufer, der nachdenkt, der ein Gewissen hat, dem es nicht gleichgültig ist, unter welchen Verhältnissen auch für ihn gearbeitet wird, wissen. Aber woher soll er das erfahren? Es ist dem einzelnen ganz unmöglich, einen Einblick in den Arbeitsprozeß zu bekommen. Deshalb muß sich die Gesamtheit der Käufer zusammenfinden, um durch ihre Macht sich Garantien dafür zu verschaffen, daß durchaus einwandfrei produziert wird. — Dieses Gedanken ist der Käufersbund nachgegangen. Zuerst in New York, dann in Paris vereinigten sich eine große Anzahl von Käufern und Organisationen, in denen soziale Gedanken lebendig war, um diejenigen Firmen nachdrücklich durch Empfehlung in ihrem Kampf gegen die Schindlacher zu unterstützen, die die Anforderung eines „guten“ Hauses erfüllen oder erfüllen wollten. Auf diese Weise entstand die weiße Liste, ihrer breiten Verbreitung eifrig gefolgt wird. Nun wird in dieser Art auch in Berlin seit 1908 gearbeitet. Und allenfalls mit Erfolg. Die Idee des Käufersbundes hat nicht nur bei den Angestellten, sondern auch bei den Arbeitgebern starken Anklang gefunden. Letztere haben vielfach um eine Untersuchung ihres Betriebes gebeten, um auf die weiße Liste aufgenommen zu werden. Große Firmen und Arbeitgeberorganisationen haben dem Bund in Berlin mitgeteilt, es sei seinen Bemühungen anzuschreiben, daß das Weihnachtsgeschäft sicher ruhiger als sonst abgewandelt habe, indem weit mehr Verkäufe stattgefunden haben als sonst schon im November eingelaufen seien. —

Eine segensreiche arbeitende Organisation! Sie wendet sich an alle; denn jeder ist Käufer. Es ist Pflicht, sie zu unterstützen, damit sie die Möglichkeit gewinnt zur Konsumtormoral zu erziehen und dadurch an der Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Angestellten zu arbeiten. Die Ortsgruppe in Leipzig gibt am 24. Februar Gelegenheit, durch einen Vortrag im Sachsenhof, abends 8 Uhr, sich noch eingehender über die große und zukunftsreiche Werk zu orientieren.

Vorbereitungen zur Stadtverordnetenwahl. Ein Vereinigter Liberaler Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahl hat sich aus den Nationalliberalen und den beiden freisinnigen Parteien gebildet. Der Vorsitzende des Ausschusses ist Reichsgegauwalt Dr. Rud. Mothes.

Was darf der Arzt? Ein Arzt darf nach den geltenden Anschauungen außerhalb seines Wohnsitzes regelmäßige Sprechstunden nicht abhalten. Ein Arzt war in Güstrow i. W. ansässig, hatte aber regelmäßige ärztliche Sprechstunden in Berlin abzuhalten. Das Ehrengericht bestrafe ihn kostenpflichtig mit einem Verwaille. Der Arzt legte gegen das Urteil Berufung ein. Er behauptete, daß er in Berlin ausnahmslos nur solche Patienten behandle, die die Anfunktionskunst in Berlin vorher mit ihm vereinbart hätten. Personen, die ihn ohne vorherige schriftliche Vereinbarung in Berlin aufsuchten, würden ausnahmslos zurückgewiesen. Eine Sprechstunde werde im Hotel nicht bekannt gegeben. Alle entgegenstehenden Angaben des Ehrengerichts seien unrichtig und widerlegen. Der Ehrengericht sprach denn auch den Arzt frei. Es könne nicht von einer Abhaltung ärztlicher Sprechstunden die Rede sein, wenn nur einem geschlossenen Kreise bestellter Personen ärztlicher Rat erlaubt werde. Daß der beschuldigte Arzt bei seiner Anwesenheit in Berlin einen unbestimmten Personenkreis, auch ohne vorherige Anmeldung und Bestellung, zugänglich gewesen sei, wäre nicht bewiesen. Der Beschuldigte müsse somit freigesprochen werden.

Die Pfostierung eines Teiles des Niederlingsberges zwischen Nordplatz und Springerstraße soll vorgenommen werden. Der Rat beantragt bei den Stadtverordneten die Bewilligung der Kosten hierzu in Höhe von 62 000 M. Es sollen Schlackesteine zweiter Klasse verwendet werden.

Plötzlicher Tod. Von einem plötzlichen Tode wurde der 47 Jahre alte Barbier Wilhelm Kellner, Lange Straße 15, wohnhaft, überrascht, als er früh nach seiner Arbeitsstelle gehen wollte. An der Ecke der Inselsstraße und Kreuzstraße wurde er von einem Unwohlsein besessen, dem bald nachher ein Herzschlag folgte.

Herr Frisch ist in einem Hause der Sophienstraße eine etwa 45 Jahre alte Frau bewußtlos zusammengebrochen und auf der Fahrt in das Krankenhaus verstorben, wahrscheinlich infolge eines Schlaganfalls. Die Persönlichkeit der Verstorbenen ist noch nicht festgestellt.

Beim Auspringen auf die Straßenbahn auf der Außenringallee Straße kam die 11jährige Tochter des Bahnhofsvorwärters in Wahren zu Falle und geriet mit dem rechten Unterschenkel unter das Schub Brett des Anhängewagens. Das beiderwärts verlor ein Kind bei dem Unfall eine sehr schwere Verletzung erlitten. Es mußte sofort in das Krankenhaus überführt werden.

Selbstmord. Erschossen hat sich ein in der Elisenstraße wohnender 44 Jahre alter hässiger Kaufmann und Fabrikant. Über den Beweggrund ließ sich noch nichts näheres ermitteln.

In einem Anseile von Verfolgungswahnstarren versuchte die 41 Jahre alte Ehefrau eines am Mainzer Steinweg wohnenden Klempners nachts vom Fenster des Abores aus in das Kammerfenster einzusteigen, wobei sie aber in den Hof hinabstürzte. Die Unglückliche verstarb zwei Stunden nach dem Absturz.

Sittlichkeitsverbrecher. Durch schamloses Gebaren hat ein etwa 25jähriger Mensch auf dem Rathausring und in der Ferdinand-Rohde-Straße wiederholt öffentliches Vergnügen erregt. Er konnte bisher nicht festgenommen werden, während ein 18jähriger Bäder aus Meerane, der ebenfalls durch unsittliches Benehmen in der Karl-Heine-Straße öffentliches Vergnügen erregt hat, verhaftet wurde.

Ein Frühstücksdiebstahl geschieht. Wiederholt sind in der letzten Zeit Anzeigen über die Entwendung von Frühstücksdreieckchen erstattet worden. In einem 10jährigen Arbeiter wurde jetzt einer Spitzbüben in der Seeburgstraße abgefangen. Die entwendeten Frühstücksdreieckchen hat der Dieb verkauft.

Eine jugendliche Diebin, die sich Maria Neubauer nannte, aber noch nicht ermittelt worden ist, fand in einem Puppenhaus in der Sophienstraße Stellung als Puppenmädchen. Sie sollte einen Hut im Werte von 120 M. zu einer Kundin tragen. Sie ließ auf den Weg mache, stahl sie unbemerkt aus dem Geschäft noch eine Perlmutterboa, einen Salmuss und ein längliches Damenportemonnaie im Gesamtwerte von 300 M. Familiärer Sachen ist die etwa 17jährige Diebin verschwunden.

Diebstähle. Eingebrachtes wurde nachts in einem Laden der Grimmaischen Straße. Die Diebe haben acht Herren-Jackettanzüge, zwei Winter-Überzüge und drei Paar Hosen im Gesamtwerte von 300 Mark gestohlen.

Für 1000 Mark Gehschweife sind in der Peterstraße von einem Wagen gestohlen worden.

In der Rosenthalstraße haben Diebe aus einer Wohnung ein goldenes Armband, acht Bett- und vier Kopfkissenbezüge, ein Dutzend Handtücher sowie Herren- und Frauenwäsche gestohlen.

Ein Kesselbrand wurde aus einem Hause der Hardenbergstraße gemeldet. Der Brand ist von der alarmierten Feuerwehr abgedämpft unterdrückt worden.

Verhaftungen. Bei dem Verschlag, mehrere Bücher in einer hiesigen Buchhandlung zu verkaufen, wurde ein 20jähriger Student angehalten. Es stellte sich heraus, daß dieser einer der Spitzbüben ist, die auf der Straße aus den Wagen der Buchhändler sogenannte Vorpakete stehlen und diese sofort einzulösen. Außer dem Steinbrüder wurde auch noch ein Mittäter in Haft genommen.

Bergangene Nacht wurde ein 20jähriger Maurer wegen Entzerrung der Polizei festgesetzt.

Aus der Partei.

Bebels Geburtstag.

Zahllos bringen sich, so schreibt der Vorwärts, die glückwunschen. Viele sind in Beben beschuldigter Wohnung, die durch die Geschenke in einen Blumenhain verwandelt erscheint. Von den vielen Geschenken der Bevölkerung, die der Jubilar hente erhielt, ist das bedeutendste ein Album, das die Internationalen ausgestellten Abreisen aller Parteien der Internationale enthält. Nicht nur alle europäischen Länder, sondern auch alle Erdteile sind vertreten und beim Durchblättern des statlichen Bandes fallen vor allem die armenischen und japanischen Schriftstüle

In die Augen. Kein anderer Politiker hat je ähnliche Erfahrungen erfahren.

Vorstand, Generalkommission und Reichstagsfraktion veranstalteten am Abend eine Feier im engeren Kreise, zu der Delegierte der zentralen Instanzen der Berliner Partei- und Gewerkschaftsbewegung, der Redaktionen des Vorwärts und der Neuen Zeit, der Parteischule und des Bildungsausschusses, der Stadtverordneten- und preußischen Landtagsfraktion hinzugezogen waren. Die Genossen Victor Adler und Jules Guadet, die gerade in Berlin weilten, nahmen gleichfalls an der Feier teil. Genosse Dieb hieß die Freude, worauf Victor Adler-Wien die Bildungsliste der österreichischen Sozialdemokratie brachte. Nur die französische Arbeiterpartei sprach Genosse Jules Guadet, dessen Rede die Genossen Helin überzog.

Bebel, dessen Bescheidenheit sich all den Ehrenungen am liebsten entzogen hätte, nahm selbst zu kurzem Dank das Wort. Er war jugendlich und lebendig wie in seinen besten Tagen. Im Namen der Generalkommission felzte Döblin den Jubelskreis.

Die Feier der Partei findet am Freitag in der Neuen Welt statt.

Das Leipziger Gewerkschaftsamt hatte dem Geburtstagslinde folgenden Glückwunsch gesandt:

Dem wackeren Führer der deutschen Arbeiterbewegung sendet zu seinem 70. Geburtstage das Gewerkschaftsamt in Leipzig, als Vertretung von mehr als 80 000 gewerkschaftlich organisierten Leipziger Arbeitern, die besten Glückwünsche und verbindet diese Wünsche mit dem Ausdruck des Dankes für das jederzeit vorbildliche und erfolgreiche Wirken, auf das nicht zuletzt auch die erfreuliche Entwicklung der Arbeiterbewegung in Leipzig zurückzuführen ist.

Eine Bebel-Feier in Paris.

Der Geburtstag Bebels wurde in Paris in einer großen Versammlung gefeiert, die der deutsche sozialdemokratische Vereinclub am 22. Februar in den Saal des Grand-Orient einberufen hatte. Den Vorsitz führte Genosse Dubreuilh, Sekretär der geheimen Partei. Ein Chor des deutschen Arbeiter-Sängerbundes leitete die Feier ein.

Die Reden hielten Genosse Abgeordneter Dr. Frank, der über Bebel als Mensch und Politiker und Genosse Faure, der über Bebel und die Internationale sprach. Die Versammlung gestaltete sich zu einer ausdrucksvoollen Kundgebung internationaler sozialistischer Solidarität.

Genosse Dr. Anton Pannier ist in Paris als ständiger Lehrer an der dortigen Parteischule angestellt, wozu wir unsern Bremer Genossen aufrichtig Glück wünschen.

Am Reichstagswahlkreise Nürnberg haben sich 22 sozialdemokratische Versammlungen mit dem Leipziger Parteitag beschäftigt. Der Beitrag beträgt in Nürnberg zurzeit monatlich 25 Pf. Der Vorstand schlug vor, den Beitrag nicht allein auf die vom Leipziger Parteitag geforderte Höhe von 30 Pf. zu bringen, sondern 35 Pf. zu erhöhen, da die Anforderungen an die örtliche Partei in hohem Grade gestiegen sind. Damit errückten sich fast alle Versammlungen teils mit großer Mehrheit, teils einstimmig einverstanden. Nur in einigen Versammlungen entschied sich die Mehrheit für einen Monatsbeitrag von 30 Pf.

Neues zum Fall Ferri.

Der italienische Parteivorsitz hat sich in seiner Plenarsitzung mit dem Fall Ferri beschäftigt. Genosse Modigliani vertrat die Ansicht, daß der Parteivorsitz sich mit den Vorwürfen beschäftigen müsse, die Ferri gegen die Parlamentsfraktion erhoben hat. Andere Vorstandsmitglieder meinten, daß lediglich die Frage der Parteidisziplin den Vorstand beschäftigen könne. Was den Ministerialismus betrifft, so müsse der Parteitag entscheiden. Die Parteileitung dürfe aber den Austritt aus der Parlamentsfraktion nicht ohne Einpruch hingehen lassen. Schließlich einigte man sich auf eine Tagessitzung Bußfahrt, die den Vorwürfe Ferri gegen die Parlamentsfraktion durch die dokumentierte Antwort Morgari als widerlegt ansieht, den Austritt aus der Fraktion daher für ungerechtfertigt erklärt und Ferri auffordert, seinen Platz in der Fraktion wieder einzunehmen.

Diese Stellungnahme des Parteivorsitzes ist insofern befremdend, als die Parlamentsfraktion nur in recht beschränktem Maße als nur eigentlich Parteiorganisation gehörig angesehen werden kann. Sie ist vollständig autonom und hat wiederholt zu ihren Mitgliedern Abgeordnete gewählt, die außerhalb der Partei standen, so die Mailänder Autonomisten nach ihrem Ausschluß aus der Partei; sie hat noch heute Mitglieder, die nicht Parteimitglieder sind, wie den Abgeordneten Mancini. Unter diesen Umständen dürfte kaum die Verpflichtung für jeden Parteigenossen, der Deputierter ist, bestehen, der Parteifaktion anzugehören. Auch Genosse Cicotti hat es ausdrücklich abgelehnt, hier beizutreten. Warum will man bei Ferri nicht dulden, was man bei anderen ruhig hingehen läßt?

Paris. Nach 23 jährigem Bestehen ihrer Organisation bezogen unsre deutschen Genossen in Paris eigene Vereinsräume. Ein Mitglied der Ordnerkommission ist allabendlich zur Auskunftsabteilung anwesend. Einen Arbeitsnachweis besteht der Club nicht. Der Deutsche Sozialdemokratische Vereinclub befindet sich 40, rue de Bretagne.

Der Zwangsarbeitsnachweis.

II.

Am 12. Oktober vorigen Jahres beschloß der Zechenverband für den Ruhrbergbau, den Plan eines Zwangsarbeitsnachweises zu verwirklichen, der bereits seit dem Ausstand im Jahre 1905 in den Köpfen der Unternehmer spulte. Die hasserfüllte Erinnerung an die Erhebung der Arbeiterschaft und keinesfalls die in der Begründungsschrift betonten vorgeblichen Missstände im Anwerbewesen beeinflußte den Entschluß des Zechenverbands, der, wie die baugewerblichen Unternehmer des Rheinlands, die Zeit des Niedergangs und der Arbeitslosigkeit zur Aufrichtung seiner Zwangsbürgen ausnützen wollte. Auch soll die neue Gründung nicht nur laufenden Profitinteressen der Gründer dienen, sie soll auch eine vergeltende Tat vorbereiten, unterstützen und, wenn es glüht, die Arbeiter provozieren. Die Zechenbarone wollen vor dem Aufsteigen der Konjunktur ihre Betriebe gegen die Fortsetzungen der Arbeiterorganisationen sicherstellen, und dazu dient ihnen der Zwangsarbeitsnachweis vor allem als Provokation zu einem Kampf mit günstigen Aussichten für die Unternehmer, später als Mittel zur Werbung von Streikbrechern und zur Demoralisation der organisierten Arbeiter. Zum Kampf sind alle Vorbereitungen getroffen, die Nachrichten daß über fünf Millionen Tonnen Kohle unverlaßt aufgespeichert liegen, finden in dem Bericht des Bergbauvereins Essen eine Ergänzung, wo die Förderungsziffer für den Bergamtsbezirk Dortmund gerade noch in der Niedergangszzeit gegenüber dem nahezu allgemeinen Förderungsrückgang eine Steigerung der Förderung feststellt. Bedeutet man, daß die Soziale Praxis am 20. Januar auf Grund eines Schreibens der Geschäftsführung des Zechenverbands die Anwendung von ostdeutschen Arbeitsträgern durch Agenten des Zechenverbands feststellen konnte, so wird man der Frankfurter Zeitung zustimmen müssen, die bereits am versloßenen 26. November schrieb:

Nur den Kundigen ist es klar, daß der geplante einseitige Arbeitsnachweis des Zechenverbands, von dem man nunmehr annehmen muß, daß er in wenigen Wochen . . . in Tätigkeit treten wird, einen Teil des Aufmarsches im Kampfe bedeutet. Es bedeutet einen Schachzug der neuen Art, um einen Kriegsvorteil über die andere zu gewinnen.

Diese provokatorische Absicht erlaubte es den Grubenherren, die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise mit fast entschlossener Rücksichtslosigkeit zu betreiben. Der Zwangsarbeitsnachweis im Zechengebiet unterscheidet sich von allen vorhandenen Unternehmernachweisen Hamburger Systems vor allem durch die in Essen errichtete Zentralstelle, die mit den 16 Nachweistellen des Zechengebiets in Verbindung steht. Die Mitglieder des Zechenverbands sind verpflichtet, ihren Arbeiterbedarf durch diesen Nachweis vermitteln zu lassen. Sie haben ihren Bedarf anzumelden und dürfen nur die ihnen zugewiesenen, mit dem Nachweisschein des Arbeitsnachweises versehenen Arbeiter einstellen. Arbeitssuchende, die sich unmittelbar an ein Werk wenden, sind an die Nachweistelle zu versetzen. Ausländische Arbeitskraft kann jedoch unmittelbar und ungehindert von den einzelnen Betrieben angehoben und eingestellt werden. So bildet das ganze Ruhrgebiet einen abgeschlossenen Kreis für den heimischen Arbeiter, in dem er nur mit Hilfe des „Nachweisscheins“ der Zechennachweise Arbeit finden kann.

Dieser Nachweisschein erkennt völlig die schwarze Liste und alle Geheimzeichen, die bisher in das Arbeitsbuch des Arbeiters gestempelt wurden. Nicht jedem Sterblichen wird dieser Nachweisschein und seinem wird er ohne vorherige Legitimation ausgestellt, besonders aber die Mitglieder der einmal eingesetzten Belegschaft werden von dem System der Nachweisscheine betroffen. Diese wird ein Nachweisschein nur gegen Ablieferung des sogenannten Kündigungsscheins ausgehändigt. Den Kündigungsschein erhält der Arbeiter jedoch nur im Falle „ordnungsgemäßer Abkehr“ ausgehändigt, die von der Zechen gefündigten Arbeiter werden überdies durch öffentlichen Namensaushang gekanntmarkt. „Kontraktbrüchige“ Arbeiter erhalten statt des Kündigungsscheins nur einen sogenannten „Entlassungsschein“, der jedoch gleichzeitig in Kopie mit dem Vermert „unter Kontraktbruch am . . . abgelehnt“, dem Arbeitsnachweis zu übersenden ist. Damit ist der Arbeiter verfeindet, ohne daß im Arbeitsbuch auch nur ein Vermert nötig wäre, sind doch die Arbeitsnachweise ausschließlich auf den Kündigungsschein hinzuweisen, das Arbeitsbuch erscheint überhaupt überflüssig im Vermittelungsverkehr. Und auch die straflose Übertretung der Gewerbeordnung, die die Einschreibung verfeindet Zeichen in das almodische Arbeitsbuch mit Strafen belegt, ist so glücklich ermöglicht.

Gleichzeitig ist dem Vermert und Strafensystem der Unternehmernachweise der Weg geebnet. Wohl muß der Arbeiter die einmal angewiesene Arbeitsstelle aussuchen, doch jede Zechen ist berechtigt, den Zugewiesenen abzulehnen. Da nun jede Zechen ein sogenanntes Kündigungsbuch führt, weiter ein Buch über die Belegschaft, ist sie in der Lage, über die abgelehnten Arbeiter an die Zechen und auch an die Nachweiszentrals unter der Hand zu berichten und so verhaftete Arbeiter zu verfeindern. Das System der schwarzen Liste wurde somit nicht beseitigt, es wurde durch das Nachweisscheinssystem nur vereinfacht und auf das straffreie Gebiet der gegenseitigen, zentralisierten Unternehmernachweise übertragen, denn der Unternehmernachweis gibt nur dann Arbeitsgelegenheit, wenn er will. Was bedeutet es demgegenüber, daß der Arbeiter beanspruchen darf, daß seiner Auswahl der Arbeitsstelle „Rechnung getragen werde“? Kein Arbeiter vermag zu kontrollieren, ob er aus Arbeitsmangel, aus Unverwendbarkeit oder aus Aushungerungsabsichten abgewiesen wurde. Und ebenso wenig vermag der Arbeiter zu sagen, ob er in ein Werk verwiesen wurde, um den Lohn zu drücken, oder weil tatsächlich in dem betreffenden Werk Bedarf an Arbeitskraft besteht.

Mit scheinherrlicher Augenverdrehung wird erklärt, der Zechennachweis habe die Ausperrungstat犯 des Zechenverbands gemildert. Tatsächlich ist die Verbandszähnung, nach der einzelne kontraktbrüchige Arbeiter von den verbündeten Betrieben auf 6 Monate ausgesperrt werden mußten, weggefallen. In deren Stelle trat die „mildere“ Bestimmung des Verbandsnachweises, die einzelne kontraktbrüchige Arbeiter, oder solche, die den angenommenen Arbeitsposten binnen zwei Tagen nicht antreten, mit einer Ausperrung von zwei Wochen belegt. Bestehen blieb unverändert folgende Verpflichtung der Verbandszähnung:

Während der Dauer eines Ausstandes . . . und während dreier Monate nach Beendigung des Ausstandes darf kein Arbeiter dieses vom Ausstand betroffenen Verbandsbezirkes angenommen werden. . . . Ist in einem anderen Bergbaubezirk ein Ausland ausgetragen, so kann der Verband . . . beschließen, daß während der Dauer des Ausstandes und während dreier Monate nach Beendigung des Ausstandes kein Arbeiter aus dem betreffenden Bezirk angelegt wird, vorausgesetzt, daß die Werke jenes Bezirks die gleiche Verpflichtung dem Verband gegenüber übernommen haben.

Wir gehen weiter! Es darf vorausgesagt werden, daß der Zechennachweis von der sorgfältigsten Ausperrung wegen Kontraktbruchs im Einzelfalle möglichst absehen wird, denn warum sollte er auch den Verbandszähnern die kostspieligen Schadenersatzlagen der Ausgesperrten beschaffen, wenn er die Ausperrung ohne jede weitere Begründung, kraft der unbeschränkt, unkontrollierbaren Machtvollkommenheit des Unternehmernachweises vollziehen kann! Die oben erwähnten Ausperrungsfaßzungen sind demnach nicht zuverufen, der Ausperrung Grenzen zu setzen.

Und auch im kleinen zeigt sich die Eigenart des ganzen. Man betrachte, wie die Arbeiter gekennzeichnet werden, die nur dem leisesten Streben nach Besserung ihrer Lage Ausdruck verleihen. Es war bisher Sitte, daß der Arbeiter, der eine Aufbesserung seines Lohnes anstrebt, seinen Posten kündigte und nach erhaltenem Aufbesserung weiter am Posten verblieb. Fürderhin sollen auch in diesen Fällen die Praktiken mit dem Nachweisschein Anwendung finden, und es ist ohne weiteres klar, daß der einzelne Arbeiter sich nicht zu oft diese Art der Lohnaufbesserung wird leisten können, denn bald wird er gekündigt haben, ohne anderweitige Aufnahme zu finden. Es sollen doch alle besonderen Kennzeichen vom Arbeitsbuch und vom Kündigungsschein entfernt werden, so wird gegen diese Ausfassung in der bürgerlichen Presse argumentiert, bei ordnungsgemäßer Kündigung stehe also der Aushändigung eines Nachweisscheins nichts im Wege! Allerdings! Doch wer sieht die Arbeiter gegen die An-

lage von Gehlenbüchern in der Zentrale des Arbeitsnachweises, wie das in Mannheim geschehen ist? Die edle Großmut und die Versprechungen der Grubenbarone?

Diese Versprechungen! Als die vier gewerkschaftlichen Verbände der betroffenen Grubenarbeiter dem preußischen Minister vor einigen Monaten ihre Beschwerden über den geplanten Herrennachweis unterbreiteten, ließ sich die preußische Exzellenz von den Grubenbaronen „informieren“, und siehe da, sie errang von den Herren sogar einige „Koncessionen“. Es sei hier nur der „Koncession“ gedacht, mit der der Minister die Möglichkeit beseitigte, den neuen Arbeitsnachweis zu Lohnrückläufen auszunehmen. Der Minister teilte den Arbeitern auf Grund einer ihm zugegangenen Erklärung der Zechenverbände die Heilsbotschaft mit: „Die Beschaffung von Arbeitern durch Agenten wird zunächst für das Inland gänzlich beseitigt und dadurch ein im Sinne des Lohnbruchs wirkendes Moment ausgeschaltet.“ So schrieb der preußische Minister für Handel und Gewerbe am 27. Januar 1909. Am 15. Januar 1910 ging der Sozialen Praxis ein Schreiben des Zwangsarbeitsnachweises zu, in dem dessen Geschäftsführer ohne Umschweife gesteht, daß der Arbeitsnachweis in Ostpreußen durch einen direkt zu diesem Zweck dorthin entsandten Beamten 148 Mann in das Ruhrrevier „leitet“ ließ.

Soviel gilt das Wort der Zechenbarone, wenn es einem Minister gegeben wird! Wird ein Wort die kapitalistische Autokratie im Ruhrgebiet einschränken, wenn es nur Grubenarbeiter gegeben wurde und der Herrenwortbruch von der Regierung schon vorher mit verständnisinnigem Lächeln beantwortet wurde?

Allerdings hat Herr v. Sydow am 14. Dezember des Vorjahrs erklärt, die Regierung werde im Entwurf eines Stellenvermittlergesetzes durch Unterstützung der partizipativen Arbeitsnachweise weitere Abhilfe schaffen. Heute liegt der Entwurf dieses Gesetzes vor. Es ist ein Schlag gegen die Nachweise der Gewerkschaften, aber er krümmt den Scharfmachen auch nicht ein Haar. Der Entwurf stellt die nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise unter das Verfügungrecht der Landesbehörden, und Arbeiter und Unternehmer wissen, was sie von diesen Behörden erwarten dürfen, die Grubenbarone aber wissen das, wie wir eben zeigten, am besten. Damit ist aber auch für die Grubenarbeiterchaft der Weg gewiesen. Nicht die Unterstützung der schon umfallenden christlichen Fachorganisationen, nicht der den Unternehmern vielfach angebotene Frieden, der Tarifvertrag, nicht die Redensarten preußischer Minister, sondern nur die politische Macht des Proletariats in Preußen vermag dem Unternehmernachweis im Ruhrgebiet wirksam entgegenzutreten. Die Grubenarbeiter des Ruhrgebietes werden deshalb mit gesetziger Kraft den Kampf um das gleiche preußische Wahlrecht führen, denn nur unter der Rücksicht eines demokratischen Landtags können die preußischen Landesbehörden bewogen werden, dem Zwangsarbeitsnachweis der Zechenbarone überhaupt Schranken zu setzen. Das Stellenvermittlergesetz ist eine Waffe, die die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes nur im Wege des Wahlrechtskampfs den Zechenbaronen zu entwinden vermag.

Kinderschutz.

Zur Entgegennahme von Beschwerden über Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz ist eine Kommission aus nachstehend verzeichneten Genossinnen gebildet worden. Dorthin sind die Beschwerden mündlich oder schriftlich anzubringen:

- Frau Reinhardt, L.-Plauwitz, Schloßstraße 50, III.
Kleisla, Leubnitz, Grenzstraße 7, II.
Pollender, L.-Kleinlothar, Bahnhofstraße 20, I.
Frenzel, L.-Lindenau, Gundorfer Straße 21 b, I.
Hennig, L.-Neustadt, Kirchstraße 80, I.
Grah, L.-Neudöbb, Dresden Straße 55, IV.
Raundorf, L.-Neudöbb, Osstraße 48, II.
Biebold, L.-Thonberg, Reichenhainer Straße 41, II.
Germann, L.-Gohlis, Gothaer Straße 28, I.
Wolken, Schönefeld, Dimpfelstraße 85, I.
Grenz, Schönefeld, Südstraße 28.
Wolff, L.-Gohlis, St. Privat-Straße 20, IV.
Pöhl, L.-Connewitz, Brandstraße 15, II.
Rennig, L.-Schleußig, Blümnerstraße 8, I.
Friedrich, Leipzig, Arndtstraße 25, II.
Hebold, Leipzig, Laubachstraße 12, II.
Kurze, Leipzig, Glockenstraße 15.
Günther, Leipzig, Weißstraße 20, III.
Mai, Leipzig, Bülowstraße 5, III.
Vorkmann, Leipzig, Schreiberstraße 4, IV.
Schuhardt, Stötteritz, Christian-Wieße-Straße 8, pt.

Wir bitten, alle Fälle ungewöhnlicher kindlicher Erwerbsarbeit an diese Genossinnen zu melden. Vor allen Dingen ist darauf zu achten, daß kein Kind abends nach 8 Uhr und morgens vor 8 Uhr beschäftigt werden darf. Auch darf kein Kind vor dem Vormittagsunterricht Gewerksarbeit leisten. Eine zweistündige Mittagspause und eine einstündige Pause nach dem Nachmittagsunterricht muß den Kindern gleichfalls gewährt werden. Ebenso ist jede Kindererwerbsarbeit Sonntags verboten, außer in der Zeit zwischen 11 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags, doch nicht länger als zwei Stunden.

Bei der Kommission lassen öfter Beschwerden ohne Namen und Adresse ein, die, weil sie nicht behandelt werden können, völlig zwecklos sind. Die Namen der Beschwerdeführer werden diskret behandelt, können also ohne Bevorzugung der Kommission mitgeteilt werden.

Auskunft im Rechtsfragen.

W. O. Eisenbahnstraße. Auch der mündlich abgeschlossene Vertrag ist gültig. Sie können nicht einseitig zurücktreten und müssen die Wohnung am 15. Juni übernehmen, resp. den Vermieter entschädigen. Gingegegen kann der Vermieter nicht auf eine dreijährige Mietzeit Anspruch erheben, weil für Verträge, die auf länger als ein Jahr abgeschlossen werden, die schriftliche Form vorgeschrieben ist. Sie würden also am 1. Oktober 1911 wieder ausziehen können, müßten aber am 1. Juli 1911 ordnungsgemäß kündigen.

G. 200. Sie müssen eventuell auf Räumung der Wohnung klagen.

Frau O. in L.-Gohlis. Das ist kein Grund, die Sie berechtigt, ohne Kündigung die Wohnung aufzugeben. Sie müssen ordnungsgemäß kündigen. Briefliche Auskunft wird nicht erlaubt. Die Miete steht zu Ihrer Verfügung.

G. 2. R. Machen Sie Anzeige bei der vorgesetzten Schulbehörde und manchen Sie uns von dem Erfolg Mitteilung.

Briefkasten der Redaktion.

A. G. 51. A 75 = Breitfuß. A 72 = geringe Form- und Rüstungsschäler an den Beinen, soweit dadurch der Dienst bei einzelnen Waffengattungen erschwert wird.

A. U. 100. Sie müssen beides haben.

C. W. 18. Ein derartiges Institut ist uns nicht bekannt.

A. R. 100. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.



Erscheint 3 mal
wöchentlich

Abzahlungsgeschäfte
Liebau, Turnerstr. 27, I.
Aluminium u. Emaille
Max Richter & Co., Pl. Zschoch. Str. 1., Ecke Frobelstr. 1., Installat. f. Gas, Wasser u. Elektro.

Apfelweine

Obstweinschänke

Bayerische Str. 18, Nähe Bahnhof, Eig. Kelterer Joh. Lochstamper. Aussenkank in Gläsern 10 PL.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Li., Henriettenstr. 11. Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87. Ludwig Beiser, Mittelstr. 10. P. Brügel, Gantzsach, Oetzscherstr. 1. Willy Hasse, Schloßstr. 14. Oskar Hänsel, Leut., Backenkerstr. 31. O. Hempel, Paunz, Johannist. 13. Paul Henschel, Wahr., Bahnhofstr. 9. Oskar Horu, Stötteritzerstr. 17. W. Habitzsch, Böhl-Ehren., Südst. 34. Wih. Kämmerer, Li., Guthausstr. 48. Otto Kind, Sohl., Könneritzstr. 50. B. Kleppig, Schl., Könneritzstr. 37. Alfred Knothe, Li., Calvus-Str. 23.

Leipziger Brotfabrik
Gef. Justin, Pl. & Co.
Leipzig-Eutzsach
gar. rein. Roggenbrot
Vollgewicht 17.473.

Rich. Fönick, Li., Heinrichstr. 12. Max Rahm, Rdn., Gemeindestr. 3. Wih. Reinhardt, Li., Lütz. Str. 83. Max Rohne, Li., Gund. u. Großstr. 1. Franz Röthig, Stünz.

Gust. Salomon, Eutritsch, Deitzerstr. 89. liefert garantiert reines Roggenbrot m. Vollgewicht. Tel. 8803.

Schmeck, Ernst, Möll., Hallische Str. 54. Fr. Schreiter, Oetzsch, Oststr. 3.

K. Schröter, Li., E. Kais.-u. Gleisstr. 1. A. Schwander, Barneckstr. 18.

H. Selle, Li., Ecke Lütz.-u. Josefsstr. 1. Arno Seylach, Wahren, Bahnhofstr. 1. W. Steinkopf, R., Gemeindestr. 11.

E. Volkmann, Li., Gundorfer Str. 39. O. Wagner, Neurd., Cöllnischenstr. 23. H. Wuttke, Schönesfeld, Südst. 26.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verw., Vo., Bogislawstr. 23. Hugo Irmer, Könneritzstr. 64.

Ernst Koens, Lindenauer Str. 5.

Geh. Reiche, Zschöchersche Str., L.

G. Röhrl, Lts. St. 48, Kön. St. 36.

Otto Rühlich, Li., Marktstr. 8.

W. Stolzgrüber, Co., Eisenach. Str. 34.

M. Verbeck, Kirchstr. 32.

Beleuchtungs - Artikel

W. Jahr, Kohlgartenstr. 42.

All. Bedarfsmittel.

Bettfedern, Betten, Reinigung

J. D. Kirschberg, N., Reichstr. 39.

H. Oldag, Südst. 2.

A. Petzold, Li., Birkenstr. 12.

Pura, Wittenberstr. 38.

J.C. Schwartz, Brühl, Gg. 1790.

O. Tröhl, reelles Gewicht, reine Ware, Hospitalstr. 26.

Bildereienrahmungen

Friedr. Franko, Elisabethstr. 8.

Hennig & Nagel, Gerberstr. 56.

vom. M. Jel, Zeitzerstr. 35, Hof 1.

Fritz Model, Dresden Str. 49.

G. Kreuzschmar, Zeitzerstr. 37.

Spes. Spiegel u. Bild.

Wilhelm Niedl, Kolonadenstr. 3.

R. Städler Nach., Zeitzerstr. 1, Leipzig.

billigst. Werkstatt.

Emil Vogel, Bayerschestr. 26.

Brauereien, Bierhandlung

Brauerei Burgbauen-Leipzig,

einger. Genossen. m. b. H., empfiehlt ihre vorzügl.

Brauerei C. W. Naumann

Tel. 2808 Leipzig-Plagw. Tel. 2808

Neumann & Co., Schönau Leipzig.

Brauerei

Nickau & Co., Gohlis.

J. Pottkämper, Böhlitz, empfiehlt seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere.

C. Schubert, Port.-u. Fleischh. Sdp. 5

F. A. Ulrich

Trinkt Biere von:

Gebi. Ulrich, Leipzig-Södertitz.

Vereins-Bier-Brauerei

zu Leipzig.

Rathbrauerei Zwenkau A. G.

Zwenkau. —

Briketts, Kohlen

G. Behr Nach., Oskar Schönfuß,

L.-Vo., Kirchstr. 100 (a. Viad.)

Br. Berger, Stött., Hauptstr. 60.

Ernst Claub, Josephinenstr. 31.

O. Dorn, Neu-Mockau.

O. Freiberg, Co., Pfeifferstr. 19.

H. Freiberg, Kochstr. 13, Glückaufstr.

Brik. v. Bitter, 60 Zts. u. 65 Pf.

Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 39.

Herrn. Haferkorn & Co., Plagwitz.

Eis-Alcoff

Bud. Helmuth Nach., Pl. Gleisstr.

Ferd. Höhne, Ida/Mariannenstr. 1.

R. Kretschmar, Go., Möck. Str. 8.

E. Morgenstern, Koch-Str. 25.

Bruno Pankert, Co., Peg. Str. 31.

B. Blödeberger, Schönd., Südst. 11.

Ernst Weil, Scheinkendorfstr. 60.

H. Schlichting, L.-Thonberg

Reitzenh. Str. 18.

A. Richter, Paunz-Sommerf.

Markt- u. Kaufhalle „Ost“ Passage Eisenbahnstr. 14, Konzertstr. 15.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Der Arbeitsmarkt bei
Einkäufen zur Beschaf-
fung empfohlen



Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aluminium u. Emaille

Max Richter & Co., Pl. Zschoch. Str. 1., Ecke Frobelstr. 1., Installat. f. Gas, Wasser u. Elektro.

Apfelweine

Obstweinschänke

Bayerische Str. 18, Nähe Bahnhof, Eig. Kelterer Joh. Lochstamper. Aussenkank in Gläsern 10 PL.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Li., Henriettenstr. 11.

Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87.

Ludwig Beiser, Mittelstr. 10.

P. Brügel, Gantzsach, Oetzscherstr. 1.

Willy Hasse, Schloßstr. 14.

Oskar Hänsel, Leut., Backenkerstr. 31.

O. Hempel, Paunz, Johannist. 13.

PanHenschel, Wahr., Bahnhofstr. 9.

Oskar Horu, Stötteritzerstr. 17.

W. Habitzsch, Böhl-Ehren., Südst. 34.

Wih. Kämmerer, Li., Guthausstr. 48.

Otto Kind, Sohl., Könneritzstr. 50.

B. Kleppig, Schl., Könneritzstr. 37.

Alfred Knothe, Li., Calvus-Str. 23.

Leipziger Brotfabrik

Gef. Justin, Pl. & Co.

Leipzig-Eutzsach

gar. rein. Roggenbrot

Vollgewicht 17.473.

Rich. Fönick, Li., Heinrichstr. 12.

Max Rahm, Rdn., Gemeindestr. 3.

Wih. Reinhardt, Li., Lütz. Str. 83.

Max Rohne, Li., Gund. u. Großstr. 1.

Franz Röthig, Stünz.

Gust. Salomon, Eutritsch, Deitzerstr. 89.

liefert garantiert reines Roggenbrot m. Vollgewicht. Tel. 8803.

Schmeck, Ernst, Möll., Hallische Str. 54.

Fr. Schreiter, Oetzsch, Oststr. 3.

K. Schröter, Li., E. Kais.-u. Gleisstr. 1.

A. Schwander, Barneckstr. 18.

H. Selle, Li., Ecke Lütz.-u. Josefsstr. 1.

Arno Seylach, Wahren, Bahnhofstr. 1.

W. Steinkopf, R., Gemeindestr. 11.

E. Volkmann, Li., Gundorfer Str. 39.

O. Wagner, Neurd., Cöllnischenstr. 23.

H. Wuttke, Schönesfeld, Südst. 26.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verw., Vo., Bogislawstr. 23.

Hugo Irmer, Könneritzstr. 64.

Ernst Koens, Lindenauer Str. 5.

Geh. Reiche, Zschöchersche Str., L.

G. Röhrl, Lts. St. 48, Kön. St. 36.

Otto Rühlich, Li., Marktstr. 8.

W. Stolzgrüber, Co., Eisenach. Str. 34.

M. Verbeck, Kirchstr. 32.

Beleuchtungs - Artikel

W. Jahr, Kohlgartenstr. 42.

All. Bedarfsmittel.

Bettfedern, Betten, Reinigung

J. D. Kirschberg, N., Reichstr. 39.

H. Oldag, Südst. 2.

A. Petzold, Li., Birkenstr. 12.

Pura, Wittenberstr. 38.

J.C. Schwartz, Brühl, Gg. 1790.

O. Tröhl, reelles Gewicht, reine Ware, Hospitalstr. 26.

Bildereienrahmungen

Friedr. Franko, Elisabethstr. 8.

Hennig & Nagel, Gerberstr. 56.

Ernst Koens, Lindenauer Str. 5.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Max Singer, Platzsche Str. 2.
H. Tyllich, Pl. Weissenfelsstr. 36.
Fritz Wacker, Katharinenstr. 6.
Wüstling, Rd., Rathestr. 30, Glogau.
Vornickelungs-Anstalten
O. Hausmann, Hinterstr. 45.
Sauerland, Blumenstr. 12, T. 10300.
P. Lüdecke, Lind. Kanzlerstr. 44/46.
Verkuft u. Messing-Saxonia, O. Zanke, Mittelstr. 7.
Vereins-Artikel u. Spielwaren
L. Fließbach, H. Rathausstr. 30, Tel. 5334

H. Lintzmeyer, Bayerische Str. 81.
Rich. Lipinski, Elsterstr. 14.
Warenhäuser
M. Abraham, Grl. Aeuß. Hall. Str. 118.
Adlers Warenhaus, Go., Aeuß. Hallesche Str. 107.
Gebr. Joske, Windmühlenstraße 4/12.
M. Joske & Co., L.-Plagwitz.
Kaufhaus Gust. Götter, Lautzach.

Marg. Marr, Großeschocher.
Wild und Geflügel
C. Barth, Eisenbahnstr. 63, Obet u. Gom.
Rob. Höppner, Moritzburgerstr. 38c.
E. Lippmann, Auß. Hall. Str. 58.
Rich. Müller, Lü., Kulturstr. 6.
Zahnatellers, Zahnkünstler
Hugo Albrecht, Südplatz 2.
Herrn. Giebler, Promenadenstr. 11.
Fanny Diltrich geb. Ludewig, Eisenbahnstr. 53, Ecko Hodwigat.

Otto Göbel, Windmühlenstr. 44 b.
Rich. Kummer, Hobenzollernstr. 16.
Dentist G. Leo, Reichestr. 29/31.
Ludwig's Zahn-Atelier
Dresdenstr. 24, Eck Gerickestr.
Rich. Ludewig, Kurprinzstr. 15.
früher Eisenbahnstr.
F. Mennert, Königstr. 10, I.
neben Ury Grödner
Frau Aline Schering, L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 53, Ecko Hodwigat.
Zahn-Atelier-Union
Bayerische Str. 33.
Rich. Vetterlein, Leipzig-Angor, Brüderstr. 32.

Olga Schmidt, Täubchenweg 92.

Otto Zinke, Dresden Str. 63.
P. Zuckermann, Grimmaische Steinweg 20. Spz. schmerl. Zahnzähnen.
Zool. Handlungen, Aquar. und Vogelfutter
R. Beckhoff, Sell-Wurzner Str. 70.
A. Fischer, Promenadenstr. 16.
Arthur Heiner, Täubchenweg 43 b.
E. Käferstein, Neusiedl, Kirchstr. 77.
Arthur Mühlner, Nürnbergerstr. 24.
Bernh. Pohle, Rödern, Kreuzstr. 37.
M. Schmeizer, Eisenbahnstr. 14.
H. Welsch, Reitzenhainerstr. 10.



Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag, den 24. Februar: 52. Wissenschafts-Vorstellung (4. Seite, braun): **Elettra**.
Tragödie in 3 Aufzügen von Hugo v. Hofmannsthal. Muß von Max. Strauß. Reiter h. Aufführung: Dr. Lorenzfeld. — Mußfest. Letzter: Kapellmeister Vogel. Althannsche Staatsoperette. Die Schleierträgerin. Dr. Ruth. Ein junger Diener. Dr. Schrödt. Obersthofheim? Dichter! Dr. Schubert. Ein alter Diener. Dr. Stenzenmeier. Regnitz. Dr. Jäger. Dr. Barth. Eine. Dr. Willemann. Der Verfolger des Oest. Dr. Habel. Fürst. Wölfe. Die Wölfe. Gladiatoren. Dienstinnen und Diener. — Schauspiel der Handlung: Wölfe. ••• Althannsche Staatsoperette — Dr. Leonore. Sängers vom Opernhaus in Frankfurt a. M. — Einlaß 7 Uhr. Unterg. 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr. Opern-Welt. Unterg. 7 Uhr. Spielplan: Freitag: Zum ersten Male wiederholte Strandländer. Unterg. 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag, den 24. Februar, abends 1/8 Uhr: **Der Graf von Eugenbürg**. Operette in 3 Akten von K. W. Wälker und Robert Bodenb. Muß von Franz Leibnitz. — Robert Bodenb. Regie: Oberregisseur Axel. — Mußfestliche Aufführung: Kapellmeister Hindenbusch. Name: Graf von Eugenbürg. Dr. Sturmfeis. Gittel. Hassi. Hollerott. Dr. Haas. Gitta. Stoff. Kosofos. Dr. Hule. Remond. Briffard. Walter. Dr. Wehle. Engels. Döbler. Sänger. Ein in der Großen Oper in Paris. Dr. Untucht. Justitia. Bermon. Dr. Bettin-Groß. Gergel. Wientzschloß. Müller. Peter. Valzel. v. Wohlwollwisch. russisch. Witschäfer. Dr. Hermann. Poldigan. Municipal. bezauber. Dr. Wedlich. Der 1. Akt spielt im Hotel des Malers. Briffard. 2. Akt im Palais der Sängerin Döbler. 3. Akt im Weltall des Dichter Grand-Hotel. Ott der Handlung: Paris. — Zeit: Gegenwart. Tänze arrangiert von Oberregisseur Axel. Tänze nach dem 1. und 2. Akt. Einlaß 1/2 Uhr. Unterg. 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr. Gewöhnliche Preise. Spielplan: Freitag: Der Graf von Eugenbürg. Unterg. 1/8 Uhr.

Krystall-Palast-Theater
Nur noch Aufreten sämtl. Spezialitäten.
15 Tage: Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Deutsche Reichshallen
Leipzig Vo. Elisabethstr. 5-7.
Morgen Freitag im Theater-Saal
„Die Waise von Lowood.“
Schauspiel.
Einlaß 7 1/2 Uhr. [8259] Unterg. 8 1/2 Uhr.

Pantheon Dresdner Strasse 20
Telephon 14270
Morgen Freitag bis 1 Uhr nachts
Grosser Intimer Ball.

Gasthof Neustadt.
Goldner Saal
Morgen Freitag, abends 8 Uhr
Grosser Dekorations-Abend, darstellend
Die schwedenden Gärten Babylons!
Ausgeführt von Gebr. Stetefeld Nachf.
181. Willy Wolf-Spezial-Konzert
unter persönl. Direktion des Herrn Kapellmeisters W. Wolf.
Hieraus: **Wiener Ball.** Freitags-Ball. Leipzig. [8207]
Nächsten Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr
willy Wolf-Konzert.

Grüne Schänke
Leipzig-Angor.
Morgen Freitag, abends 8 Uhr
Gr. humorist. Konzert der
Intimen Sänger
Burggäßiges, reichhaltiges, originales Progr.
Neu! Er hat Geburtstag! Alles lacht!
Nachdem: Feiner Freitagsball.
Grossart. Verkehr u. sohnst. Treffpunkt Ostens.
Es lädt ergebnst ein K. Jacob. [8298]

Wohin gehen wir essen?
Talquelle, Talstrasse 18. [814*]
Mittwoch w. bekannt 50, i. Bonn. 40 d. Tägl. Unterhaltungsmittl.
Salz. Böll. Biere (Brauerei Stötterig). Hochzeit. H. Schürmann.
Freitag: 2. großes Böllersfest verbunden mit Schlachtfest.
u. folg. Tage: 2. großes Böllersfest mit Schlachtfest.

Restaurant Erholung G. Rathausstr.
Morgen Dr. Schlachtfest
Freitag (aber nicht so wie's leidet)
Hierbei liegt Böllersatz
Sitz. Wollmark. Uhr: Schürmann.
Sitz außergewöhnlicher Höflichkeit lädt ein Albin Schröder.

Arbeiter-Theater-Vorstellungen.

Die für Sonntag, den 27. Februar, im Alten Theater angekündigte Vorstellung

Die Wildente

müßt leider verschoben werden.

Die Aufführung findet dafür am **18. MÄRZ** statt und haben die geldigen Karten an diesem Tage Gültigkeit.

Die Theater-Kommission.

Battenberg.

Täglich:

Bacchus Jacoby mit neuem Repertoire. **Familie Aurora** in ihrem Radfahrakt.

Frühling und Herbst. Jahreszeiten-Idyll in 3 Szenen von 12 Damen dargestellt.
a) Frühling im Reiche Floras. b) Herbst, Alt-Delftsch nach niederi. Meistern. c) Herbst, Naturrell in Zealand.

Jonny und Charlie Excentrics. **Familie Adelmann** Musical Akt.

Battenberg-Theater Heute: Abends 8 1/4 Uhr: Gastspiel a. E. Frl. Marianne Herwegh. Kabale und Liebe. Ein übrigkeiten Theaterstück von F. v. Schiller.
Morgen: Abends 8 1/4 Uhr: Gastspiel a. E. Frl. Marianne Herwegh. Die Waise aus Lowood. Schauspiel in 4 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer. Verkauf numerierter Billets bei Franz Stein, Markt 15, und Paul Pfügner, neben Battenberg.

Wurzner Hof Wurzner Str. 25. Anh.: Paul Neumann.

Morgen Freitag: **Preis-Skaten.** Nächsten Sonntag: **Bockbierfest.**

Reform-Tee ist

Dentischer Tee „Rubon“ (Pkt. 40 u. 75 Pfg. 1/4 Pfd.)

weil von reinem, schönem Teegeschmack
enthält keine Teegifte (Tein, Teobromin) wie russ. und chines. Tees, welche infolgedessen die Nerven schädigen und den Schlaf stören. Man vergl. die wissenschaftlichen Arbeiten von Prof. Bunge u. a.

Reform-Tee „Rubon“ ist das beste Erwärmungs- und Erquickungsgetränk ohne schädliche Nebenwirkung. Allein echt nur zu haben im **Reformhaus Thaysia**, Neumarkt 40, und in den **Thaysia-Vororten**.

Einlaß 7 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Böllersatz im Saal.

Aufführung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg. 8 Uhr.

Wiederholung 7 1/2 Uhr. Unterg. 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Spielplan: Freitag: Wiss. Dabellag. Unterg

feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 44

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Weltumspannendes Eisen.

(Nachdruck verboten.)

Hätte ein Mensch vor 3000 Jahren die ganze Erde bereist und sich ihr Bild eingeprägt — er würde sie jetzt nicht wieder erkennen. Damals war fast noch alles Natur, wie die erdbildenden Gewalten sie chemisch und im Laufe der Zeiten geschaffen haben. Heute aber sieht er Menschenstädte mit weiten Flächen geblüten und steinbelegten Bodens; er sieht neue Flüsse mit schmiergeraden Längen, wie er sie früher nie beobachtet hatte, er sieht, wie die alten Flüsse mellenstilistisch eingesetzt und umgesetzt sind, er sieht riesige Talsperren mit künstlichen Seen, er sieht die Meeresküsten mit Kunstbauden und gewaltigen Dänenanlagen umstehen, er sieht gewaltige Eisenkolosse aus dem wilden Meer schwimmen, die die Kontinente miteinander verbinden, hunderte von Metern tief sieht er die Menschen in die Eingeweide der Erde dringen und die schwarzen Schäfte herausholen, die ihnen bei allem ihrem Schaffen so unendliche Dienste leisten, ja sogar die Luft sieht er die Menschen durchlegen und rasende, feuerlauchende Schlangen alle Gefilde der Erde durchsäusen, wobei weder Berg noch Tal, weder Wasser noch Wald und Urgeklipp, weder Luft noch irgendwo sonst etwas ein Hindernis zu bilden scheint.

Schon durchdrückt die elektrischen Straßen die Kabel, welche den ganzen Erdball ostmärsch umstricken, und bald wird die Erde Schienenwege sehn, die zwar nicht die ganze Erde umschließen, die aber die Kontinente von einem Ende bis zum andern durchziehen, die die Meere des Morgen- und des Abendlandes verbinden, die die gemäßigten Zonen beider Hemisphären zusammenführen.

Eine dieser gewaltigen Schienenverbindungen liegt bereits da: Lissabon—Peking! Atlantischer und Pazifischer Ozean reichen sich hier die Hände, zum zweitenmal, denn der amerikanische Kontinent hat seine Pacificbahnen längst!

Ein Teil der Pacificbahn der Alten Welt liegt natürlich schon lange. Schon seit fast einem halben Jahrhundert durchzieht der Schienenstrang vom Rhein bis zur Memel, von Köln bis Königsberg den deutschen Boden, und der Anschluss nach Paris ist auch schon alt. Und auch von Lissabon über Paris, Köln, Berlin, Königsberg nach St. Petersburg führt man schon viele Jahrzehnte. Der "kleine Rest" nach Peking ist aber erst neueren Datums. Die Miesenstrecke der sibirischen Bahn hat den Schienenweg durch Eurasien erst vollendet. Er führt von St. Petersburg über Wologda, Wjatka, Jekaterinenburg im Ural, Tscheljabinsk, Kurgan, Petropawlowsk, Omsk, Krassnojarsk, Irkutsk am Baikalsee, über diesen hinweg nach Tschilia in Transbaikalien, Bajkal, Charbin und Bladivostok. Das ist der südlichste Punkt der sibirischen Bahn. Von Charbin zweigt sie nach Süden ab; sie berührt Mukden, Tientsin und erreicht schließlich Peking. Die Länge des ununterbrochenen Schienenweges von Berlin bis Peking beträgt auf dem genannten türkischen Wege rund 11 200 Kilometer. Der Weg von Berlin bis Lissabon macht auch noch etwa 2700 Kilometer aus, so daß die eurasische Verbindung Lissabon—Peking rund 14 000 Kilometer lang ist. Die Reise dauer zwischen den beiden Endpunkten beträgt gut 15 Tage, wobei auf die Strecke Berlin—Peking allein 12 entfallen, weil auf diesem Wege die Reisegeschwindigkeit nicht so groß ist wie in Westeuropa.

Dieser leichtere Weg wird aber bald erheblich abgekürzt werden durch die geplante Mongolei-Eisenbahn, über die russische Zeitschriften in der letzten Zeit berichten. Die Mongolei-Eisenbahn ist durch zwei Unternehmen der Verwirklichung nähergerückt. Das eine ist bereits im Bau — es liegt auf chinesischen Boden; das andre befindet sich in Bauvorbereitung auf sibirisch-transbaikalischem Boden.

Die Anfangsstrecke der Mongolei-Eisenbahn ist die Strecke Peking—Nangtou—Kalgan. Nangtou liegt noch innerhalb der großen chinesischen Mauer am Südrande der Vergangenheit, die die Provinz Tschili im Norden umsäumen, etwa 55 Kilometer von Peking entfernt. Kalgan liegt aber schon außerhalb der Mauer im westlichen Teile der Provinz Tschili. Die Strecke Peking—Kalgan ist etwa 180 Kilometer lang. Kalgan ist Durchgangsstation chinesischer und ausländischer Einfuhrwaren zur Mongolei, während umgekehrt auch die mongolischen Ausfuhrwaren und solche Waren, die aus Transbaikalien, überhaupt aus den Grenzgebieten Sibiriens, nach China geführt werden. Die Strecke Peking—Kalgan wurde aus chinesischen Staatsmitteln durch chinesische Ingenieure gebaut. Innerhalb eines Zeitraums von anderthalb Jahren wurde die durchgängig in ebenem Gelände befindliche Bahnstrecke Peking—Nangtou mit rund 60 Kilometer Länge sowohl fertiggestellt, daß im November des Jahres 1908 der Verkehr dort eröffnet werden konnte. Die Schwierigkeiten des Bahnbauens entstanden erst auf der folgenden Strecke Nangtou—Kalgan. Dort führt die Bahn über einige mittelhohe Gebirgszüge, insbesondere über den Pass von Nakoushan. Es mußten vier Tunnel gebaut werden, um die verwendete höchste Steigung von 1:20 (1 Meter Steigung auf 20 Meter Weglänge) nicht zu überschreiten. Der Tunnel unter der großen Mauer ist 1002 Meter lang. Ende des Jahres 1908 waren auf dieser Strecke erst rund 20 Kilometer betriebsfähig, die ganze Strecke bis Kalgan ist am 2. Oktober 1909 eröffnet worden.

Dem Leser sei geraten, die Ausführungen an der Hand eines Atlas zu verfolgen. Er wird bemerken, daß diese Routen außerordentlich interessant zu verfolgen sind; sie führen durch Gebiete, von denen man sehr wenig zu hören pflegt und die noch ungahnter Kultur führen.

Die Durchquerung der Mongolei soll auf der alten Karawankenstraße durch die Wüste Gobi geschehen. Diese führt von Kalgan aus nach Nordwesten, gabelt sich bei Salzusuu; der eine Zweig geht nach Westen weiter, der andre direkt nach Norden. Dieser soll die Mongolei-Eisenbahn folgen. Er führt über Urga, Maimatschin und Kalgata. Urga auch Aksuun genannt ist eine Handelsstadt mit etwa 40 000 Einwohnern. Maimatschin ist mongolischer Grenzort, während Kalgata direkt dabei russisch ist und auf transbaikalischem Boden liegt. Kalgata ist der Hauptplatz für den russischen Handel mit der inneren Mongolei. Bis hierher hat die chinesische Regierung den Bahnbau in Aussicht genommen. Die Strecke Kalgan—Salzusuu—Urga—Maimatschin ist etwa 1280 Kilometer lang (in Entfernung gleich Berlin—Neapel oder benachbarte Berlin—St. Petersburg). Im ebenen Teile der Mongolei, also durch die eigentlich Gobi-Wüste, wird der Bahnbau wohl kaum irgendwelche Schwierigkeiten machen, wohl aber zwischen Urga und Maimatschin, wo die Ausläufer des Gobi-Gebirges zahlreich das Land durchziehen, und zwar hauptsächlich quer zu der Trasse der Bahn.

Bis Kalgata aus geht die Bahn zu dem 3 Kilometer nördlich liegenden Trotsosan, einer Handelsstadt mit 10 000 Einwohnern, und läuft dann gen Norden nach Neu-Selenginsk, einer Bezirkstadt, die an dem schiffbaren Selenga-Strone liegt. Die Selenga ergiebt sich in den Baikalsee, wobei sie ein Delta

gebildet hat, durch das sich vier Arme in den See erstrecken.

Der Baikalsee ist bekanntlich der größte Süßwassersee Asiens und der ganzen Erde; er bedeckt eine Fläche von 30 000 Quadratkilometern, d. i. beinahe so groß wie die Provinz Ostpreußen. Die Selenga drängt sich durch die längs am Ufer des Baikalsees liegenden Gebirgsketten, nachdem er ihnen von Neu-Selenginsk an erst eine Weile nach Nordosten folgt. In der Durchbruchsstelle liegt die Stadt Tatarsk. Zwischen der Selenga und dem See liegt das Chamar-Daban-Gebirge. Will man nun nicht der Selenga folgen, um eine große Strecke südlich bei Tatarsk oder Werchnje den Anschluß an die sibirische Bahn zu gewinnen, so muß die Selenga überbrückt und das Chamar-Daban-Gebirge durchtunnelt werden. Es ist beabsichtigt, den Anschluß bei Myssowaja, einer Station am Baikalsee, zu machen. Dort überschreitet die Bahn sich durch weite Strecken unbewohnten und dünn besiedelten Landes hinzulehnen. Trotz der reichen Geldmittel, die dem Unternehmen zur Verfügung stehen, und trotz des hohen politischen Interesses, das die nordamerikanische Union dem Projekt entgegenbringt, ist es wenig wahrscheinlich, daß das mittelamerikanische Stück der Bahn so bald gebaut werden wird. Die zentralamerikanischen Staaten haben ja kaum ein lokales Interesse an der Bahn, so daß ihre finanziellen Leistungen wahrscheinlich sehr bald aufzuhören würden. Und an eine Rentabilität der Bahn ist angeknüpft der Nähe des Oceans vorläufig nicht zu denken. Die Schiffsreisen sind bequem, angenehm, gefund und billig, während die mittelamerikanischen Staaten durch andauernde Kriege, Revolutionen und ungewöndes Klima ausgedehnt sind.

Der Bau der Bahn hätte vorwiegend nur Bedeutung als Koncession an den panamerikanischen Gedanken. Und das wäre auch die einzige Möglichkeit, die ihm zur Ausführung verhilft.

Noch andre Miesenprojekte sind in Vorbereitung oder gar in Ausführung. Sie reihen zwar nicht an die beiden erörterten heran; denn sie haben eben das Gewollteste vorweggenommen.

Dennoch sind sie höchst beachtenswert, schon wegen der Schwierigkeiten, die sie den Ingenieuren in den Weg legen. Auch ihre politische Bedeutung ist gewaltig. So die der Kap-Kairo-Eisenbahn, deren Gesamtlänge 9300 Kilometer fertig sind. Sie wird von der bis jetzt rund 3500 Kilometer fertig sind. Sie wird die englische Vorherrschaft in Afrika mächtig stärken.

F. E. S.

Kunstchronik.

Das zweite Konzert des Mielbelvereins ist den Ereignissen des diesjährigen Konzertfests angewidmet. Dr. Göhler, der mit seinem Programm dieses Abends seine eigenen Wege ging, brachte zwei in Leipzig ganz unbekannte Werke, das deutsche Stabat von Franz Schubert und die F-Moll-Messe Bruckners, mithin speziell österreichische Kirchenmusik. Das Stabat mater ist bloß überhaupt noch kaum zur Aufführung gelangt, was nur begreifen ist, wenn man unsre Dirigenten kennt. Man sucht ähnlich nach kleineren Werken, aber daß es einmal einem Dirigenten eintrete, z. B. die seit 1888 vollständig vorliegende Gesamtansgabe der Schubertischen Werke durchzugehen, das gibt es nicht. Possessorisch ist es dabei immer, anhören zu müssen, wie Musiker über die musikalischen Gesamtausgaben löschen mit der Behauptung: da vieles unbedeutend sei, braucht es nicht gedruckt zu werden. Noch vor einigen Jahren wurde dieses Werk anlässlich der projektierten Haydn-Ausgabe erhoben; als ob ein einziger Musiker sagen könnte, welches Werk für die Entwicklung Haydns und damit der Musik selbst so unwichtig sei, daß es nicht gedruckt zu werden verdiente. Wie gut, daß andre Freunde für die großen Meister sorgen — mit dem: Echt eure deutschen Meister, wäre es sonst nicht sonderlich gut bestellt. Da wird etwa gesagt, daß ein schwaches Werk z. B. einen Haydn beschönigt, und daß es infolgedessen pleitärwoller sei, solche Werke nicht zu drucken. Selbst Brahms hat früher diesen philistrischen Standpunkt vertreten. Als ob derart große, geniale Komponisten wie Haydn und Schubert selbst durch Dutzende schwächerer Werke irgendwie bloßgestellt würden; wer kann aber widerlegen, daß selbst solche Werke nicht wichtig und interessant sein können? Wie sahe eine Goethe-Ausgabe aus, wenn nur das „Bedeutende“ in ihr zu finden wäre! Über derlei Dinge hat man in der Musik noch zu streiten, es wird noch eine Weile gehen, bis wir in der Musik einen Standpunkt erreicht haben, der nur ungefähr dem der Literaturbetrachtung gleichkommt.

In unserm Fall, worum handelt es sich aber hier? Da die Musiker, und auch besonders das Gros der gewöhnlichen Musikschriftsteller, über die Gesamtansgaben nur schimpfen, so fühlen sie auch die Verpflichtung, sich die Gesamtansgaben gar nicht anzusehen. Und bei diesem System gelingt es dann, daß auch Werke voller Bedeutung Jahrzehntelang verborgen bleibent und der Öffentlichkeit unterzuschlagen werden. Ein solcher Fall liegt bei dem deutschen Stabat mater von Schubert vor, das Göhler, wenn man so sagen will, entdeckt hat. Wie schön und dazu auch teilweise wie originell ist dieses Werk! Schlicht man vom ganzen Wesen Schuberts aus, so könnte man eigentlich von vornherein sagen, daß er der geborene Stabat-mater-Komponist ist. Denn für die Empfindungen Marias am Kreuze, die diese heilige, lateinische Kirchendichtung aus dem Mittelalter schildert, ist Schubert mit seinem weichen, nicht weichlichen, und weiblichen — man hat Schubert nicht ganz mit Unrecht die weibliche Seite Beethovens genannt — Empfinden eigentlich der geeignete Komponist. Auch die deutsche, ganz freie Übersetzung Klopfstocks mit ihrer etwas sentimental-dämmrigen Fassung — das Original hat weit mehr Kraft und vor allem Plastik — kommt im ganzen Schubert entgegen, und so ist denn ein Werk Zustand gekommen, das in der Stabat-mater-Literatur wohl noch keinen Platz einnnehmen wird. Über das Ganze ist eine ganz herrliche Weise gegossen, vor allem dem transkontinentalen Moment wird Schubert in einer Weise gerecht, die weit über hergebrachtes Maß geht. Das Herzbestreitende liegt wohl vor allem an der Kleinlichkeit des Ausdrucks, Stilicke wie das Engelduet: Engel freuen sich der Wonne, mit dem Tanzrhythmus sind kaum jemals gespielt worden. Ob Wolf-Khartxi für seinen Engelsreigen in seinem Neuen Leben das Stück gekannt hat? Eine Arie wie die für Bassarion: Sohn des Vaters ist bei wundervollster Melodienwurz, daß man wirklich kaum weiß, was man mehr bewundern soll. Und wie traulich mutet der Einschlag von Mozarts Sarastrokonzert an. Mit welchen Mitteln wird in dem Terzett mit Chor: Das vereinst wi, das ewige Leben beschrieben! Das Originelle findet sich besonders in den Chören, vor allem in: Ehren sollen sie am Throne, und im zweiten Teil von: O du Herrlicher Voller, wo die Singstimme ganz in instrumentalem Sinne, gewissermaßen als ein Basso continuo verwendet sind, ähnlich wie Bergolei in seinem Stabat mater im ersten Stück den Instrumentalteil behandelt hat. Daß Schubert das prächtige Werk Bergoleis, das der Mielbelverein in seinem nächsten Konzert vorführen wird, gekannt und daß es auf ihn eingewirkt hat, scheint mir außer Zweifel. Daß es sich bei Schuberts Stabat mater — der Name ist von den ersten Worten der lateinischen Dichtung her und bedeutet: Es stand die Mutter — um eine herrliche Verehrung unserer Chorliteratur handelt, braucht wohl nicht erst besonders festgelegt zu werden. Man könnte auch an einige weniger positive Seiten dieses Werkes erinnern, aber hier heißt es zunächst, das Herrliche mit allem Nachdruck hervorzuheben.

Aehnlich steht es mit Bruckners F-Moll-Messe, dem Hauptwerk dieses prächtigen Konzerts. Seit ich sie kenne, bin ich für Bruckners kirchliche Schöpfungen eingetreten, und das ist mir für sie in ganz anderem Maße möglich als für seine Sinfonien. Es kommt hier auf zweierlei an: erstens auf den Standpunkt, den man zu dieser Kunst einnimmt, und zweitens auf die Fähigkeit, diese Werke zu interpretieren, zu verstehen. Bruckner ist sch

	Entfernung	Mittlere Reisezeit
	Mileage	Reisezeit in Stunden
Paris—Berlin	1075	18 ca. 60
Berlin—St. Petersburg	1041	28 " 60
St. Petersburg—Perm	1710	41 " 42
Perm—Irkutsk	8728	90 " 42
Irkutsk—Kalgata	ca. 500	12 " 42
Kalgata—Peking	1500	40 " 37,5
Paris—Peking	ca. 10100	220 — ca. 9½ Tage.

Da der zweigleisige Ausbau der sibirischen Bahn 1912 vollendet sein soll, so wird die Verkürzung der Reisezeit nach Fertigstellung der neuen Strecken der sibirischen Eisenbahn und der Mongolei 4½ Tage betragen — ein Umstand, der die Bedeutung der Bahn wesentlich günstiger gestaltet.

Während die ununterbrochene Schienenverbindung des alten Kontinents von der äußersten Westspitze bis zum Osten besteht, ist die panamerikanische Bahn, die den ganzen Kontinent vom Norden bis zum Süden hin durchziehen soll, erst teilweise fertiggestellt. Früher erschien der Gedanke dieser Bahn als ein unausführbares Hirngespinst. Mit der Zeit aber hat er solche Popularität gewonnen, daß im Jahre 1902 ein Kongress von Vertretern aller amerikanischen Staaten in Washington zusammengetrat, auf dem die einzelnen Regierungen Erklärungen abgaben, wieviel sie zu dem Bahnbau beisteuern wollten. Ein starkes Moment mag dabei die amerikanische Spezial-Rekord-Chore spielen. In Amerika muß man eben durchaus „the biggest of all“ haben (von allem das Größte).

Nach jenem Kongress hat sich zur Ausführung des Projekts eine besondere Gesellschaft mit dem Sitz in Washington gebildet, die ein standiges „Panamerikanisches Eisenbahnkomitee“ unterhält. Sie versetzt über ein Kapital von 250 Millionen Dollar (mehr als 1 Milliarde Mark). Klirrig ist im Auftrage des Komitees ein von Charles W. Pepper verfaßter Bericht erschienen, nach dem die Verwirklichung der Idee soweit vorgeschritten sein soll, daß nur noch ein Drittel des Schienenstrangs fehlt. Von der insgesamt 10 400 Kilometer langen Bahnlinie Rio-Negro—Buenos-Aires sind rund 11 000 Kilometer in mehreren Teilstücken vorhanden. Die schlenden 5500 Kilometer entfallen durchweg auf die mittelamerikanischen Republiken sowie auf Kolumbien, Ecuador und Peru. Dabei ist zu bemerken, daß 1896 erst 7690 Kilometer der panamerikanischen Bahnlinie bestanden, so daß seit dieser Zeit nicht weniger als 8000 Kilometer hinzugekommen sind. Es ist beabsichtigt, eine Abzweigung der Bahn aus Peru oder Ecuador hinein bis nach Rio de Janeiro zu führen. Doch erscheint das bis auf weiteres aussichtslos, weil die Bahn durch ungeheure Strecken Urgebiete durchfahren müßte, das noch nie ein menschlicher Fuß betreten hat. Wenn man die besten Karten mancher brasilianischen Gebiete durchsieht, wird man mit Staunen bemerken, welche Gebiete (namlich in der sogenannten Platte gross) noch unbekannt sind, wie dort selbst die Abber, die Flußläufe nur als mutmaßlich auf der Karte verzeichnet sind.

Aber selbst die Ausführung des langen Mittelstücks der panamerikanischen Bahn läßt auf so enrome technische Schwierigkeiten, daß sie zur Überwindung ganz ungewöhnlich großer Tatkraft bedürfte. Und das ist noch nicht alles. Selbst eine fertige Bahn würde mit derartigen natürlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, daß es nicht lohnend erscheinen kann, den Bau solcher Bahnen in Angriff zu nehmen. Ganz Mittelamerika ist in stärkstem Maße ein vulkanisch tätiges Land, das für einen regulären Bahnbetrieb ein zu gefährlicher Boden ist. Zugem. diese Werke zu interpretieren, zu verstehen, Bruckner ist sch

ganz eminent subjektiver Kirchenkomponist, vielleicht der subjetivste, er sieht sehr oft die Kirchentexte in einem Licht wie sein Vorgänger. Das hängt zu einem guten Teil mit der ganzen Art österreichischer Kirchenmusik zusammen, die ihre gesamte Gestalt in den Messen J. Haydns gefunden hat. Das Charakteristische besteht darin, dass diese kirchliche Musik in direkte Verbindung mit dem Leben getreten ist, mit dem Fühlen und Trachten der Welt. Handelt es sich um einen freudigen Festtag, freut sich das Volk, dann wird selbst das Kyrie — Herr erbarme dich — anders, freier aufgesetzt als gewöhnlich, und wir treffen deshalb Stile, die wir bei einem objektiven Standpunkt, oder wie man es nennen will, verschliefen finden. Haydn geht noch weiter; es gibt Messen von ihm, die auf Zeiteignisse, auf den Krieg Bezug nehmen, und diese Werke haben dann ganz kriegerische Haltung. Diese Kompositionart kann man vom Standpunkt der reinen Kirchenmusik verwerfen, wobei man besonders darauf hinweisen wird, wie gefährlich sie ist. Das ist eine starke Verweltlichung und Verflachung der Kirchenmusik zur Folge gehabt, ist Tatsache, aber bei Männern wie Haydn darf man sich doch bestimmen, das Kind mit dem Vade auszuschütten. Da garantiert die große musikalische Persönlichkeit wenn auch nicht in allen Fällen, so doch bei den meisten Werken für eine in ihrer Art würdige Behandlung. Indessen geht uns in diesem Zusammenhang einzigt an, dass Bruckner in diesem freien kirchlichen Stil, der weltlichen Ausdrückungen die Tore offen hält, aufgewachsen ist. Dieser legte ihm, dem glaubensvollen Katholiken, menschliches Spekulieren nahe, und bei dem Eigenart Bruckner kommt hier dann auch tatsächlich etwas Neues zu stande. Ich möchte bei Bruckner auch durchaus nicht, wie es häufig geschieht, damit operieren, dass er ein großes Kind gewesen sei; das trifft für manche Partien seiner Musik zu, die nur ein einfaches Gemütsgefühl geben kann; aber stärker ist noch der Zug der Spekulation, des Nachdenkens auf Grund versöhnlicher Empfindungen und Vorstellungen. Was hat Bruckner aus der Vertonung des Teubens gemacht? Wieviel Feierliches, oft Verzwieltes steht darin! Und ähnliche Stellen gibt es auch in der F-Moll-Messe. Da ist in der Auge: Cum sancto spiritu, die auch Göttler in seiner Einführung unterschätzt, eine Stelle auf die Worte: in gloria dei tuum Christum (Gottes); von Anfang keine Spur mehr, fast hört sie sich wie Gewimmer an. Es gibt nichts Menschlicheres als die Kirchenwerke Bruckners, und allerdings, "richtige" Kirchenmusik ist dies nicht mehr. Wer nicht mit Bruckner kommen will, muss sich an ihn stoßen.

Dann zweitens die Interpretation. Bruckner arbeitet außerordentlich stark mit Phantasievorstellungen und stellt diese ganz ähnlich wie Bach in seiner Musik plattisch dar. Wer da nicht sofort die Absichten versteht, sei es, dass er mit Bruckner sehr gut bekannt ist oder überhaupt Kenntnis im Verständnis der Sprache der Musik gesammelt hat, geht hier zu einem Teil leer aus. Ein Beispiel: das Incarnatus, die Menschwerbung Christi. Da hören wir auf einmal die Holzbläser in der Höhe in Altstädtern spielen. Wer nicht den Grund einsieht, weiß nicht damit anzufangen. Bruckner als Katholik stellt sich Maria als Mutter Gottes vor und umgibt sie als Göttin mit einem Strahlenkranz. Und wie herrlich ist es, wenn diese Strahlen beim Crucifixus, bei der Kreuzigung, allmählich erlöschen, ähnlich wie es Bach in der Matthäuspassion gemacht hat. Die ganze Messe stroht von derartigen Algen, ein Reichtum ganz eigener Vorstellungen, die meist mit einer lapidaren musikalischen Einsicht gegeben sind. Sündet sich in dem Werk wie in kaum einer Messe. Man muss rasch folgen können, die Beweglichkeit im Ausdruck ist oft ganz außerordentlich. Welche Staleien der Gemütsbewegung durchläuft Bruckner im Kyrie, ja selbst im Benedictus. Den ersten Teil des Credo kann man künstlerisch nur würdig machen, wenn man Messen Haydns kennt. Da wird auf Grund eines inmanenten Rhythmus das lange Glaubensbekenntnis durchgenommen, seinen Augenblick steht der ungewöhnliche Zug, und ganz ähnlich arbeitet Bruckner. Auch er hat trotzdem Zeit, Einzelheiten hervorzuheben. Über die mehr negativen Seiten des Werks sei gar nicht geredet, das Werk ist zu bedeutsam, als dass sie bei einer wirklich guten Aufführung während in die Waggonen füllen. Skeptisch könnte man aber über Leipzigs Musikkästen denken, weil ein solches Werk erst jetzt die hiesige Erstaufführung erlebte. Möge man es bald wieder hören.

Über die Aufführung der beiden Werke habe ich mich überaus gefreut; das Konzert — ich hörte die Hauptprobe — gehört für mich zu den Erlebnissen. Es ist außerordentlich, wie glänzend Dr. Göhler den Stil der beiden Werke, und zwar gerade auch den sehr schwierigen Messe traf. Mit einer Beweglichkeit im Ausdruck, einer plastischen Darstellungskraft wurde musiziert, das das in den knappen Erklärungen Gefragt bei weitem übertroffen wurde. Und das ist gut so. Der Chor und das Orchester — Altenburger Hoforchester — machten ihre Sache sehr brav, bei den positiven Leistungen blieben kleinere Bedenken schwächen. Unter den Solisten trat Herr Karl Leyström-Söderholm (Vah) hervor, vor allem in der Arie: Sohn des Vaters. Mit dem Ertrag für Fr. Marx, Fr. M. Kehlborfer konnte man sich nur befriedigen; die Stimme ist klar bis in die höchsten Höhen, der Vortrag warm. Statt des Herrn Schmedes hörte man in der Hauptprobe Herrn C. Seydelmann-Altenburg, der, nicht ganz disponiert, mit der Altstimme Fr. v. Neudegg-Altenburg aber dennoch das Ensemble würdig ergänzte. —

Schauspielhaus (Das Konzert, Lustspiel in drei Akten von Hermann Bahrs). — Man unternimmt mit guten Freunden eine Fahrtspartie und freut sich darauf, schöne Uferlandschaften, Durchläufe usw. zu genießen — man unterhält sich so gut, dass man kaum etwas davon bemerkt — aber es ist immerhin ganz schön gewesen, man hat sich ja gut unterhalten.

Es war immerhin auch ganz schön im Schauspielhaus am Dienstag. Man unterhielt sich vorzüglich. Man musste sich freilich wieder einmal erst an diese Menschenwelt gewöhnen, in der Hermann Bahr seine vielbewunderte Schelomddie spielen lässt. Wenn ich mich nicht irre, hat er sich selber einmal darüber lustig gemacht, über diese Künstlerwelt, die die Wiener Literaten für ihre Komödien brauchen, sobald sie ihre Weisheiten über Liebe und Ehe und derlei Allgemeinmenschliches zum Besten geben wollen. Diese Welt wirkt auf gewöhnliche Sterbliche etwas konstruiert. Es ist darin so leicht möglich, sich über allerhand hinwegzusehen, was gewöhnlichen Sterblichen doch im Wege steht, und die Menschen reden gewöhnlich so schrecklich gebilligt, wenn sie nicht gerade einen Nothitsraptus bekommen, was merkwürdigweise in dieser selten Welt öfter geschieht. Aber immerhin, es ist doch besser, die Wiener Literaten lassen ihre Komödie in dieser Literatenwelt spielen, als dass sie Menschen mit altrichtigen Namen bemühen. Wie gesagt, immerhin...

Es ist auch kaum zu bestreiten, dass dies Lustspiel auf Schwabboden steht. Wenn die Frau des Klaviertitans Gustav Heintz von dem Dr. Jura erfährt, dass ihr Mann wieder einmal mit einer Schülerin, diesmal der Frau Jura, eine Konzertreihe unternommen hat, d. h. in einer verschwiegene Gebirgsbühne gezeigt ist, dann lässt sie sich von dem betrogenen Ehemann zu einem aus der Literatur bekannten Streich verleiten. Sie tut sich mit dem Betrogenen zusammen, reift dem Bärchen nach, um festzustellen, ob es die große Liebe ist, die die beiden ergriffen, und danach zu entscheiden. Die Nachreisen trennen das Paar, noch ehe das geschahen, was für ein gutbürgliches Lustspiel unbedeutend wäre, etablierter flugerweise die Gattenauflösung sofort, ohne viel Worte zu verlieren, tun so, als gehörten sie nun zusammen, behandeln die Durchgebrannten als junges Ehepaar. Und dann stellt sich natürlich heraus, dass die alten Verbindungen doch die richtigen waren, dass zum großen Gustav Heintz doch nur seine Marie passt, und zum Dr. Jura doch nur seine Delphine. Er ist ein sehr verheiratetes Stück, dieses Lustspiel Bahrs. Aber leider, der ganze Ausgangspunkt, diese Vereinigung der Marie Heintz mit Dr. Jura — es ist eine rein schwäbische Voran-

setzung, da sie sich nicht mit dem Charakter der Marie vereinen lässt, es wird der Boden der Naturwahrheit verlassen, um den Spass ordentlich beginnen lassen zu können. Aber immerhin, es werden dann in diese Schwankwelt Lustspielmotive gebracht, die dem Spiel haltung geben.

Gewicht erhält die Handlung durch die Gestalten der beiden, die betrogen werden sollten und die Abenteuerlustigen wieder-einsingen. Von ihnen steht am sichersten die Marie Heintz, die den großen naiven Egisten Gustav Heintz, der ein beträchtlicher Dummkopf ist, durchaus als Kind behandelt und an ihm hängt, weil er sie durchaus braucht. Sie hat die Nähe ihres Abenteuers ihres Mannes hingenommen und zeigt nun dieses eine Mal ihrer Nebenbuhlerin ihre Überlegenheit. Ganz einfach, ganz prosaisch; sie kennt aus langer Erfahrung alle Bedürfnisse des Künstlers, während die junge Hans eben nichts als ein Abenteuer sucht und, vor die Forderungen des Lebens gestellt, sofort versagt. Diese Figur der Marie Heintz und das prosaische Behagen, das von ihr ausgeht, ist es in der Hauptsache, was den Erfolg des Stücks ausmacht; sie gewinnt sofort die Frauen, und es ist obendrein gut, dass sie einsam gezeichnet ist.

Mit dem Dr. Jura steht es anders. Auch er ist seiner Frau überlegen, aber anders. Er ist kein Praktiker, er ist ein großer Philosoph, ein Skeptiker und Verehrer der heiligen Relativität der Werturteile, und vor allem ein großer, alter Narr und Redner; er spricht in einem fort. Und auch er ist weitersig in Liebesfachen. Wie die gute Marie ihrem Gustav die Estapaden nachsieht, so weiteret der Dr. Jura, wenn ihm gerade paßt, gegen den alten verrotten Eigentumsbegriff, der sich in unsern Ausschauungen von Liebe und Ehe breit macht. Er ist ein außerordentlich angenehmer Mann für abenteuerlustige Ehefrauen. Er hat nur einen Fehler: die praktische, kluge Marie sieht man in festen Umrisssen vor sich, den vielschwängigen Teufelskater hält man im Grunde doch immer für einen Schwäher. Er ist nur zur Lebzeit des Lustspiels sehr vonnöten. Aber immerhin — er quält durch den Lustspielkrieg und aus lustige Art.

Aber die Hauptsache ist nun die eigentümliche Stimmung, die dadurch geschaffen wird, dass zwei überlegene Menschen sich im Grunde, wenn man stark ausdrücken will, für kindliche Exemplare der Gattung Mensch opfern. Das ist Lustspielstimming in einer engen Welt. Aus dieser Schilderung der Unabhängigkeit der Überlegenen an die Kinderwerten blickt der alte Humorist heraus, der den drolligen Irrweg der Seelen in dieser sinnlosen Welt nachspürt und den armen Menschen mitfühlend nachsieht.

Daraus entsteht die sile Heiterkeit dieses Lustspiels, die es neben der lauten Schwankheiterkeit hat.

Die wollen wir nicht überhören, wenn wir uns klar machen, dass das Lustspiel seinen großen Erfolg in der Hauptsache seiner bequemen Haltung verdankt. Man rüttelt ein bisschen an der Ehe, aber zeigt zugleich, wie hübsch man sich in ihr einrichten kann, und auch wie leicht und wie munter. Wahrschafft ein Dressem für das genächste Weiberfest. Hübsch bürgerlich, und was nicht bürgerlich ist, das ist in den Nieden des Dr. Jura verwirkt, dass es vorüberholt und nicht ernst genommen wird. Aber immerhin — wir sind schon froh, dass wir wieder einmal so ein Lustspiel sehn, wenn es auch Shaw und Webekind und Schnitter vergleicht.

Das Stück hat außerordentlich dankbare Nossen. Den Klaviertitanen mit dem naiven Egismus wird nicht leicht ein gebarter Charakterspieler verfehlten. Herr Nehnert stellte ihn spielerisch sicher hin. So wenig er starke Liebesleidenschaft ausdrücken vermag, so sicher die gefasste Gewohnheitsliebelet des älteren Künstlers. An sein Organ muss man sich freilich erst wieder gewöhnen. Sicher stand auch die Frau Dr. Jura des Fr. Lore vom Busch. Die Rolle des Dr. Jura ist dagegen bis zu einem gewissen Grade unanhaubar. Sie tritt aufprallvoll auf, da man merkt, dass der Autor hier einen Philosophen vorstellen will, und ist im Grunde doch nicht viel mehr als ein Ulf; das schafft eine schlimme Situation für den Schauspieler. Herr Bildenhain ließ sich nicht darauf ein, etwa die Resignation anzudeuten, die in Wesen des Skeptikers und Relativisten steht — er war ein lebendiger, frischer, beweglicher Mensch, der seine Freistreichkeiten hervorprudete und eine ganz ausgeschriebene Maße hatte. Leicht müsste es aber doch wohl sein, sollte man meinen, die frauliche Resignation der Frau Marie Heintz herauszuarbeiten, die Fr. Normann rechtlich trocken und spießbürglerisch gab. In der kleinen Nebenrolle einer abenteuerlustigen Hans interessierte Fr. Brauhoff. An diese junge Dame glaubt, seitdem ich einmal zufällig in einer Nathanaelauflösung des Schauspielhauses gesehen, wie instinktiv sicher sie im zweiten Akt die erste Begegnung mit dem Tempelherren spielte. Am Dienstag zeigte sie, dass sie drauf und dran ist, sich mit fröhlichem Gottvertrauen auch die Routine zu erwerben, die ihr noch fehlt.

Ein Vortrag über die Alhambra, zumal mit Bildern, wird noch immer auf ein großes Publikum rechnen können; denn dieses berühmteste Denkmal der maurischen Baukunst besitzt, wie es unter den mit ihm zu gleicher Zeit (im 18. und 19. Jahrhundert) entstandenen Burg- und Palastbauten des Altenlandes eine Sonderstellung einnahm, auch heute seine besonderen Reize. So war denn auch der Saal des Grafschmuseums, in dem der Kunstverein am Dienstag einen solchen Vortragsabend veranstaltete, bis auf den letzten Platz gefüllt. Nur läuft sich dieser Gegenstand auf die verschiedenste Art ausspielen: vom Standpunkte eines poesievollen Wanderers, wie des Grafen v. Schack, der die Wände der Alhambrafälschungen schmieden kann, oder aus der Sicht eines Geschichtsschreibers, der die Alhambra zur Folie weiter Aussicht über die ganze maurische Kultur macht, von dem eines Architekten, der dieses Bauwerk mit andern desselben Volkes oder anderer Völker vergleicht. Am Dienstag wollte ein Vater, der Lehrer an der Königlichen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, Herr Hugo Steiner, darüber reden. Auch was diesen Augen dort gesehen, und was der uns davon zu berichten haben würde, konnte sein Verlorenes und Anziehendes haben. Soweit nun in dem Vortrage der Künstler zu Worte kam, erfuhr seine Aufführung ihren Zweck durchaus. Besonders die Vorliebe der Mauren für das lebende Element des Wassers in ihren Gärten und Wohnräumen charakterisierte er mit frischem Empfinden. Auch was er über ihre Meisterschaft in der Lösung raumkünstlerischer Aufgaben, in der Dekoration von Decken und Wänden sagte, wirkte ursprünglich und auf die angenehmste Weise belebend. Dabei geleitete er uns an der Hand seiner schönen, klaren Bildern von Saal zu Saal, und so hat er sich den Vortrag, den er am Schlusse erneute, wohl verdient. Nunmerhin hätte er diesen Teil seiner Aufführungen, in dem er Eigenes gab, erheblich reichhaltiger ausgestalten mögen; statt dessen war seine historische und allgemein orientierende Einleitung etwas reichlich breit geraten. Erst ziemlich spät kam gewissermaßen „er selbst“ zum Worte.

Nachklänge von der Russischausstellung. Die Russischausstellung, die in der Zeit vom 2. bis 15. Juni v. J. in Leipzig stattfand, war auch durch den Geigenbauer Robert Beyer aus Berlin beschickt. Als Beyer den ihm zugewiesenen Platz sah, war er sehr unwillig, da die dem Geigenbauer verbande angehörigen Firmen in einem gemeinsamen Raum untergebracht waren, während man ihm einen dunklen Platz an der Treppe überlassen hatte. Erst nach vielen Vermühlungen gelang es Beyer, einen besseren Platz zu erhalten. Er will schon von allem Anfang an bemerkt haben, dass gegen ihn gehetzt werden sei. Als er dann bei der Prämierung nur die silberne Medaille des Vereins der Pfeifer und Scherzwerke von Köln erhielt, war er noch mehr enttäuscht, und er schrieb an das Preisträgerkollegium zwei Briefe, in denen er sich über ungerechte, parteisiche, hinterlistige und böswillige Beurteilung seiner Ausstellung beklagte. Das Preisträgerkollegium, das aus den Professoren Hans Sitt

und Julius Mengel, dem Gewandhausorcstermitglied Ludwig Niemann (der inzwischen verstorben ist), dem Kapellmeister Bernhard Unzenstein, dem Konzertmeister Robert Hansen und den Geigenbauern Albin Wilser und Louis Otto bestand, erhob daraufhin gegen Beyer und seinen Procuristen Kalaminus Beleidigungslage, die am Dienstag vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Die Befragten erklärten, dass ihre schon einige Monate gespielten Meistergeigen nicht zum Vergleichs- und Prüfungsspiel zugelassen worden seien, man habe lediglich eine neue Geige angelassen, die noch keine volle Klangfülle hatte und sich erst seien müsste. Professor Sitt erwiderte, das Preisträgerkollegium habe gar nicht gewusst, dass ein Geigenbauer verband bestand. Die Jury habe ehrlich und gewissenhaft gehandelt. Es sei ihm nicht bekannt geworden, dass gegen die Befragten gehetzt worden sei. Die Jury sei ihren eigenen Weg gegangen. Kapellmeister Unzenstein versicherte, dass sämtliche von Beyer ausgestellten Instrumente geprüft worden seien. Die neue Geige sei als die beste zum Vergleichs- und Prüfungsspiel ausgewählt worden. Auch ihm sei von Beeinflussungen durch den Geigenbauer Wilser nichts bekannt geworden. Geigenbauer Wilser schloss sich diesen Ausführungen an. Nun kam ein für die Befragten äußerst peinlicher Brief zur Verleistung, den sie an Professor Mengel geschrieben hatten. In diesem Briefe wurde Herrn Mengel für den Fall, dass ihm nicht bekannt wurde, eine Goldmedaille, zuverlässige Ausstellungsmedaille, verlost. Nach Lage der Sache blieb den Befragten nichts übrig, als mit den Klägern einen Vergleich abzuschließen. Sie nahmen die Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und übernahmen sämtliche Prozeßkosten. —

Neues Theater. Freitag: Strandkinder. Sonnabend: Tanzhusaren. Sonntag: Die Hugenotten. Montag: Strandkinder. — **Altes Theater.** Freitag: Der Graf von Luxemburg. Sonnabend: Buridans Esel, Lustspiel in 3 Akten von Peter und Gallavel (Extaufführung). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Döllarprijsfest (sehr niedrige Preise), abends 4½ Uhr: Buridans Esel. Montag: Der Graf von Luxemburg.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 4½ Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag, 7 Uhr: Faust (halbe Preise). Sonnabend: Das Konzert (Gustav Heintz: Lothar Nehnert). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den neuen Verein städtischer Beamten (Der Befehl des Fürsten), abends 4½ Uhr: Das Konzert (Gustav Heintz: Lothar Nehnert). Montag: Das Konzert (Gustav Heintz: Lothar Nehnert). — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Freitag: Miss Dudelsack. Sonnabend: Ein Herbstmanöver. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Verein der Postunterbeamten (Ein Herbstmanöver), abends 4½ Uhr: Miss Dudelsack.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts anderes angegeben, 4½ Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Bollenberg-Theater. Freitag: Die Witwe aus Sowob. Sonnabend: Kabale und Liebe.

Vorträge. Der Verein für Völkerkunde hält morgens Freitag, abends 8 Uhr, seine Februarstaltung im Vortragsaal des Grafschmuseums ab. Es finden zwei Vorträge statt, denen eine gemeinsame Idee zugrunde liegt: die Kosmetik der Haut durch alle Zeiten und bei allen Völkern. Über die Gebräuche des Bemalens, Schminkens, Tätowierens, Epilierens und Käferkäfers in der Urzeit, im Altertum und im Mittelalter wird Herr Sanitätsrat Prof. Dr. Sudhoff referieren, während Prof. Dr. Weule, der Direktor des Völkermuseums, über die gleichen Gebräuche bei den Naturvölkern und den außereuropäischen Kulturstövtern der Gegenwart berichten wird. Beide Vorträge werden von Schildbildern und Demonstrationen aus den Beständen des Völkermuseums begleitet sein. Derartige kulturgeographische Alte und Neuerliche gehören mit zum Programm des Vereins für Völkerkunde; sie sollen von Zeit zu Zeit zwischen die üblichen Berichte über die neuesten Forschungsversuchungen eingehoben werden. — Im Sonntag, vormittags 11½ Uhr, wird Prof. E. Jaques-Dalcroze (Genf), der Begründer der rythmischen Gymnastik, unterstützt von sieben seiner reifsten Schülerinnen (4 Mädchen, 3 Damen) im Festsaal des Centraltheaters den künstlerisch interessanten Kreisen Leipzigs ein Bild der von ihm angebauten lyrisch-plastischen Kunst darbieten. Ein einleitender Vortrag (in deutscher Sprache) erläutert die Zwecke, Ziele und Erfolge dieser neuen, ungewöhnlich einfachen und erfolgreichen Methode, den musikalischen Rhythmus in seinen einfachen und komplizierten Ausführungen zum dauernden Bestand jedes, auch von Natur noch so unrythmisch veranlagten Menschen zu machen. Karten bei C. A. Klemm, Fr. Jost und Kastellan Weisel.

Ausstellung im Buchgewerbehaus. Im Saal der alten Druck ist seit dieser Woche der zweite Teil der Ausstellung französischer Lithographien aus der Zeit der Romantik zu sehen, der ausschließlich Werke des bedeutendsten französischen Karikaturisten Honoré Daumier umfasst. Die Blätter stammen aus dem Besitz des bekannten Kulturhistorikers Eduard Zschäpe und gewähren einen Überblick über das gesamte Werk dieses interessanten Künstlers in vorzüglichen zum Teil colorierten Probeblättern, wie sie in ähnlicher Schönheit keine andre Sammlung in Deutschland aufzuweisen vermögt. Die Ausstellung ist an den Wochenenden von 9 bis 5, an den Sonntagen und Feiertagen von 11 bis 2 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Ein Künstlerporträt Bevels. Der Berliner Maler-Aquarellist Hermann Struck hat im Verlage von Hugo Heller u. Co. in Wien ein lebensgroßes Porträt Bevels, eine Originallithographie in 200 vom Künstler signierten und handschriftlich nummerierten Abzügen hergestellt. Jedes Exemplar trägt außer der Unterschrift des Künstlers auch die eigenhändige Unterschrift Bevels. Das Exemplar kostet 80 Mark. —

Gingesaufene Schriften.

In dem soeben erschienenen Heft 8 der populär-wissenschaftlichen Zeitschrift **Das Wissen für Alle** spricht Ernst Mach über das schwierige und oft erörterte Problem, ob jenseit zeitliche und räumliche Anordnungen unabhängig von der Wirkung bestehen. An die geistvolle Betrachtung des Artikels von G. A. Archenius über die Ausbreitung des Lebens durch den Weltenraum. Eine liebenswürdige Schilderung der Nachfall und ihrer Lebensweise von Martin Braeh wird durch reizvolle Aufnahmen nach der Natur illustriert. A. Zieme orientiert über die neuere Methoden schwärzlicher Farboperation. Stefan Höglund seinen vollständlichen Universitätskurs über die romantische Schule in Deutschland mit einer Darstellung des Werdens und des Wesens der Romantik fort. Die von der Vereinigung österreichischer Hochschuldozenten unter ständiger Mitwirkung der bedeutendsten Gelehrten Deutschlands und Österreichs herausgegebene Zeitschrift bietet ihren Lesern jährlich 20 Hefte und vier gebundene populärwissenschaftliche Werke zu dem außergewöhnlich geringen Preis von 12 Kronen. In dem jetzt abgelaufenen Quartal gelangte das Werk **Die babylonische Geisteskultur** von Professor Windfuhr zur Ausgabe. Als Buchbeiträge für das erste Quartal ist in Aussicht genommen. Die moderne Chirurgie für Patienten von Professor Dr. Tillmanns. Das **Wissen für Alle** ist durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur, sowie durch den Verlag von Hugo Heller u. Co. in Wien I, Bauernmarkt 8, zu beziehen.